



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Stellung des Konservatismus im Austrofaschismus“

Verfasser

Christoph Müller

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt : A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt : Politikwissenschaften

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort und Danksagung	7
Einleitung	9
1 Ideologien	11
1.1 Der Begriff Ideologie im Hinblick auf politische Theorie	12
1.2 Konservatismus	15
1.2.1 Der österreichische Konservatismus	15
1.2.1.1 Friedrich von Gentz (2.5.1764 - † 9.6.1832)	16
und Fürst Metternich (15.5.1773- † 11.6.1859)	16
1.2.1.2 Eine historische Betrachtung	18
1.2.2 Der Konservatismus im Spektrum der Ideologien	23
1.2.3 Konservatismus in Österreich und die katholische Religion	25
1.3 Faschismus	29
1.3.1 Der italienische Faschismus (Faschismusgeschichte)	31
1.3.2 Faschismus als Produkt eines Führers	33
1.3.3 Faschismus als Feder der Modernisierung	36
1.3.4 Die Mittelstandstheorie - Massenbasis als Voraussetzung für den Faschismus	39
1.3.5 Faschismus als Totalitarismus	41
2 Die Katholische Kirche	43
2.1 Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat – die Ausgangslage im Mittelalter	43
2.2 Die Ausgangslage zu Beginn des Konservatismus	45
	3

2.3 Die Katholische Kirche und die Macht	47
2.3.1 Die Stellung der Kirche zur Demokratie	50
2.3.2 Die Stellung der Kirche zum Faschismus	52
3 Die Erste Republik	55
3.1 Die Ausgangslage	56
3.1.1 Die Parteien der Ersten Republik	58
3.1.1.1 Die Christlich-Soziale Partei	58
3.1.1.2 Die Sozialdemokratische Partei	59
3.1.1.3 Die Großdeutsche Partei	61
3.1.1.4 Die Wehrverbände	62
3.1.2 Die wirtschaftlichen Herausforderungen der Ersten Republik	65
3.1.3 Die politischen Herausforderungen der Ersten Republik	68
3.1.4 Die Stellung der Kirche in der Ersten Republik	72
3.2 Die Entwicklungen	75
3.2.1 Verfassungsentwicklung	75
3.2.2 Die Radikalisierung am Beispiel von Schattendorf und des Brandes im Justizpalast	77
3.2.3 Der Verfassungsbruch, die Februarkämpfe und das Ende der Ersten Republik	79
4 Der Austrofaschismus	83
4.1 Die geistigen Väter	84
4.1.1 Ignaz Seipel	84
4.1.2 Othmar Spann	87
4.1.3 Engelbert Dollfuß	89
4.2 Die Ideologie des Ständestaates	91

4.3 Die Verfassung des Ständestaates	93
4.3.1 Das theoretische Gerüst des Othmar Spann	94
4.3.2 Wesensmerkmale der ständestaatlichen Verfassung im Hinblick auf konservative und katholische Elemente	96
4.4 War der Austrofaschismus Faschismus?	99
4.5 War der Austrofaschismus geeignet den Nationalsozialismus abzuwehren?	103
4.6 Konservatismus & Austrofaschismus – Katalysator und Hemmschuh?	105
5 Stand der Forschung und Ausblicke	109
6 Literaturverzeichnis	111
7 Abstract	121
8 Lebenslauf	123

Vorwort und Danksagung

Wie bei vielen Dingen im Leben, merken die meisten Menschen erst wofür sie dankbar sein können, wenn sie es nicht mehr haben. Das gilt nicht nur für unsere körperliche Gesundheit, sondern auch für die Gesundheit unserer Demokratie. Die Universität ist für mich einer der wichtigsten Orte einer Demokratie. Hier werden Ideen ausgetauscht und erworben. Eine offene Universität versucht kritisch denkende Menschen heranzuziehen. Dies gilt für mich in besonderem Maße für die Geisteswissenschaften. Leider musste ich im Laufe meines Studiums feststellen, mit welcher Geringschätzung und Kritik die Gesellschaft den Universitäten und insbesondere den Geisteswissenschaften gegenübersteht. So ist von dem eben beschriebenen Ideal heute nur noch wenig über. Die Angst Zeit „zu verlieren“ ist allgegenwärtig, der Blick über den Tellerrand ist unerwünscht und die Lehrveranstaltungen sind dem studentischen Andrang kaum noch gewachsen. Die starren Strukturen, die im Zuge der Umstellung von Diplom auf das Bak/Master System eingeführt wurden, der Abgang von der Bildung und die Konzentration auf Ausbildung machen mich nachdenklich. Ich bin überzeugt unsere Gesellschaft profitiert nicht nur von ausgebildeten, sondern auch von gebildeten Menschen. Ich bin daher von großer Dankbarkeit für die Möglichkeit welche mir mein Politikwissenschaftsstudium geboten hat. Trotz eines oftmals verbesserungswürdigen Systems, haben es besonders einzelne Professoren geschafft durch ihren persönlichen Einsatz Denkprozesse anzustoßen und dieses Studium für mich zu einer prägenden, bildenden und nachhaltigen Erfahrung zu machen. An dieser Stelle daher nochmal besonderen Dank an die Professoren Wimmer, Talos und die Professorenbrüder Schütz-Müller für ihren Einsatz.

Als einer der letzten Diplomstudierenden der Politikwissenschaften möchte ich mich auch für dieses Studium bedanken. Schon das Konzept dieses Studiums hat es erforderlich gemacht über den Tellerrand zu blicken. So hatte ich die Möglichkeit viele meiner Lehrveranstaltungen durch mein Rechtswissenschaftsstudium abzudecken. Ein Umstand der mir ob meiner Berufstätigkeit erst die Türe zu den Geisteswissenschaften aufgestoßen hat. Was mich nochmals zu Worten des Danks führt. Ich arbeite seit 11 Jahren in verantwortungsvollen Positionen in der IT, und habe mein Studium nur neben dieser Vollzeitbeschäftigung betreiben können. Dass es mir überhaupt möglich war mein Studium zeitgerecht abzuschließen, ist nur dem besonderen Entgegenkommen meines Diplomarbeitsbetreuers zu verdanken.

Professor Wimmer, danke für Ihre Unterstützung und ihr zeitliches Entgegenkommen.
Ohne Sie wäre es mir wahrscheinlich nicht möglich gewesen vor dem Auslaufen des
Studienplans abzuschließen.

Einleitung

Von konservativer Seite wird gerne betont, dass der Austrofaschismus das letzte Bollwerk gegen den Nationalsozialismus war. Ein letzter Versuch den auf dem Vormarsch befindlichen Nationalsozialisten Einhalt zu gebieten. Betrachtet man die andere Seite, so wird von progressiven Stimmen immer wieder betont, der Austrofaschismus sei als Konkurrenzfaschismus ungeeignet gewesen die Nationalsozialisten in Schach zu halten, und habe ihnen eher den Boden geebnet als Widerstand geboten.

Wie alle Ideologien kann der Austrofaschismus nicht ohne den Zeitgeist, der ihn hervorgebracht hat, verstanden werden. Diese Arbeit wird versuchen einen Bogen zu spannen. Dazu werde ich mich erst mit dem Begriff Konservatismus beschäftigen. Vor allem möchte ich auf die Frage eingehen welche Ideen ihm zu Grunde liegen, sowie auf die konservative Wahrnehmung der Welt eingehen. Danach werde ich die Katholische Kirche würdigen. Nicht nur, dass sie für konservative Kräfte eine besondere Rolle spielt, sie hat in Österreich eine historisch wichtige Position inne. Im Austrofaschismus war sie gleichermaßen Ideologielieferant als auch Katalysator des Geschehens. Von besonderem Interesse ist hier das Demokratieverständnis der Kirche, sowie ihre Stellung zum Faschismus. Nachdem ich auch den Faschismus kurz näher betrachtet habe, werde ich im Anschluss einen Blick auf die Erste Republik werfen. Dabei sollen die politischen Akteure und die Entwicklung betrachtet werden, die zum Verfassungsbruch und zur Ausrufung eines autoritären Ständestaates geführt haben. Welche politischen Akteure gab es, welche demokratischen Entwicklungen fanden in der ersten Republik statt, und was waren die Gründe für das Verlassen des demokratischen Bodens und der Hinwendung zu einem autoritären System?

Hauptziel dieser Arbeit ist es die Frage zu beantworten, in wieweit der Austrofaschismus mit dem Konservatismus überhaupt vereinbar war. Dazu muss der Austrofaschismus jedoch erst greifbar gemacht werden. Dazu werde ich mich mit der austrofaschistischen Ideologie auseinandersetzen und dabei auch auf Randfragen eingehen. In wieweit trifft die Kategorisierung als Faschismus auf den Austrofaschismus zu? Und war ein klerikales, konservativ-autoritäres System überhaupt geeignet dem Nationalsozialismus Konkurrenz zu machen?

1 Ideologien

Um die eingangs gestellte Frage, inwieweit Konservatismus und Austrofaschismus miteinander harmonieren, beantworten zu können, wird dieses Kapitel einige Vorfragen klären.

Der in Österreich von 1933 bis 1935 bestehende Ständestaat, war der Versuch ein Konzept umzusetzen, das mehrere geistige Väter hat. Auf den Austrofaschismus wird jedoch ob seiner Bedeutung für diese Arbeit in einem separaten Kapitel eingegangen. Dabei legt dieses Kapitel jedoch den Grundstein in dem es klärt auf welcher Grundlage sich der Austrofaschismus überhaupt erst bilden konnte.

Dieses Kapitel gibt einen Kurzaufsatz über die Vorfrage, was Ideologie eigentlich ist, um sich im zweiten Schritt ideologischen Theorien, die dem Austrofaschismus besonders nahe standen, widmen zu können. Zu diesen gehören ganz besonders der Konservatismus und der Faschismus. Das links-rechts Spektrum der Ideologien wird nachfolgend noch kurz erwähnt werden. An dieser Stelle daher nur der Hinweis, dass eine umfassende Behandlung des Ideologiebegriffs und der verschiedenen ideologischen Ausprägungen am Kernthema dieser Arbeit vorbei gehen würde. Daher beschränkt sich das nachfolgende Kapitel darauf Grundfragen zu klären, und wird auch nur besonders auf Ideologien die in einem links-rechts Spektrum auf der rechten Seite zu verorten sind näher eingehen.

Auch soll die Behandlung des Faschismus-Begriffs die Grundlage liefern um in einem anschließenden Kapitel der Frage nachgehen zu können, wie viel Faschismus im Austrofaschismus gesteckt hat, und ob Begriffe wie Ständestaat oder autoritäres Regime nicht zutreffender gewesen wären.

1.1 Der Begriff Ideologie im Hinblick auf politische Theorie

Wie in vielen Bereichen der Politikwissenschaft ist die Bedeutung des Begriffes Ideologie sehr unterschiedlich verwendet worden. „Der Begriff Ideologie“ wird vielfach „so unkritisch verwendet, dass jede Bewusstseinsform und jedwedes Denken, also auch jede Theorie als Ideologie bezeichnet wird.“¹ Die Trennung zwischen politischer Theorie und Ideologie ist daher nicht immer eindeutig möglich. Manche Autoren behaupten, dass Ideologie und politische Theorie diametral gegenüber stünden, weil der Ideologie-Begriff für falsches, unwissenschaftliches denken reserviert gehalten werden sollte.² Andere kritisieren die Reduktion der Ideologie auf die Ideologiekritik, die ein falsches Bewusstsein kreiert um es vom Standpunkt eines richtigen aus zu kritisieren.³ Wie es Wimmer in „die Modernisierung des Politischen Systems“ schon angemerkt hat gibt es eine kaum mehr zu überblickende Fülle an Literatur die sich mit dem Ideologie Begriff auseinandergesetzt hat. Dies hat natürlich auch zu einer mannigfaltigen Bedeutungsvielfalt des Begriffes geführt.⁴ Dieser großen Bedeutungsvielfalt ist es zu verdanken, dass man sich der Frage nach der politischen Ideologie von vielen Seiten nähern kann. Darum sei nachfolgend ein kurzer Überblick darüber gegeben wie Ideologie gesehen werden kann:⁵

- Ideologie als theoretisches, meist realitätsfernes Konstrukt welches meist utopisch und abstrakt ist. Dank Napoleon Bonaparte ist der Begriff stark negativ besetzt.
- Ideologie als Produkt des Säkularisierungsprozesses, durch welchen der Ideologie die Funktion einer Ersatzreligion zukommt. Mark Goldie⁶
- Ideologie als Form des „falschen Bewusstseins“. Karl Marx
- Ideologie als Gesamtbereich des Wissens in einer Kultur. Mannheim und Mann
- Ideologie als Legitimation der Herrschaft im Neomarxismus.

¹ Neumann 1977, 7

² Neumann 1977, 7

³ Rehmann 2008, 11

⁴ Wimmer 2000, 529

⁵ Hamilton 1987 nach Wimmer 2000, 529

⁶ Goldie 1989 nach Wimmer 2000, 530

- Ideologie als ein geteiltes Wertmuster eines Kollektivs. Talcott Parson
- Ideologie als eine „Landkarte für gesellschaftliche Konfliktzonen“. Clifford Geertz
- Ideologie als ein Mittel um die Informationskosten im politischen System zu senken. Rational-Choice-Ansatz nach Anthony Downs
- Ideologie als ein Sekundärkode des politischen Systems. Niklas Luhmann
- Ideologie als Schema. Hier wird der Schema-Theorie folgend in „Links und Rechts“ gegliedert, wobei natürlich noch weitere Subgliederungen möglich bleiben. Giovanni Sartori

Die Möglichkeiten den Begriff Ideologie zu verwendenden sind also mannigfaltig. Daher ist es sinnvoll sich erst über den Zweck klar zu werden für den man sich des Begriffes bedienen möchte.

In diese Arbeit befasse ich mich mit der Bedeutung von Konservatismus, Faschismus und der Ständestaatsideologie. Ich habe mich dazu entschlossen, mich diesen politischen Theorien vorwiegend über ihre historische Entwicklung zu nähern um ihre jeweiligen Wesensmerkmale entsprechend herausarbeiten zu können. Für diese Arbeit ist es daher zielführend sich dem „relevanten“ Ideologie-Begriff über seinen historischen Ursprung zu nähern. Begibt man sich etwa auf die Suche nach der Entstehung einer politischen Ideologie, so erscheinen viele der eben angeführten Verwendungen des Ideologie-Begriffes als untauglich. Folgt man der Meinung der meisten Autoren, so ist die Entstehung des Begriffs „politische Ideologie“ im Zeitraum um die Französische Revolution zu verorten. Die Einordnung in die Zeit der Französischen Revolution ist deswegen so gewichtig, weil in ihr ein neuer Zeitgeist entstanden ist. Mit dem Begriff ist daher auch verbunden, die Zukunft als etwas Neues und Formbares zu sehen. Mit Hilfe von wissenschaftlichen Methoden konnte man aus der Vergangenheit lernen, um so die Zukunft zu verbessern.⁷ Damit greifen für den Zweck dieser Arbeit etwa die Ideologie-Begriffe von Mann oder Goldie zu kurz.⁸ Das Werkzeug der politischen Ideologie ist für diese Arbeit als Mittel zum Zweck zu sehen.

⁷ Wimmer 2000, 538

⁸ Wimmer 2000, 537

Historisch betrachtet haben diese Ansicht und die Begrifflichkeit der Ideologie ihren Ursprung im 1801 erschienenen Werk „Elements d’Ideologie“. Dieses fußt auf dem 1796 gehaltenen Vortrag von Destutt de Tracy, welcher vor dem Pariser „Institut National“ gehalten wurde und das Konzept einer „Wissenschaft von den Ideen“ vorstellte.⁹ „Elements d’Ideologie“ ist ein leidenschaftlicher Appell für den „Fortschritt durch die Wissenschaft“ und gegen Theologie, Metaphysik und Aberglaube. Die Verwendung einer streng methodischen Vorgangsweise passt hier genauso ins Bild wie der Zeitgeist der Aufklärung und des Rationalismus.¹⁰ Sein negatives Image, welches der Begriff bis heute noch nicht ganz abgelegt hat, erhielt er von Napoleon Bonaparte. Er machte ihn zum Sammelbegriff für realitätsfernes Denken. Damit wurde Ideologie zum politischen Kampfbegriff.¹¹ Auch mit der Neuprägung des Begriffes durch Karl Marx änderte sich an seiner Form als Kampfbegriff nichts. Er wurde jedoch um die Komponente des „Bewusstseins“ ergänzt.

Wenn im Zuge dieser Arbeit von Ideologie gesprochen wird, so wird, wenn nichts Gegenteiliges erwähnt wurde, die Selbstwahrnehmung einer politischen Strömung gemeint.

⁹ Brunner 1956 nach Wimmer 2000, 530

¹⁰ Romberg 1976 nach Wimmer 2000, 530

¹¹ Wimmer 2000, 530

1.2 Konservatismus

Neben Sozialismus und Liberalismus ist der Konservatismus eine der maßgeblichen Weltdeutungen die das Weltgeschehen nach dem 18. Jahrhundert geprägt haben. Versucht man sich jedoch an einer Definition des Konservatismus wird man schnell feststellen, dass es sich um einen umstrittenen Begriff handelt. Der Frage „was ist Konservatismus?“ kann man sich daher unterschiedlich nähern. Geht man nach eigentlicher Wortbedeutung, dem geschichtlichen Ursprung, der unterschiedlichen Auslegung in verschiedenen Ländern, über als konservativ geltende Gesellschaftsschichten oder betrachtet man die Personen von denen konservative Politik geprägt wurde?¹² Diese Arbeit stellt nicht den Anspruch Konservatismus in seiner Gesamtheit zu erfassen, vielmehr möchte ich im folgen Kapitel auf einige Teilaspekte des Themas eingehen. Dabei werde ich ihn vor allem im Hinblick auf Österreich betrachten und versuchen, gewisse Wesensmerkmale auszumachen.

1.2.1 Der österreichische Konservatismus

Wie Robert Rill und Ulrich Zellenberger in ihrem Buch „Konservatismus in Österreich“ schon festgestellt haben ist der österreichische Konservatismus von der Forschung bisher nur stiefmütterlich behandelt worden. So gibt es kaum Arbeiten die über Teilaspekte hinausreichen.¹³ Für den österreichischen Konservatismus gilt mehr als für Liberalismus, Sozialismus oder Marxismus, dass er nur zu verstehen ist, wenn er aus seiner geschichtlichen Entwicklung heraus betrachtet wird.¹⁴ Neben der historischen Betrachtung sind für den Konservatismus in Österreich aber auch die Persönlichkeiten durch die er geformt wurde von besonderem Interesse.¹⁵ Versucht man Konservatismus zu umschreiben, wird man feststellen, dass er sich von einem passiven Beharren bis zu einer aktiven Willensleistung erstreckt. Dabei tritt er dort auf wo einer einst revolutionären Gruppe die Verwirklichung ihrer Ziele gelungen ist.¹⁶ Man könnte auch sagen, dass der Konservatismus von der Vergangenheit auf die

¹² Schmitz 2009, 7

¹³ Rill und Zellenberger 1999, 7

¹⁴ Allmayer-Beck 1959, 7

¹⁵ Rill und Zellenberger 1999, 7

¹⁶ Allmayer-Beck 1959, 8

Gegenwart blickt, bzw. die Gegenwart der Vergangenheit betont.¹⁷ Auf den Konservatismus als Ideologie wird im Kapitel 1.2.2 näher eingegangen. An dieser Stelle sei nur erwähnt, dass es bei den ideologischen Strömungen zeitliche Schwerpunkte gab, zu denen sie in Österreich besonders ausgeprägt waren. Allmayer Beck¹⁸ hat dies wie folgt gegliedert: In der Zeit nach der französischen Revolution war der gouvernementale Konservatismus besonders ausgeprägt. In der Zeit nach der bürgerlichen Revolution des Jahres 1848 der Feudalkonservatismus. In den letzten Jahren des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der liberale Konservatismus bzw. der christlich-soziale Konservatismus.¹⁹ Diese Kategorisierung stellt einen weiteren Versuch dar, Konservatismus begrifflich zu machen. In diesem Fall in dem man ihn nach den sozialen Gegebenheiten kategorisiert auf die er reagiert hat.

Im Laufe der folgenden Subkapitel sollen ausgewählte historische Akteure, so wie der historische Kontext gewürdigt werden. Auf die Kategorisierung von Allmayer Beck wird in Form von Kommentaren eingegangen.

1.2.1.1 Friedrich von Gentz (2.5.1764 - † 9.6.1832)

und Fürst Metternich (15.5.1773- † 11.6.1859)

Fürst Metternich stellt man am besten mit den Worten seines Biographen Heinrich von Srbik vor, dieser beschrieb ihn als „Vorkämpfer der alten Gesellschaftsordnung Kulturreuropas gegen die Nivellierung der Individualkultur gegen die Massenherrschaft des alten staatlichen Unitarismus“ und als „Vorkämpfer Mitteleuropas gegen sein nationales Zerbrechen.“²⁰ Friedrich von Gentz war über fast zwei Jahrzehnte die rechte Hand Metternichs, und eine der wichtigsten Personen was die Restauration Europas betraf.²¹ Die von Gentz 1793 veröffentlichte Übersetzung der „Reflections on the Revolution in France“ von Edmund Burkes gilt als eine der wichtigsten Anregungen für die Entwicklung des Konservatismus im deutschsprachigen Raum. Gemeinsam arbeiteten sie an der Beseitigung der Hegemonialstellung Napoleons,

¹⁷ Mannheim 1984, 121 nach Wimmer 2000, 556

¹⁸ Allmayer-Beck 1959, 56

¹⁹ Allmayer-Beck 1959, 25

Allmayer-Beck 1959, 25

²¹ Kronenbitter 1999, 71

beeinflussten maßgeblich die Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress und kämpften gegen nationalistische Kräfte, die sie versuchten einzudämmen.²²

Gentz stammte aus bürgerlichen Verhältnissen, sein Jurastudium hatte er nie vollendet und der Alltag als Beamter in der preußischen Verwaltung hatte ihn nicht ausgefüllt. Trotzdem oder vielleicht auch gerade deswegen, hat er sich mit den politisch-philosophischen Folgen der französischen Revolution intensiv befasst. War er anfangs noch Revolutionsbefürworter, änderte sich das als diese zunehmend brutaler wurde. Dabei ließen ihn der Gedankenaustausch mit Wilhelm von Humboldt und die Werke von Edmund Burkes zu den Gegnern der Revolution wechseln.²³ Dieser Hintergrund deckt sich auch mit der Einschätzung Allmayer-Becks, wenn er die konservative Haltung von Gentz und Metternich als „staatlich, gouvernementalen Konservatismus“ bezeichnet. Dieser entstammt zwar dem der Gedankenwelt der Aufklärung und des Rationalismus des 18. Jahrhunderts, leiht sich von ihr aber nur den rationalistisch-statischen Staatsbegriff. Der auf einer starken monarchischen Grundlage beruhende Staat hat demzufolge die Pflicht den unruhigen Mittelstand durch eine starke Regierung sowohl unter Kontrolle als auch unter Überwachung zu halten. Die Aristokratie muss als ein Gegengewicht zur Demokratie gefestigt werden. Mit anderen Worten, der Staat muss Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.²⁴ Betrachtet man diese Forderung und behält dabei die unglaubliche Brutalität mit der die Französische Revolution betrieben wurde im Hinterkopf, erscheint diese Geisteshaltung verständlich. Man fühlt sich unweigerlich an Hobbes erinnert, der den Terror des Monarchen dem Terror aller vorzieht.

Metternich war als Aristokrat und Sohn eines Diplomaten von Anfang an Gegner der Revolution. Als Aristokrat schmerzte ihn der Verlust seiner Ländereien in den österreichischen Niederlanden, als diese 1792 von revolutionären französischen Truppen erobert wurden. Als Botschafter in Paris eignete er sich Erkenntnisse über das Herrschaftssystem Napoleons aus erster Hand an. Sowohl Metternich als auch Gentz teilten eine tiefe Abneigung gegen Napoleon und die Revolution.²⁵

²² Kronenbitter 1999, 71ff

²³ Braune 1977 nach Kronenbitter 1999, 72 und Gauland 1991, 14

²⁴ Allmayer-Beck 1959, 26

²⁵ Kronenbitter 1999, 73

1.2.1.2 Eine historische Betrachtung

→ Der staatlich-gouvernementale Konservatismus

Historisch betrachtet ist der Konservatismus in Österreich bis ins 18. Jahrhundert nicht relevant. Es gab schlicht keinen Anlass für eine konservative Staatstheorie in der Zeit einer absolutistischen Monarchie. Er kommt erst durch die Bedrohung der tradierten Ordnung, vor allem der sozialen, politischen und religiösen, auf.²⁶ Diese ist vor allem in den Gefahren der französischen Revolution manifest, auch wenn es in Österreich länger gedauert hat, sich ein Bild von der Französischen Revolution zu machen. Erst glaubte man an eine zwischenstaatliche Auseinandersetzung alten Stils, musste jedoch bald erkennen dass der ideologische Angriff welcher von der Revolution ausging, auf die Wurzeln des Habsburger-Reiches zielte.²⁷

Bis 1848 ist das Selbstverständnis der „deutschen Nation“ im Zeitgeist der Romantik zu verstehen. Dieser ist geprägt durch einen ideologische Code, welcher aus den Werten „progressiv / konservativ“ besteht.²⁸ Nach dem Sieg über Napoleon wurde dies von der Österreichischen Elite als ein Sieg über die parlamentarisch-konstitutiven Ideen von 1789 gesehen.²⁹ Als Antwort darauf entwickelte sich in Österreich der von Allmayer-Beck beschriebene „staatlich, gouvernementale Konservatismus“ der durch Fürst von Metternich verkörpert wurde. Die Folge war der Versuch das Rad der Zeit zurückzudrehen. Eine Reaktion die als konservativ und rückwärtsgewandt bezeichnet werden kann.

Um aber nicht nur abstrakt von dieser Rückwärtsgewandtheit zu sprechen hier ein Beispiel. Ursprünglich sah Artikel 13 der deutschen Bundesakte landständische Verfassungen vor. Dies würde eigentlich ein erhöhtes Maß an Autonomie und Selbstbestimmung bedeuten. In der Interpretation von Metternich und der des Kaisers wurden diese jedoch insoweit eingeschränkt, dass sie jedenfalls nicht die kaiserliche Befehlsgewalt und somit den Absolutheitsanspruch des Monarchen einschränken durften. In der schriftlichen Ausarbeitung der Kaiserlichen Position meinte Friedrich von Gentz gar, landständisch meine bloß die altständische Verfassung, und die

²⁶ Weiß 1999, 11

²⁷ Allmayer-Beck 1959, 25

²⁸ Wimmer 2000, 41ff

²⁹ Wimmer 2000, 422

monarchische Macht sei nur in wenigen Ausnahmen an die Mitwirkung der Stände gebunden.³⁰ In diesen Entscheidungen kommt deutlich die ideologische Strömung des Konservatismus hervor. Neuerungen und Experimente, zu denen zählt eine parlamentarische Volksrepräsentation, werden strikt abgelehnt.³¹ Das wird auch in der Regierungsmaxime die Franz I an Ferdinand I mitgab, deutlich: „Verrücke nichts an den Grundlagen des Staatsgebäudes, regiere, verändere nichts.“³²

→ Feudal-Konservatismus (ab 1848)

Diese Ablehnung sollte auch noch über das Jahr 1848 hinausreichen. Jedoch hatten Metternichs Anstrengungen nicht ausgereicht, die gesellschaftlichen Veränderungen zu verhindern. Die Aufklärung hatte um sich gegriffen, das Jahr 1848 ging in die Geschichte als das Jahr der bürgerlichen Revolution ein. Im selben Jahr wurde von Marx und Engels das „Kommunistische Manifest“ verfasst. Auf diese große gesellschaftliche Veränderung musste der Konservatismus in geänderter Form reagieren. Allmayer-Beck beschreibt dies als „feudal-Konservatismus“. Um ihn zu verstehen sollte man aber noch mehr über seine Hintergründe wissen. Die Märzrevolution hatte im Jahr 1848 das Stabilitätssystem des von Metternich installierten Vormärz zu Fall gebracht. Österreich, das sich stets gegen eine konstitutionelle Verfassung gewehrt hatte, war auf einmal mit einem von der Aufklärung geforderten Verfassungspostulat konfrontiert. Dazu zählten die Pillerstorf'sche Verfassung (1848), die Oktroyierte Märzverfassung (1849) und der vom ersten österreichischen Parlament ausgearbeitete Verfassungsentwurf (Kremsierer Verfassungsentwurf von 1848/49). Diese ersten Bemühungen monarchische Legalität mit dem Prinzip der Volkssouveränität in Form der Gewaltenteilung zu verbinden, machte der Staatsstreich des Kaisers kurzzeitig wieder zunichte. Dauerhaft ließen sie sich jedoch nicht aufhalten, wie ein Blick auf die Dezemberverfassung von 1867 zeigt.³³ Die Ideen der Aufklärung waren auch von konservativer Seite nicht mehr zu ignorieren. Die Gesellschaft hatte, auch dank der einsetzenden Industriellen Revolution, begonnen sich zu verändern.

³⁰ Wimmer 2000, 422

³¹ Wimmer 2000, 423

³² Kalb und Floßmann 2004, 139

³³ Kalb und Floßmann 2004, 139

Besonders betroffen von dieser Veränderung war der Feudaladel. Das Bürgertum drängte nach oben, die Bauern begannen sich zu emanzipieren und die Gesellschaft, allen voran der Mittelstand, brodelte ob der Ideen der französischen Revolution. Doch nicht nur von unten auch von Seiten des absolutistischen Herrschers war Druck spürbar. So brachte der aufgeklärte Absolutismus den Verwaltungsapparat eines modernen Staates mit sich. Dies hieß Beamte, verstaatlichtes und zentralisiertes Heerwesen. All dies ließ die Bedeutung des Adels schwinden.³⁴ Nachdem sich Adel und Krone auf einmal nicht mehr auf derselben Seite wähten, wurde es Zeit auf diese Änderung zu reagieren. Fürst Windisch-Grätz ist der Vorreiter dieses „Feudalen Konservatismus“ in Österreich, genau wie Metternich stammt er aus dem Hochadel, sah sich aber den Standesinteressen deutlich näher als wie im Falle Metternichs den Staatsinteressen.³⁵ Und genau hierin liegt auch der große Unterschied begraben: der Feudalkonservatismus lässt sich vielleicht am einfachsten herunterbrechen auf die Ablehnung des Zentralismus und die Forder- und Förderung des Föderalismus. Der Konservatismus kann also als Kraft gesehen werden, die versucht hat gegen die Reformen von Maria Theresia und Josef II zu arbeiten, die auch gegen einen habsburgischen Einheitsstaat gerichtet waren.³⁶

Möchte man den herrschenden Konservatismus noch feinkörniger erfassen, so kann man ihn in reaktionären (ultra-konservativen) und restaurativen (gemäßigten) Konservatismus gliedern. Der restaurative Konservatismus nach Robert A. Kann war darauf gerichtet die Rechtskontinuität eines alten Regimes zu wahren, das nach einem revolutionären Intermezzo neu installiert wurde. Zwar wird mit der Revolution gebrochen, es werden aber trotzdem gesellschaftliche Veränderungen vorgenommen. Die reaktionären Kräfte sind dagegen darum bemüht, den alten Zustand wieder herzustellen. Sie wollen dabei sowohl gesellschaftlich überholte Anschauungen als auch Zustände und Einrichtungen wieder herstellen.³⁷ Vielleicht ist es gerade im Hinblick auf diesen Zeitabschnitt daher bezeichnend, dass der Kaiser den Namen Franz Joseph gewählt hatte. Franz als der große Bewahrer, Joseph als der große Reformator. Und die Politik jener Tage hatte wirklich etwas von beiden. So kann Windisch Grätz noch als ultra-Konservativer gesehen werden, während sein Schwager Schwarzenberg, der als Ministerpräsident folgte, eher ein gemäßigter

³⁴ Allmayer-Beck 1959, 46ff

³⁵ Allmayer-Beck 1959, 45

³⁶ Allmayer-Beck 1959, 53

³⁷ Buchmann 1959, 91

Konservativer war. Unter Schwarzenberg wäre daher eine Konstitution (auch wenn sie in der vorgelegten Form nicht umgesetzt wurde) erstmals möglich gewesen.³⁸

→ Der Liberale Konservatismus und Christlicher Konservatismus (des späten 19., bis frühen 20. Jahrhunderts)

Mit dem Voranschreiten der Industriellen Revolution verändern sich die Akteure des Konservatismus. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert werden feudaler und gouvernementaler Konservatismus immer unbedeutender, und es formt sich eine neue Form des Konservatismus. War es bis jetzt der Adel der über Einfluss und Macht verfügte und diese zu bewahren versuchte, war mit Fortschreiten der Industriellen Revolution das Bürgertum erstarkt. Als die liberalen Ideale von Freiheit und Gleichheit für das Bürgertum Früchte getragen hatten, war es auf einmal nicht mehr bereit diese Früchte mit dem Proletariat zu teilen. Der liberale Konservatismus stellt also gewissermaßen den Versuch dar, die Revolution der Aufklärung an einem für das Bürgertum günstigen Punkt enden zu lassen. Durch den liberalen Konservatismus zerbrach die bis dahin bestehende Allianz zwischen Proletariat und Bürgertum.³⁹ Was diese neue Form des Konservatismus aber von den bisher dagewesenen unterschied war, dass ihm das Traditionsbewusstsein der anderen fehlte. Hatte der feudale Konservatismus seine Existenz noch über die Verdienste der Vergangenheit gerechtfertigt, versuchte es das Bürgertum über den Ist-Zustand. Das Bürgertum hatte einen hohen materiellen Besitz und war gebildet, daraus ließen sich auch staatsbürgerliche Rechte und Pflichten ableiten.⁴⁰ Damit ist aber auch schon das Bindeglied des liberalen Konservatismus beschrieben, nämlich materieller Besitz. Dass es dem liberalen Konservatismus auch um den Schutz des selbigen ging illustriert ein Auszug aus einer Rede von Graf Hohenwart, der darauf besteht dass es die Konservativen nie zulassen würden, „dass das politische Schwergewicht von den besitzenden Klassen auf die Besitzlosen überwälzt“.⁴¹

Im Gegensatz zum liberal-Konservatismus der durch materielle Bestrebungen zusammengehalten wurde, hatte sich noch eine christlich-konservative soziale Bewegung gebildet. Diese fußte nicht auf ökonomisch-politischer sondern auf religiös-christlicher bzw. kirchlich-politischer Motivation. Der Papst war in einer Zwangslage, zum einen setzte ihm die nationale Einigungsbewegung in Italien zu, zum anderen

³⁸ Buchmann 1959, 92

³⁹ Allmayer-Beck 1959, 56ff

⁴⁰ Allmayer-Beck 1959, 58

⁴¹ Allmayer-Beck 1959, 61

waren die liberalen zum Sturm auf das Konkordat angetreten. Vom Monarchen und dem Adel war keine große Hilfe mehr zu erwarten und so richtete die Katholische Kirche ihren Appell an die Christenheit – dies war jedoch nur möglich indem man das Volk von einem Objekt zu einem Subjekt werden ließ. Dazu bediente man sich einer sozialen Aufhängung.⁴² Vorreiter dieser Christlich-Sozialen Bewegung war Carl Freiherr von Vogelsang. Vogelsang war als Publizist in der konservativen Zeitung „Vaterland“ tätig. In seinen Forderungen findet sich unter anderem jene nach einer ständische Gliederung der Gesellschaft, wie sie im Austrofaschismus später eine entscheidende Rolle spielen sollte. Dabei vollzog sich unter Vogelsang eine Wandlung des Konservatismus. Die Sozialfrage bedeutete ein aktives Handeln, im Gegensatz zu einem passiven Beharren, wie es im Konservatismus bisher üblich war. Dies geschah freilich nur, weil man Schlimmeres verhindern wollte - Also ein Erstarken von liberalen Strömungen und eine unausweichlich erscheinende soziale Revolution. Dennoch ist die Dynamik die sich hier entwickelte nicht zu unterschätzen. So hat das Gedankengut Vogelsangs nicht nur Eingang in die päpstliche Sozialzyklika „Rerum bovarum“ gefunden, sondern ist mit Hilfe von Othmar Spann einer der Bausteine des klerikal-faschistischen Ständestaats geworden.⁴³

⁴² Allmayer-Beck 1959, 62

⁴³ Allmayer-Beck 1959, 64ff

1.2.2 Der Konservatismus im Spektrum der Ideologien

Im Vergleich zum Liberalismus, der in Österreich auf Grund seiner kritischen Haltung zur Religion nicht Fuß fassen konnte,⁴⁴ verstanden sich der Rationalismus und die Aufklärung des 18. Jahrhunderts anfänglich noch mit dem Konservatismus. Diese Symbiose ging jedoch am Eindringen von rationalistischen Vorstellungen in die Religion zu Bruch.⁴⁵ Da der Liberalismus in Österreich gescheitert ist, stellt der Sozialismus die verbleibende linke Seite des mit dem Konservatismus konkurrierenden ideologischen Spektrums dar. Was ihn vom Konservatismus wesentlich unterscheidet ist, dass er nicht die Vergangenheit betont, sondern eine noch zu schaffende Welt. Der Sozialismus ist leicht utopisch aufzuladen und zeichnet mit Begriffen wie „Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ ein Bild von einer besseren Zukunft.⁴⁶ Karl Mannheim hat dies wie folgt beschrieben: „Die Progressiven erleben die jeweilige Gegenwart als den Anfang der Zukunft, während der Konservative die Gegenwart als letzte Etappe der Vergangenheit erlebt.“⁴⁷ Dass Konservatismus und was genau darunter zu verstehen ist, kein unumstrittener Begriff ist, sei an dieser Stelle nochmals betont. Meist wird als wichtigster Gründungsfunkte die Französische Revolution gesehen. Aber auch wenn dies der Ausgangspunkt war, dauerte es bis etwa 1830 bevor ein gewisses Selbstverständnis einer konservativen Ideologie gereift war, wurde die Selbstwahrnehmung als Ideologie ja zunächst abgelehnt.⁴⁸

Eingangs wurde schon erwähnt welche Stellung das Werk „Reflections on the Revolution in France“ von Edmund Burkes auf die Entwicklung des Konservatismus im deutschsprachigen Raum hatte.⁴⁹ Folgt man der Interpretation von Huntington, so lassen sich daraus folgende konservative Wesensmerkmale ableiten.⁵⁰

- Die Religion ist der Grundpfeiler einer verpflichtenden Moral. Ohne Moral kann eine bürgerliche Gesellschaft nicht existieren. Als Folge dessen, kann es keine bürgerliche Gesellschaft ohne Religion geben.

⁴⁴ Koch 1988 nach Wimmer 2000, 544

⁴⁵ Valjavec 1951, 255 nach Weiß 1999, 22

⁴⁶ Neusüss 1986 nach Wimmer 2000, 550

⁴⁷ Mannheim 1984, 121 nach Wimmer 2000, 557

⁴⁸ Vierhauser 1982, 538ff nach Wimmer 2000, 558

⁴⁹ Braune 1977 nach Kronenbitter 1999, 72 und Gauland 1991, 14

⁵⁰ Huntington 1974, 91 nach Wimmer 2000, 560

- Bestehende Institutionen verkörpern die Weisheit vieler Generationen. Wenn es wirklich unvermeidlich ist, an ihnen Änderungen durchzuführen, dann dürfen diese nur sehr bedacht und behutsam vorgenommen werden.
- Ein viel besserer Wegweiser als Vernunft und abstrakte Prinzipien sind Erfahrung und Klugheit. Die Wahrheit ist in konkreter Erfahrung zu finden, nicht in Lehrsätzen.
- Die Gemeinschaft steht über dem Individuum. Die Rechte des Einzelnen liegen in seinen Pflichten mitbegründet.
- Außer im Moralischen sind Menschen ungleich. Das Wesen einer bürgerlichen Gesellschaft ist, dass Rangordnungen und Gruppen unausweichliche Merkmale sind.
- Erprobtes und gelebtes Regierungswesen ist unerprobten Vorhaben (Experimenten) stets vorzuziehen. Radikale Veränderungen, auch wenn sie gut gemeint sind, enden meist in einer Katastrophe.

Die Wesensmerkmale eines Konservatismus nach Burkes sind natürlich nicht unverändert in den Österreichischen Konservatismus übergegangen, stellen aber gewissermaßen die Ausgangsbasis dar, von welcher sich der Konservatismus im deutschsprachigen Raum entwickelt hat.⁵¹ Wichtig ist hier auch festzuhalten, dass anders als in England, wo Burkes Überlegungen auf einen gefestigten liberal-aristokratischen Nationalstaat trafen, im deutschsprachigen Raum noch das alte Reich mit seinen spät-feudalen Strukturen zu finden war. Dies mag ein maßgeblicher Grund gewesen sein warum sich in Österreich der Konservatismus hin zu einem christlichen Mittelalter gewendet hatte, während ihm der Britische, protestantische Traditionalismus fremd geblieben ist.⁵² Gerade in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg erlebte der Konservatismus, unterstützt von diversen Agitationsverbänden, einen regen Zulauf.⁵³

⁵¹ Braune 1977 nach Kronenbitter 1999, 72 und Gauland 1991, 14

⁵² Gauland 1991, 14

⁵³ Wimmer 2000, 365

1.2.3 Konservatismus in Österreich und die katholische Religion

Dieses Kapitel greift dem nachfolgenden Kapitel 2 in vielen Punkten schon voraus. Zum einen wird im nachfolgenden Kapitel dargelegt werden, dass Kirche und Staat von Anbeginn engsten miteinander verschränkt waren. So waren es erst revolutionäre Bestrebungen, die aus einem Gottesstaat eine - wenn auch nur organisatorisch-hierarchische - Trennung von Kirche und Staat wachsen haben lassen. Nachdem der Konservatismus ein Produkt der Französischen Revolution ist baut er gewissermaßen auch auf der Gesellschaft vor der Revolution auf. Damit sind seine moralischen Werte, genauso wie seine Motive, eng mit jenen der katholischen Kirche verbunden. Es wundert daher nicht, dass konservative und katholische Ansichten weitestgehend dieselben sind.

Die Gefahr der Revolution ging nach konservativem Weltbild von der Forderung von Demokratie aus. Zum einen war mit dieser Forderung ein Aufbrechen von streng hierarchischen Strukturen verbunden, zum anderen stellt eine Demokratie ein pluralistisches System dar, dass nur funktionieren kann wenn man bereit ist auch andere Standpunkte zu akzeptieren. Dies verträgt sich jedoch nicht mit einem Absolutheitsanspruch. Natürlich stellte auch die von den Progressiven geforderte Säkularisation einen Reibungspunkt dar, welcher der Katholischen Kirche Angst machte. Nicht zuletzt dürften aber auch moralische und handfeste ökonomische Gründe eine Rolle gespielt haben, welche in kirchlichen und konservativen Kreisen eine starke Ablehnung hervorriefen.

Während ich auf die hierarchischen Strukturen sowie die Problem mit Demokratie, Säkularisation und der pluralistischen Gesellschaft in Kapitel 2.3 und dessen Unterkapiteln zu sprechen kommen werde, möchte ich im Nachfolgenden auf die weltliche als auch auf die moralische Seite näher eingehen.

In den Jahrhunderten der Habsburgermonarchie hatte die Katholische Kirche nicht wenige weltliche Güter angehäuft die sie nun bedroht sah. So gehörte ihr in Bayern mehr als die Hälfte des Grundbesitzes. Die Angst vor Enteignung war also keinesfalls unbegründet. Um die enge Bindung, die Kirche und Religion mit dem Konservatismus auch heute noch haben, zu verstehen, reicht diese Erklärung jedoch nicht. Wichtiger scheint es die Ablehnung der Säkularisation auch aus dem Blickwinkel der Moral zu betrachten. In der Forderung nach der Trennung von Kirche und Staat wurde ein

direkter Angriff auf die Moral gesehen.⁵⁴ Nach damaligem Verständnis war die Kirche höchste moralische Instanz. Werden moralische Verstöße nicht von Gott sanktioniert, dann ist moralisches Verhalten eine bloße Soll-Anweisung an die bei amoralischem Verhalten keine Sanktion geknüpft ist. Der Jurist kennt dies unter dem Begriff „lex imperfecta“. Und hier greift das Problem des Konservatismus: wenn es keinen Grund mehr gibt sich an die von Kirche und Religion diktierten Moralvorschriften zu halten, dann ist die gesamte gesellschaftliche Ordnung in Gefahr.⁵⁵ Um es vorwegzunehmen, diese Moralvorstellungen sind nicht unwandelbar. Vieles was in den Moralvorstellungen früherer Zeiten sehr eng gesehen wurde, wird heute aus einem ganz anderen Licht betrachtet. Aber Konservatismus ist eine Reaktion auf die Veränderung. Er tritt auf wenn Veränderung auftritt und wandelt sich wenn die Veränderung lange genug gewirkt hat und gleichsam eine erneute Veränderung bevorsteht. Darum sind weder Konservatismus noch die Christliche Religion auf eine gewisse Staatsform beschränkt, auch wenn sie vielleicht aufgrund des eigenen Aufbaus gewisse Präferenzen hegen mögen.

Die Schwerfälligkeit, mit der sich die katholische Religion jedoch wandelt, hat sie bis heute sehr eng mit dem Konservatismus verbunden gehalten. So teilt der Konservatismus heute noch weitgehend die Moralvorstellungen der Kirche, wenn man sich seine Haltung bei Fragen wie außerehelichem Geschlechtsverkehr, Homosexualität, Abtreibung oder die Einstellung zum Thema Familie ansieht.⁵⁶ Diese tradierten Moralvorstellungen sind also in Österreich ein konstantes Wesensmerkmal des Konservatismus. Daher wundert es zum Beispiel nicht, wenn sich konservative Parteien heute im Wahlkampf auf ihre christlichen Wurzeln berufen, und gewisse Moralvorstellungen die sie in der katholischen Kirche zu sehen glauben, für das Abendland postulieren.

Man kann daher mit festhalten, dass der Konservatismus ganz tief im Katholizismus verankert ist. Auch wenn diese Aussage nicht zwangsläufig in die andere Richtung gelten muss. So ist ein Konservatismus (wenn auch nicht der österreichische) auch ohne Katholizismus vorstellbar.

Wie die Katholische Kirche zu Freiheit und Autorität steht wird im Kapitel 2.3.1 hinreichend beschrieben weswegen ich hier nicht darauf eingehen möchte. Was zum Katholischen Selbstverständnis aber noch verstanden werden muss, ist die Wahrnehmung des Katholizismus von Geschichte. Diese ist tief konservativ. So

⁵⁴ Holmes 1995 nach Wimmer 2000, 559

⁵⁵ Graf 1993, 172 nach Wimmer 2000, 559

⁵⁶ Wimmer 2000, 559

schreibt Gablentz in „Reaktion und Restauration“ etwa :„Wer die Geschichte als Kreislauf sieht, erblickt in ihr zunächst nur das Bleibende. Er nimmt den Wandel nicht ernst. Hat er überhaupt ein Verhältnis zur Geschichte, dann schätzt er das Vergangene als das Ursprüngliche, das Sinnvolle. Das ist die restaurative Haltung. Sie glaubt an die ‚gute alte Zeit‘. Sie verspricht sich eine Stabilität von der Wiederkehr des schon einmal Gestützten.“⁵⁷ Bezugnehmend auf Gablentz kommt Gnägi in seiner Arbeit die „Katholische Kirche und Demokratie“ zu der Erkenntnis, dass dies wohl eine der treffendsten Beschreibungen der meisten Katholiken und der Vatikanischen Politik des 19. Jahrhunderts ist. Dies führt auch gerne dazu, dass Katholizismus vom Wesen her gemeinhin mit Restauration gleichgesetzt wird.⁵⁸

Es gibt aber noch andere praktische Gründe als eine gemeinsame Tradition, oder eine dem Katholizismus innewohnende reaktionäre Haltung für die historische Verschränkung von Kirche und Konservatismus. Beide verfügen über einen eigenen Wirkungsbereich, in dem sie mit Hilfe des jeweils anderen ihre Machtposition festigen können. Nachdem diese jedoch ihren Ursprung in der Verschränkung zwischen Monarchie und Kirche finden, werde ich im Kapitel 2 näher darauf eingehen.

Den Katholizismus per se als rein konservative Kraft zu sehen, geht wohl zu weit. Wie auch schon bei der französischen Revolution, müssen nur die Begleitumstände stimmen und der Reformstau bzw. die Missstände groß genug werden, damit Veränderung möglich ist. Hiervon ist auch eine tief konservative Organisation wie die Kirche nicht ausgenommen. Als Beispiel hierfür lassen sich das 15. und 16. Jahrhundert der Kirchengeschichte anführen. Die auf diversen Konzilen unternommenen Reformversuche im 15. Jahrhundert hatten keine Erfolge gezeigt. Die Krise der damaligen Kirche gilt als unumstritten. Die kirchliche Hierarchie war in einem desaströsen Zustand, seelsorgliche Interessen in den Hintergrund getreten, der Zölibat wurde weitgehend nicht eingehalten, außerdem gesellte sich zu der Führungsauch noch eine Finanzkrise. Womit schließlich der Ablasshandel zum Aufhänger der kircheninternen Revolution wurde.⁵⁹ Auf Martin Luther und seine 95 Thesen sei an dieser Stelle nicht näher eingegangen. Sehr wohl aber auf die Konsequenzen die dies für die katholische Kirche und den Katholizismus hatte. Durch das Abspalten der reformfreudigen Kräfte, erfuhr die klassische Kirche nämlich einen Schub in die genau entgegengesetzte Richtung. Dies führte dazu, dass nun zwei katholische Religionen mit einer unterschiedlichen Abstufung des Konservatismus existieren. So sind die

⁵⁷ Gablentz 1955, 66 nach Gnägi 1970, 15

⁵⁸ Gnägi 1970, 14ff

⁵⁹ Kalb und Floßmann 2004, 101ff

protestantischen Staaten, welche nach der Reformbewegung entstanden sind, empfänglicher für neue Ideen. Im Gegensatz dazu verharrten die alt-katholischen Staaten in einer starren Orthodoxie, in die sie die Gegenreformation versetzt hat. Eine Orthodoxie welche dazu führt, dass sie noch bewegungsunfähiger und somit konservativer werden. Ganz im Gegensatz zu den Protestanten, die gelöst von den streng konservativen Kräften aufblühen. Ihnen wird es damit viel früher möglich mit tradierten naturwissenschaftlichen Postulaten zu brechen und wirtschaftliche Strukturen die sich überlebt haben in Frage zu stellen. Dies ist letzten Endes natürlich nur dank einer neuen, durch Reform hervorgebrachten, inneren Einstellung möglich. Die innere Einstellung des klassischen Katholizismus hingegen ist weiterhin unverändert. Er predigt Armut und verweigert ganz konservativ jedwede Wirtschaftsreform. Im Protestantismus hingegen wird Reichtum der aus Fleiß und harter Arbeit stammt als Tugend angesehen. Dieser Unterschied wirkt sich auch in anderen Bereichen als der Wirtschaft aus. Der klassische Katholizismus lehnt technischen Fortschritt und neue Erkenntnisse ab. Für ihn sind sie sogar mit einer Gotteslästerung gleichzusetzen. Für den Protestantismus gilt jedoch das genaue Gegenteil. Er sagt sich von der Autorität des Papstes los, und sucht den Beweis für die Existenz Gottes im Studium der Bibel, der Naturwissenschaften und der empirischen Wissenschaft.⁶⁰ All dies trägt zum Wandel und zum Fortschritt der Gesellschaft bei.

⁶⁰ Kalb und Floßmann 2004, 143ff

1.3 Faschismus

Wie auch beim Konservatismus wird man bei der Frage „Was ist Faschismus?“ schnell an den Punkt stoßen, an dem man nicht eine, sondern unzählige Antworten vorfindet. So fragt Klaus Fritzsche in seiner Einleitung zum Thema Faschismus etwa: „Ist der Faschismus die Signatur einer abgeschlossenen Epoche, wie Ernst Nolte ihn versteht oder ist er die Wahrheit der modernen Gesellschaft?“⁶¹ Walter Hofer nähert sich dem Faschismus, indem er ihn auf mehreren Ebenen betrachtet: Der geschichtlichen Ebene, als Teil der politisch-ideologischen Auseinandersetzung und der Ebene der sozialwissenschaftlichen Theorie.

Auf die geschichtliche Ebene wird im nachfolgenden Kapitel näher eingegangen. Der Faschismus-Begriff als Teil der politisch-ideologischen Auseinandersetzung bezieht sich auf die Verwendung von Faschismus als Kampfbegriff. Für Hofer wird der Faschismus-Begriff hier zur Definierung und Abgrenzung gegen Positionen verwendet, die rechts von der eigenen stehen.⁶² Das veranschaulicht wie emotional geladen der Begriff ist. Faschismus als Kampfbegriff soll aber im nachfolgenden Kapitel nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Die sozialwissenschaftliche Ebene stellt den Versuch eine Theorie zu entwickeln, aus der sich ein allgemeiner Begriff von Faschismus ableiten lässt. Durch ihn soll es möglich werden, „politische Bewegungen und Ideologien ähnlicher Struktur unter einen Generalnenner“ zusammenzufassen.⁶³ Die Anzahl an Theorien, welche die wissenschaftliche Diskussion der letzten Jahre hervorgebracht hat ist beträchtlich. Alle haben es jedoch gemeinsam, dass sie versuchen möglichst viele Einzelfakten zu einer Gesamtinterpretation zusammenzuführen.⁶⁴ Wie bereits erwähnt, ist dies in Anbetracht dieses emotionsgeladenen Begriffes nicht unproblematisch. Bis 1945 hat der Faschismus zu mindestens 50 Millionen Toten und 30 Millionen Verstümmelten geführt und Europa in Schutt und Asche gelegt. Dabei endet die Geschichte des Faschismus keineswegs mit 1945. So zeigen Griechenland 1967, Chile 1973 oder die Gegenwart mit ihren auch in Demokratien vertretenen Kleinparteien wie der NPD in Deutschland oder der National Front in England auf, dass das Kapitel Faschismus auf

⁶¹ Fritzsche 1977, 468

⁶² Bossle 1979, 48

⁶³ Bossle 1979, 47

⁶⁴ Kühnl 1990, 10

keinen Fall schon als geschlossen betrachtet werden kann.⁶⁵ So darf es nicht überraschen, wenn die Suche nach einem abstrakten Begriff und die persönliche Betroffenheit bei dem Versuch eine Theorie zu entwickeln, kollidieren sollten. Auf Grund des sehr reichhaltigen Spektrums an Faschismustheorien werde ich daher in dieser Arbeit nur auf einen kleinen, ausgewählten Teil eingehen. Dabei beleuchte ich vor allem die relevanten Wesensmerkmale des Austrofaschismus. Abschließend sei noch auf ein weiteres Problem der Faschismustheorie hingewiesen: So lässt der Begriff Faschismus zum Teil erheblichen Interpretationsspielraum, was die Schwierigkeit der Abgrenzung zu anderen Ideologien nach sich zieht.

⁶⁵ Kühnl 1990, 9

1.3.1 Der italienische Faschismus (Faschismusgeschichte)

Der italienische Faschismus wird gemeinhin als Urfaschismus angesehen. Aber was hat diesen Urfaschismus ausgemacht, und welche Ursachen hatte er? Wie Reinhart Kühnl den englischen Historiker Seton-Watson und dessen Werk „Italy from Liberalism to Fascism 1870-1925“⁶⁶ interpretiert, können um diese Frage zu beantworten, folgende zentrale Elemente definiert werden:⁶⁷

1. Der Imperialismus: Italien befand sich, wie übrigens auch Deutschland, unter den Europäischen Mächten die bei der Verteilung der Welt zu spät bzw. zu kurz gekommen waren. Hatten sich andere ihr imperiales Weltreich sichern können und den Übergang von Kapitalismus zum Imperialismus beschritten musste Italien unter den politischen wie ideologischen Konsequenzen „abgehängt“ worden zu sein leiden. Zu diesen Konsequenzen gehörte der Versuch, mit einer massenwirksamen Ideologie in einer proletarischen Nation imperialistische Pläne zu vollstrecken. Diese waren auf den Versuch gerichtet durch Krieg neuen Lebensraum zu schaffen. Für Italien war dieses Unterfangen im Ersten Weltkrieg zum Scheitern verurteilt, was zu einer entsprechenden Enttäuschung in der Bevölkerung führte.
2. Der Kampf gegen den Sozialismus und die Arbeiterbewegung: Diese antikommunistische Komponente ging erst von entlassenen Soldaten und Offizieren sowie Mittelschicht-Angehörigen aus, die sich 1918/19 zu nationalistischen Wehrverbänden zusammengeschlossen hatten. Natürlich ließ die Instrumentalisierung dieser Verbände als Privatpolizei durch Großgrundbesitz und Industrielle nicht lange auf sich warten. Mit ihrer Hilfe konnten Streiks gebrochen und Löhne gedrückt werden. In dieser sozialen Funktion der Faschisten ist die Quelle eines weiteren Problems zu sehen. Die „Privatpolizei“ der besitzenden Klasse war nötig geworden, weil sie das Vertrauen in die bürgerlichen Parteien verloren hatte, die Arbeiterbewegung unter Kontrolle zu halten.
3. Der eben beschriebene Vertrauensverlust der herrschenden Klasse, war eine weitere Voraussetzung für die Machtergreifung durch die Faschisten. Dabei

⁶⁶ Seton-Watson 1981

⁶⁷ Kühnl 1990, 44ff

stand nicht nur die herrschende Klasse hinter ihnen. Auch Vatikan, Großindustrie, Großbesitz und Arme kamen zusammen „um den bürgerlichen Rechtsstaat zu liquidieren und den Faschismus an die Macht zu bringen.“⁶⁸

4. Es fehlte ein organisierter Widerstand. Neben den „linken“ Popolari, wären als Widerstand nur noch organisierte Arbeiterbewegungen in Betracht gekommen. Die potentiellen Kandidaten des Widerstandes waren desorganisiert, und wie sich am Beispiel der Kommunisten illustrieren lässt, nicht zu einer Einheitsfront gegen den Faschismus zu bewegen.
5. Aus den Bündnissen die der Faschismus einging, lassen sich auch seine sozialen Funktionen ableiten. Zum einen wurden die bürgerlichen Freiheiten abgeschafft, die rechtsstaatliche Sicherung aufgehoben, die Arbeiterbewegung zerschlagen und Gewerkschaften streng kontrolliert. Auf der anderen Seite wurden die mit Kapital verbunden Privilegien erweitert – die Reallöhne wurden gesenkt, es kam zu einer Aufhebung der Mietpreisbindung, die Confindustria wurde nicht angegriffen und der Kirche eine Fülle von Einflussmöglichkeiten und Privilegien gewährt.
6. Wie aus dem letzten Punkt schon hervorgegangen ist, hat das faschistische System Italiens nicht alle Klassen gleichermaßen seinem Willen unterworfen. Es würde daher zu weit gehen, den italienischen Faschismus als Diktatur zu sehen, die alle Klassen gleichermaßen umfasst hat. Vielmehr deutet es Kühnl Seton-Watson so, dass das Italienische System als Kompromissystem mit einer Art Doppelherrschaft gesehen werden kann, indem hinter der politischen Bühne das Kapital und die Kirche ihre Fäden ziehen.

Dies stellt zwar nur einen sehr kurzen Abriss des Faschismus dar, ermöglicht jedoch einen Einblick in die Materie. Je nachdem wie Problemfelder gewichtet werden, ist eine Faschismustheorie für ein System ansprechender als eine andere. Nachdem dieser Kurzabriss des italienischen Faschismus in sehr verkürzter Weise Anknüpfungspunkte für Theorien aufgezeigt hat, werden im anschließenden Unterkapitel ausgewählte Faschismustheorien näher vorgestellt.

⁶⁸ Kühnl 1990, 45

1.3.2 Faschismus als Produkt eines Führers

Bei der These die den Faschismus als Produkt eines Führers sieht, steht dieser im Mittelpunkt der Faschismusdefinition. Hier fußt der Faschismus auf dem Denken, Wollen und Handeln des faschistischen Führers.⁶⁹ Diese Theorie hat die größte Inhaltliche Schnittmenge damit, wie sich eine faschistische Partei oder ein faschistisches System selbst wahrgenommen hätten. Deshalb möchte ich dieser Theorie auch vorausschicken, dass sich ihre Vertreter auf die Eigenwahrnehmung des Faschismus stützen.⁷⁰ Ich werde mich deshalb nur in einem kurzen Absatz der Theorie selbst widmen, und mich danach etwas ausführlicher den Kritikpunkten dieser Auslegung zu widmen. Die Eigenwahrnehmung des Faschismus im Bezug auf den Führerwillen wurde insbesondere am Rechtssystem des Nationalsozialismus sichtbar. So stellte eine der Säulen der nationalsozialistischen Staatsordnung das Führerprinzip dar. Eine Aussage des Reichsrechtsführers Frank auf der Schlusskundgebung des Deutschen Juristentages 1936 bringt dies zum Ausdruck: „Wenn so Rechtswissenschaft und Rechtspraxis für uns Nationalsozialisten gerade ... aus der Einheit des Führerprinzips ein geschlossenes Ganzes darstellen, dann kann man in diesem Dritten Reich des Nationalsozialismus überhaupt nicht mehr ... von der ‚Gewaltenteilung‘ reden .. Es gibt heute nur eine einzige Macht in Deutschland. Das ist die Macht des Führers ...“⁷¹ Welche Ausmaße dies annahm lässt sich daran verdeutlichen, dass in weiterer folge Willensäußerungen des Führers als Rechtsquelle herangezogen wurden.⁷²

Unter den unzähligen Vertretern der Theorie, Faschismus sei ein Produkt des Führers, seien an dieser Stelle ganz besonders Joachim Fest und Philipp Fabry hervorgehoben. Die Theorie ist besonders im Bezug auf Hitler und den deutschen Faschismus oft verwendet worden. So erlangte der eben erwähnte Joachim Fest auch mit seiner später verfilmten Hitler Biographie gewisse Bekanntheit. Für Fest war die faschistische Diktatur in Deutschland ein System „das nur von einem einzigen Punkt her Sinn und Konsequenz erhielt: dem monströsen Macht- und Einsatzwillen

⁶⁹ Kühnl 1990, 53

⁷⁰ Kühnl 1990, 69

⁷¹ Rede des Reichsrechtsführers und Reichsministers Dr. Franke auf der Schlusskundgebung des Deutschen Juristentages 1936, DR 1936, 213 (214) nach Kalb und Floßmann 2004, 463

⁷² „Jede Entscheidung des Führers bindet als Recht, sofern sie nur den Willen, Recht zu setzen, unzweideutig erkennen läßt.“ Frank/Dahm/Eckhard/Höhn/Ritterbusch/Siebert, Leitsätze über Stellung und Aufgabe des Richters, DRW 1936, 123 nach Kalb und Floßmann 2004, 54

Hitlers.⁷³ Hitler war für Fest „eine nahezu exemplarische Verbindung aller Ängste, Protestgefühle und Hoffnungen jener Zeit“.⁷⁴ Für Philipp Fabry ist Hitler gar von „großen Teilen des Deutschen Volkes gerufen worden.“⁷⁵ Führt man diesen Gedanken weiter hat Hitler entweder ein ganzes Volk verführt, in dem er gewusst hat wie es anzusprechen war, oder er war die Personifizierung eines Volkes, welches in ihn seine Ängste und Wünsche projiziert hat. Auch ist die politische Funktion, welche von der Führertheorie ausgeht, interessant. So ergibt sich als logische Schlussfolgerung, dass wenn der Faschismus ein Produkt des Führers ist, er mit dessen Tod auch enden muss. So schreibt etwa Fest: „Nahezu übergangslos, wie von einem Augenblick zum anderen, verschwand mit dem Tod Hitlers und der Kapitulation auch der Nationalsozialismus.“⁷⁶

Worin auch schon ein Kritikpunkt dieser These gesehen wird. So meint etwa Klaus Fritzsche: „Auch diese Sicht hat“ eine „Funktion gesellschaftlicher-politischer Art: Sie weist den Blick von Strukturverhältnissen und sozialen Interessen weg“ hin zur „unbegreiflichen, faszinierenden menschlichen Natur“ und daher hat auch sie „die breiteste, beinahe spektakuläre öffentliche Rezeption“.⁷⁷ So bietet die Fixierung auf die Person des Führers etwa keine Antwort auf die Frage wie in beinahe allen kapitalistischen Staaten nach 1918 faschistische Bewegungen entstehen konnten. Aber auch die soziale Ebene, die von dieser These nicht unberührt bleibt, darf nicht ausgeblendet werden. So stellt sich für die Anhänger der Führerthese etwa die Frage wie durch den Faschismus gewisse soziale Interessen begünstigt werden konnten, während gegen andere hart vorgegangen wurde, nicht.⁷⁸ So ist der Faschismus wie im vorangegangenen Kapitel bereits erwähnt eben nicht allen Volksgruppen gleich gegenüber getreten. Es war vor allem das Bürgertum das nach dem verlorenen ersten Weltkrieg unter Schock stand, während die Arbeiter zum Teil die Niederlage des Kaiserreiches als Befreiung empfanden. Damit ist die Definition von Volk welcher sich Fabry und Fest bedienen aber stark eingefärbt. Wird die Geschichte aus dem Blickwinkel des Bürgertums betrachtet, so sind Arbeiter, Sozialisten und andere Randgruppen ausgenommen. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass Hitler nur von 33,1 Prozent des Deutschen Volkes gewählt wurde.

⁷⁹ Wie Kuhn feststellt, verleitet die Fixierung auf die Person des Führers dazu „die

⁷³ Fest 1973, 593 nach Kühnl 1990, 54

⁷⁴ Fest 1973, 21 nach Kühnl 1990, 56

⁷⁵ Fabry 1979, 9 nach Kühnl 1990, 56

⁷⁶ Fest 1973, 1027 nach Kühnl 1990, 72

⁷⁷ Fritzsche 1977, 473

⁷⁸ Kühnl 1990, 55

⁷⁹ Kühnl 1990, 56

bürgerliche Gesellschaft als System und das Bürgertum als soziale Klasse freizusprechen“. ⁸⁰ Auch ist die Darstellung, dass das Großkapital „auf die politischen Entscheidungen nicht mehr Einfluss hatte als ihre Hilfsarbeiter“⁸¹, gerade auch im Hinblick auf die Ergebnisse der Nürnberger Prozesse kaum haltbar. Eine weitere Kritik ist, dass zentrale Elemente des Faschismus auch schon vor Hitler vorhanden waren. So verfolgten Deutschland, wie übrigens auch Italien, im ersten Weltkrieg schon ein Expansionsprogramm. Ebenso herrschten schon Militarismus, Imperialismus, extremer Nationalismus, Rassismus und Autoritarismus vor.⁸² Daher ist viel mehr davon auszugehen, dass der Faschismus nicht der Ideenwelt des Führers entspringt, sondern dass sich dieser nur zu Nutze macht was schon vorhanden war. Damit ist der Führer aber weniger ein Inhaltliches als vielmehr ein formales Element des Faschismus.⁸³

⁸⁰ Kühnl 1990, 59

⁸¹ Fest 1973, 429 nach Kühnl 1990, 73

⁸² Kühnl 1990, 59

⁸³ Kühnl 1990, 60

1.3.3 Faschismus als Feder der Modernisierung

Der Modernisierungstheorie liegt die Idee zu Grunde, dass sich die Menschheitsgeschichte in verschiedenen Phasen entwickelt hat „deren zentrales Unterscheidungsmerkmal das unterschiedliche Entwicklungsniveau von Wissenschaft und Technik ist“. Dieses theoretische Fundament wird als Industriegesellschaftstheorie bezeichnet.⁸⁴ Angewendet auf den Faschismus rückt damit die Frage ins Zentrum, in welchem Zusammenhang Faschismus und der Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess in einer Gesellschaft stehen. Die These, dass es sich beim Faschismus um eine Sonderphase der historischen Entwicklung handelt, geht auf Franz Borkenau zurück, der bereits 1933 den Modernisierungsdruck der vom Faschismus ausging als eine Art Entwicklungsdiktatur interpretiert hat.⁸⁵

Folgt man der Analyse von Barrington Moore so ist eine seiner zentralen Thesen, dass die Beschaffenheit des Feudalismus eines Landes, und wie es diesen überwunden hat, die Entwicklung dieses Landes bestimmt hat. So hat sich etwa schon in dieser frühen Phase abgezeichnet ob, es später zu einer kapitalistischen Demokratie, einer faschistischen Diktatur oder einer kommunistischen Bauernrevolte kommen würde. Um den Unterschied zwischen der kapitalistischen Demokratie und der ebenfalls kapitalistischen aber faschistischen Diktatur aufzuzeigen, folgt ein Vergleichsmaßstab. Im Anschluss wird in Stichworten aufgezeigt, welche Eckpfeiler die Entwicklung einer Demokratie genommen hat, um dann in Form von Anmerkungen aufzuzeigen zu welchen Abweichungen es in einer Kultur gekommen ist, die sich zu einer faschistischen Diktatur entwickelt hat.⁸⁶

- Es entwickelt sich ein Gleichgewicht zwischen Krone und grundbesitzender Aristokratie
- Entwicklung einer kommerziellen Landwirtschaft durch die grundbesitzende Aristokratie oder freie Bauern
- Eine unabhängige, starke Klasse von Stadtbewohnern schwächt die grundbesitzende Aristokratie

⁸⁴ Kühnl 1990, 166

⁸⁵ Frizsche 1977, 475

⁸⁶ Kühnl 1990, 167

- Es kommt zu keiner Koalition als Aristokraten und Bürger gegen die Arbeiter und Bauern
- Es kommt zu einem revolutionären Bruch mit der Vergangenheit.⁸⁷

Die hier beschriebene Entmachtung der besitzenden Klasse hat beim Faschismus aber eben nicht, bzw. nicht ausreichend, stattgefunden. Trifft er jetzt noch auf die Überbleibsel eines autoritären Obrigkeitsstaats, der die Mittel zur Unterdrückung breiter Teile der Bevölkerung bereitstellt, begünstigt dies reaktionäre und autoritäre Tendenzen. Folgt man der These weiter, so sind Staaten in denen sich später eine Demokratie entwickelt hat, Staaten in denen es früher zu Reformprozessen gekommen ist. Der Druck auf Staaten in denen es noch zu keinen Reformen gekommen ist wird durch die Industrienationen im Laufe der Zeit aber immer stärker.⁸⁸ Je größer dabei der Druck von der sich organisierenden besitzlosen Masse wird, desto größer wird das Interesse der besitzenden Klasse am Faschismus. Moore drückt das wie folgt aus: „Der Faschismus war der Versuch, Reaktion und Konservatismus populär zu einer Sache des Plebs zu machen.“⁸⁹ Die „Fortdauer feudaler, monarchisch-obrigkeitsstaatlicher Tradition“ hat „den Boden für die faschistische Ideologie mitbereitet und insofern Aufstieg und Sieg des Faschismus begünstigt“⁹⁰.

Natürlich kann man das Thema auch von einem anderen Blickwinkel betrachten. So lässt sich auch die Frage stellen, wem nützt der Faschismus am meisten? Augenscheinlich sind es Vertreter der herrschenden Klasse, so wie Großgrundbesitz und Großkapital. Folgt man Kühnl so ist von ihnen vor allem das Großkapital der mit Abstand größte Gewinner. In dessen Interesse liegt nämlich eine kolonialistische und imperialistische Politik. Diese braucht es nämlich um Rohstoffe und neue Absatzmärkte zu sichern. Aber es gibt noch ein weiteres Argument für die Annahme, dass das Großkapital überproportional stark vom Faschismus profitierte. So hat der Vater der Modernisierungstheorie Franz Borkenau, als eine der Hauptaufgaben des Faschismus die bereits eingangs erwähnte politische Niederhaltung des Proletariats beschrieben. Proletariat das noch nicht in den kapitalistischen Produktionsprozess eingebunden war niederzuhalten, brachte dem Großgrundbesitzer kaum Vorteile,

⁸⁷ Moore 1969, 494ff u. 481 nach Kühnl 1990, 168

⁸⁸ Moore 1969, 497 und Kühnl 1990, 168

⁸⁹ Moore 1969, 513 nach Kühnl 1990, 168

⁹⁰ Kühnl 1990, 169

Vertretern von kapitalistischen Interessen jedoch schon.⁹¹ Prüft man diese These an Deutschland oder Italien, wird man feststellen, dass beide bei der Kolonialisierung der Welt zu spät gekommen waren. Dies hatte wohl zweifellos auch mit dem Entwicklungsrückstand ihrer Industrie zu tun.⁹² Die Ursachen hierfür sind für Borkenau jedoch andere als die eingangs von Moore geschilderten. Für ihn waren das Übergewichtige und reaktionäre Proletariat in Italien und die übermächtigen Gewerkschaften in Deutschland an diesem Rückstand schuld. Dies sollte jedoch nicht verwundern, stammen die Arbeiten von Borkenau doch noch aus dem Jahr 1933.⁹³

Als Folge der bestehenden obrigkeitsstaatlichen Tradition versuchte der Faschismus nach Möglichkeit, bestehende soziale Strukturen zu erhalten. Um den Entwicklungsrückstand aufzuholen wurde versucht eine von oben gesteuerte Modernisierung einzulenken.⁹⁴ Dabei wurde der Nachholbedarf dadurch kompensiert, dass der Faschismus mit der „antimodernistischen“ Politik der Aristokratie brach, und das genaue Gegenteil betrieb. Dabei hat er sich auf große Industrien und Bankkonzerne gestützt und möglichst viele feudale Relikte eliminiert. Hierin kann ein Modernisierungsschub gesehen werden.⁹⁵ Natürlich ist auch noch eine andere Sichtweise, welche unter dem Titel „Anti-Modernismus“ bekannt ist, möglich. Für Turner ist der etwa von den Nationalsozialisten betriebene Modernismus nur ein Mittel zu einem Anti-Modernistischen Zweck. So wollten die Nationalsozialisten zwar „Industrieerzeugnisse haben, aber keine Industriegesellschaft“. Derart war die Modernisierung die die Nationalsozialisten etwa betrieben haben in Wirklichkeit nur eine Revolte gegen die moderne Industriegesellschaft, mit der versucht wurde „eine ferne, mythische Vergangenheit zurückzuerobern“.⁹⁶

⁹¹ Frizsche 1977, 475

⁹² Kühnl 1990, 170

⁹³ Frizsche 1977, 475

⁹⁴ Moore 1969, 497 und Kühnl 1990, 168

⁹⁵ Kühnl 1990, 172

⁹⁶ Turner 1980 nach Frizsche 1977, 476

1.3.4 Die Mittelstandstheorie - Massenbasis als Voraussetzung für den Faschismus

Wird der Faschismus aus einer historischen Perspektive betrachtet, ist das Interesse meist auf die größten und abstraktesten Kategorisierungen gerichtet. Die Frage nach der Massenbasis ist daher eine, die auf die Realität des Faschismus abzielt. Mit ihrer Hilfe soll die Frage beantwortet werden „welche Personen und Personengruppen aus welchen Gründen vom Faschismus angezogen und in ihn ihre sozialen Aggressionen, Erwartungen und Aktivitäten investierten.“⁹⁷

Dabei ist es natürlich möglich verschiedene Ansätze zu verfolgen. Wählt man den der Sozialpsychologie, so betrachtet man das Individuum, seine Persönlichkeit und dessen Struktur. Mit Hilfe des Individuums versucht man dann wiederum Rückschlüsse auf die Gesellschaft zu ziehen.⁹⁸ Natürlich ist es ebenso möglich sich statt der psychologischen Ebene eines Individuums, der Soziologie zuzuwenden. Sie ermöglicht es einen direkteren Blick auf die Gesellschaft zu werfen, was mir bezogen auf das Thema dieser Arbeit als zweckdienlicher erscheint. So zeigt der Soziologe Theodor Geiger auf, welcher Wählerschaft sich die Faschisten in Deutschland bedienen konnten. So waren es die bürgerliche Mittelschicht und das Kleinbürgertum, welche vor der Wirtschaftskrise vor allem Parteien der Mitte oder mit gemäßigttem Rechtseinschlag wählten. Mit Ausnahme der katholischen Zentrumsparteien und der Bayerischen Volkspartei mussten diese nach dem Auftreten von faschistischen Parteien einen deutlichen Wählerschwund hinnehmen. In der Reichstagswahl von 1928 auf 1932 waren sie von 38,7 Prozent der Stimmen auf 9,6 Prozent der Stimmen gefallen, während die Arbeiterparteien SPD und KPD fast eine Million mehr neue Wähler dazugewonnen hatten.⁹⁹ Dies zeigt, dass die Massenbasis des Faschismus im Mittelstand zu verorten ist. Diese Beobachtung ist auch in Italien gemacht worden.¹⁰⁰ Soziologisch kann dieser Mittelstand daher als eine Klasse zwischen dem Proletariat und dem Kapital gesehen werden, dass „sozialverstört“¹⁰¹ gegen den eigenen Abstieg kämpft.¹⁰² Nachdem der Begriff Mittelstand etwas weit und unspezifisch ist, hier ein Versuch der Ein- und Abgrenzung. Nach Kühnel versteht man unter Mittelstand das Kleinbürgertum, welches sich aus Handel, Handwerk und

⁹⁷ Frizsche 1977, 478

⁹⁸ Frizsche 1977, 478

⁹⁹ Geiger 1932 nach Kühnl 1990, 99

¹⁰⁰ Petersen nach Frizsche 1977, 480

¹⁰¹ Frizsche 1977, 480

¹⁰² Salvatorelli 1984 nach Kühnl 1990, 100

Landwirtschaft zusammensetzt, genauso wie etwa das Bildungsbürgertum, Beamte und Angestellte.¹⁰³ Im Wesentlichen also alle Gesellschaftsschichten, die über nicht genug Eigentum verfügten um von den Erträgen Ihres Besitzes Leben zu können, und somit auf Erwerbsarbeit angewiesen waren. Gleichzeitig aber über genug Eigentum verfügten, um von einer Enteignung, wie sie die Kommunisten forderten, betroffen zu sein. Dies hat zu einer gewissen Radikalisierung geführt, welche Schlussendlich ihren Ausdruck im Faschismus gefunden hat. Auch wenn sich wie bereits erwähnt die Nähe des Faschismus zum Kapitalismus belegen lässt, ging die NSDAP in Deutschland mit dem Slogan „Gegen Kapitalismus und Marxismus“ auf Wählerfang.¹⁰⁴ Der Wunsch nach einem starken Staat kann als Sehnsucht des Mittelstandes verstanden werden, sich gegen Kapital und Arbeiterbewegung zu schützen. Als Sehnsucht nach „vorindustriellen, vorkapitalistischen, agrarisch-kleingewerblichen geprägten Gesellschaftsformen.“¹⁰⁵ Wesentlich für die Definition als Faschismus ist für die Mittelstandstheorie, wie etwa Lipset sich ihrer bedient, der „Extremismus der Mitte“ die quasi zum Rundumschlag gegen die Kräfte unter und über ihr ausholt um nicht von ihnen zerrieben zu werden.¹⁰⁶ Weswegen es zum Faschismus laut Lipset auch nur in Gesellschaften kommt die sowohl eine starke Arbeiterbewegung haben als auch ein starkes Großkapital.¹⁰⁷

¹⁰³ Kühnl 1990, 101

¹⁰⁴ Lipset 1962 nach Kühnl 1990, 100

¹⁰⁵ Kühnl 1990, 100

¹⁰⁶ Kühnl 1990, 104

¹⁰⁷ Lipset 1962 nach Kühnl 1990, 102

1.3.5 Faschismus als Totalitarismus

Die Mittelstandstheorie versucht den Faschismus als „soziales Substrat“¹⁰⁸ zu erklären, während der totalitaristische Ansatz sich auf eine formale Erklärungsebene begibt. Dabei lässt er Zweck und Inhalt unberücksichtigt.¹⁰⁹ Der totale Staat kann als Abwendung vom liberalen Staat verstanden werden. Inhaltlich bedient sich die Totalitarismustheorie deshalb der Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie.¹¹⁰

Ein pragmatischer Versuch die Wesensmerkmale des Totalitarismus zu definieren, stellt die Interpretation von Carl Joachim Friedrichs dar. Er definiert als entscheidende Wesenszüge:¹¹¹

- Das Vorhandensein einer „offiziellen Ideologie“. Diese Ideologie prognostiziert den Endzustand der Menschheit und verspricht das Paradies wenn sie verwirklicht ist.
- Das Vorhandensein einer Partei die „im alleinigen Besitz der formellen Herrschaft ist“. In der Regel ist sie hierarchisch aufgebaut und wird von einem Diktator geführt.
- Das Vorhandensein einer „terroristischen Geheimpolizei“ die Feinde des Regimes aber möglicherweise auch einzelne Bevölkerungsgruppen bekämpft.
- Ein Nachrichtenmonopol welches in den Händen der Partei liegt.
- Das Waffenmonopol des Staates.
- Eine Zentrale Lenkung der Wirtschaft des Staates, welche sich einer Gleichschaltung aller zuvor unabhängigen Wirtschaftskörper bedient.

Dieser Definition zufolge sind der Faschismus Italiens oder der der Nationalsozialisten, mit dem Kommunismus unter Stalin „im wesentlichen gleich“.¹¹² Diese Gleichsetzung ist natürlich nicht unumstritten. Manchen Kritikern ist wie Eingangs schon erwähnt die Beschränkung auf die Form eines Systems zu wenig, da bei einer rein formalen Betrachtung die gesamte Würdigung zu kurz kommt. Außerdem

¹⁰⁸ Frizsche 1977, 484

¹⁰⁹ Kühnl 1990, 135

¹¹⁰ Kühnl 1990, 134

¹¹¹ Friedrich und Brzezinski 1957 nach Frizsche 1977, 486 und nach Kühnl 1990, 135

¹¹² Friedrich und Brzezinski 1957 nach Frizsche 1977, 486 und nach Kühnl 1990, 135

lassen sich bei einzelnen Wesenspunkten auch kritische Argumente anführen, die eine Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus erschweren, beziehungsweise ausschließen. Darüber hinaus bleiben gewisse Fragen von der Totalitarismus-Theorie unbeantwortet. So geht sie zum Beispiel nicht auf die Frage ein, wie eine faschistische Diktatur überhaupt entstehen kann. Dieses Problem etwa hat Benneke in seinem Buch „Wissenschaftliche Depression und politischer Radikalismus“ näher behandelt.¹¹³

Darüber hinaus bleibt auch noch ein zentrales Problem ungelöst, das nicht nur für die Totalitarismus-Theorie, sondern alle in diesem Kapitel vorgestellten Theorien gilt: Wie scharf soll die Trennlinie gezogen werden, welche real existierende Phänomene voneinander trennt, beziehungsweise miteinander verbindet?

¹¹³ Bennecke 1970 nach Kühnl 1990, 144

2 Die Katholische Kirche

2.1 Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat – die Ausgangslage im Mittelalter

Dieses Kapitel hätte auch „wie es zum Aufbrechen des Gottesstaates kam“, genannt werden können. Vorweg: einen absoluten Herrschaftsanspruch gab es auch schon vor dem Zutun der katholischen Kirche. Der Pharao im alten Ägypten z.B. war nicht nur ein von den Göttern legitimierter Herrscher, für die Ägypter war er ein Gott. Im Mittelalter war der Herrscher zwar kein Gott, aber er war von Gott legitimiert worden. Mit Hilfe der Kirche war es möglich, die absolutistische Machtkonzentration der hierarchischen Spitze der herrschenden Klasse zu legitimieren. Der Rechtsanspruch auf den Thron wurde metaphysisch durch die Theorie des Legitimus untermauert. Damit konnte der König sich vom transzendenten Mythos eines Gottesgnadentums umgeben fühlen.¹¹⁴

Dies führte dazu, dass bis vor dem Investiturstreit Kirche und Staat beinahe untrennbar eng miteinander verzahnt waren. Dies wird als „imperium/regnum/sacerdotium“¹¹⁵ bezeichnet. Gemäß der Mittelalterlichen Überzeugung gab es das „regnum“ den weltlichen Herrschaftsbereich und „sacerdotium“ den geistlichen Herrschaftsbereich. Diese standen zueinander wie zwei verschiedene Seiten der gleichen Münze. In seinem Werk vom Gottesstaat entwickelt Augustinus um das Jahr 400 herum die Zweireichslehre. Darin wird von der Existenz zweier Reiche ausgegangen, der weltlichen „civitas terrena“ und der göttlichen „civitas dei“. Das Reich Gottes erstreckt sich hierbei über das Jenseits und das der christlichen Menschen auf Erden. Das irdische Reich liegt mit dem Reich Gottes im Streit und ist somit auch ein Reich des Teufels, die Aufgabe des weltlichen Herrschers ist es daher das Reich des Teufels zurückzudrängen und dafür zu sorgen, dass die religiösen Gebote auf Erden befolgt werden. Er soll also gewissermaßen das Reich Gottes auf Erden schaffen.¹¹⁶ Bis ins 11. Jahrhundert sind diese beiden Sphären eine Einheit. Der König herrscht über die Kirche. Die Bischöfe sind Reichsbeamte, der König besetzt Kirchenämter mit ihm genehmen Vasallen. Bischöfe

¹¹⁴ Gnägi 1970, 72ff

¹¹⁵ Kalb und Floßmann 2004, 46

¹¹⁶ Kalb und Floßmann 2004, 51

und Äbte erhalten neben ihren geistigen Ämtern auch noch die weltliche Herrschaft über Territorien (mit allen staatlichen Hoheitsrechten).¹¹⁷ Dies zeigt, dass es zwischen Kirche und Krone aber auch zwischen Adel und Kirche bis weit ins Mittelalter faktisch keine Trennung gab. Und dass das Wort des Herrschers immer auch das Wort Gottes war.

Dies sollte erst der Mönch Hildebrand ändern. Als dieser den Stuhl des Heiligen Vaters bestieg und zu Paps Georg dem VII wurde, beschloss er gegen den weltlichen Herrscher aufzubegehren. Das von ihm verkündete libertates Programm sollte zu einem Konflikt führen, den die Geschichtsbücher von heute unter dem Begriff Investiturstreit kennen. Dieser Investiturstreit zog sich über mehrere Jahre, und wurde zwischen dem Heiligen Stuhl in Rom und dem weltlichen Herrscher des deutschen Reiches ausgetragen. Er führte zur Exkommunikation König Heinrichs IV und seinem Gang nach Canossa. Dort konnte er die Aufhebung der Exkommunikation durchsetzen um wenig später einen Gegenpapst einzusetzen. Im weiteren Verlauf wurde ein Gegenkönigtum etabliert. Schlussendlich entsprang aus diesem Konflikt der erste Staatsvertrag des Heiligen Stuhles mit dem Vertreter des weltlichen Reiches. Dieser Staatsvertrag hieß Wormser Konkordat und wurde 1122 in Worm von Kaiser Heinrich V und Papst Calixt II unterfertigt. Er beendete den Streit mit der Trennung in Temporalien (weltliche Güter) und Spiritualien (geistliches Amt). Der König verzichtete auf die Macht über das geistliche Amt. Dies hatte zur Folge, dass er keine kirchlichen Ämter mehr vergeben konnte. Ihm blieb nur noch die Vergabe von Lehenswesen, das ganze Reich wurde feudalisiert.¹¹⁸

¹¹⁷ Kalb und Floßmann 2004, 52

¹¹⁸ Kalb und Floßmann 2004, 53ff

2.2 Die Ausgangslage zu Beginn des Konservatismus

Wie bereits beschrieben war der Konservatismus in Österreich eine Reaktion auf die Französische Revolution. In Österreich herrschte zu jener Zeit der aufgeklärte Absolutismus und die Ausgangslage der Kirche war keine einfache. Der Herrschaftsbereich der Kirche war durch den Protestantismus bedroht. Das 16. und 17. Jahrhundert waren von der protestantischen Reformation und der katholischen Gegenreformation geprägt. Vorausgegangen war diesem Prozess ein Verfall der kirchlichen Hierarchie. Seelsorgliche Interessen waren in den Hintergrund getreten, materielle in den Vordergrund gerückt. Allen „Leistungen“ der Kirche standen materielle Forderungen entgegen. Der Zölibat wurde weitgehend nicht befolgt und der Ablasshandel florierte. Diese Schwäche an der Führungsspitze hatte der Protestantismus sich zu nutzen gemacht. Er setzte dabei an der gefährlichsten, weil empfindlichsten, Stelle der katholischen Kirche an. Er zog den Führungsanspruch des Vatikans in Rom in Zweifel. So postulierte Martin Luther die in den Augen der Katholischen Kirche ketzerische Frage, ob die höchste Autorität beim Papst oder in der Heiligen Schrift zu suchen sei. Dies war eine beträchtliche Bedrohung für die ökonomischen und machtpolitischen Ansprüche der katholischen Kirche.¹¹⁹

Zu Beginn des Konservatismus war dieser reformatorische Streit bereits weitestgehend ausgetragen. Die Protestanten hatten im späteren Deutschland Fuß gefasst, im katholischen Habsburger Reich waren sie im Zuge der Gegenreformation aber weitestgehend vertrieben worden.

Hier wird auch der Unterschied zwischen den konservativ katholischen Staaten des Deutschen Reiches und den protestantisch reformierten Staaten sichtbar. Die katholischen verharrten im Zeitalter der Aufklärung im Zuge der Gegenreformation in einer starren Orthodoxie, während in den reformierten Staaten neue Ideen Fuß fassen konnten. So war es dem Protestantismus möglich, überlieferte naturwissenschaftliche Meinungen zu hinterfragen und längst überholte wirtschaftliche Strukturen zu erneuern. Auch ist in den inneren Einstellungen beider Religionen ein großer Unterschied zu sehen. Die katholische Kirche sieht in der Armut eine Tugend, es gibt daher keinen Anlass für Reformen. Im Protestantismus gilt Reichtum der durch Fleiß und harte Arbeit erzielt wurde als eine Tugend. Im Gegensatz zum Katholizismus ist

¹¹⁹ Kalb und Floßmann 2004, 101ff

es keine Gotteslästerung wenn mit empirisch Wissenschaftlichen Methoden die Naturwissenschaft erforscht wird, und so der Beweis für die Existenz Gottes angetreten werden soll.¹²⁰

Dieser Unterschied ist deswegen so wichtig, weil er den Unterschied der inneren Einstellungen zeigt. Nachdem das Katholische in Österreich dominant war und ist, lässt es bis zu einem gewissen Grad auch einen Blick auf das Innenleben der Konservativen jener Zeit zu.

¹²⁰ Kalb und Floßmann 2004, 143ff

2.3 Die Katholische Kirche und die Macht

Nachdem in den Eingangskapiteln beschrieben worden ist, dass das Schicksal der katholischen Kirche und des Österreichischen Staates eng mit einander verbunden sind, wird dieses Kapitel auf die Beweggründe der Herrschenden und der katholischen Kirche für diese enge Art der Zusammenarbeit eingehen.

Wie hat diese Zusammenarbeit, welche beim Gottesstaat anfang, die Entwicklung über das Konkordat beschrift und die Ereignisse der Gegenreformation überstand, so lange und so eng bestehen können? Warum brauchten sich die Kirche und die Machthaber gegenseitig? Welche Vorteile ziehen und zogen sie aus dieser Beziehung? Welche Nachteile haben sie damit in Kauf genommen, und wie kompatibel sind ihre Weltanschichten zu einander? Von wem ging das Recht im Staat aus? Welche Art von Recht gab es und welcher Einfluss wurde damit genommen?

Stellt man sich die Frage welche Stellung sich die Kirche in der Gesellschaft zuordnet, muss man feststellen dass von Ihr Religion nicht als Privatsache angesehen wird. Nach katholischem Selbstverständnis handelt es sich um eine missionarische Religion. Sie beansprucht daher den größtmöglichen öffentlichen Raum für sich. Es ist nicht nur der einzelne, es ist vielmehr die gesamte Gesellschaft die in den Augen der Kirche eine Verpflichtung gegenüber Gott zutragen hat. Setzt man jetzt, wie es die katholische Kirche tut, Staat mit Gesellschaft gleicht versteht man denn Anspruch auf Einflussnahme am politischen Geschehen welcher von ihr ausgeht. Betrachtet man die katholische Soziallehre und den Missionierungsauftrag der Kirche näher, so ist es nicht verwunderlich, dass nach kirchlichem Selbstverständnis jede Abweichung von den Lehren der Religionsgemeinschaft nicht als End- sondern nur als Übergangslösung akzeptiert werden kann.¹²¹

Was aber waren die Motive der weltlichen Herrscher für einen Pakt mit der Kirche? Betrachtet man die Monarchie näher stellt man fest, dass der weltliche Herrscher anfangs ein Legitimationsproblem hatte, welches er mit Hilfe der Theorie der Legitimation von Gottesgnadentum gelöst hat. Zu Beginn des Reiches bestanden aber noch keine klare Grenze zwischen dem Reich Gottes und dem weltlichen Reich. Nachdem der weltliche Herrscher für seine Legitimation die Mithilfe der katholischen Kirche bedurfte, trug diese ihm im Gegenzug die Verwirklichung des göttlichen Reiches auf Erden bei. Beide Systeme stützten sich gegenseitig um jeweils ihren

¹²¹ Gnägi 1970, 19ff

souveränen Machtbereich zu schützen. Dieser Machtbereich war jedoch zu anfangs noch nicht klar umrissen und in der Zeit der Zusammenarbeit auch immer wieder gewissen Verschiebungen unterworfen. Bis zum Investiturstreit, wurden wie bereits beschrieben, religiöse Würdenämter vom weltlichen Herrscher vergeben. Das Recht der damaligen Zeit war sehr zersplittert, es gab kein einheitliches Recht für das ganze Reich. Vielmehr gab es viele unterschiedliche Quellen. Das Recht unterschied sich nach Stand und Region sehr. Einzelne Rechtsquellen unterschieden oder ergänzten oder widersprachen sich zum Teil erheblich. Erst die Wiederentdeckung der Scholastischen Methode sollte später die Entstehung der Rechtswissenschaft und die Vereinigung dieser Rechtsquellen ermöglichen. Davor war jedoch Kirchenrecht ein Teil der Rechtsquellen. Dabei ist anzuführen dass dieses Kanonische Recht „nicht nur Liturgie und Kirchenverfassung und auch nicht lediglich Familien- und Erbrecht, sondern“ ein „bis in das Detail ausgearbeitete System des Straf- und Zivilrechts insgesamt“ enthielt.¹²² Das Selbstverständnis jener Zeit, welches auch bis weit in die Neuzeit galt, lässt sich wohl am einfachsten mit folgendem Satz umschreiben: „Ius canonicum et civile sunt adeo connexa, ut unum altro vix intelligi possit“ – also „kirchliches und weltliches Recht sind miteinander in dergestalt verknüpft, dass das eine ohne das andere kaum verstanden werden kann.“¹²³

Die Kirche hatte also nicht nur in ihren Kernbereichen, wie Familien- oder Erbrecht eine Rechtssetzende Funktion, sondern auch in anderen Bereichen die nicht unmittelbar mit dem Religiösen zusammenhängen. Der weltliche Herrscher bedurfte aber nicht nur für seine unmittelbare Legitimation als Herrscher von Gottesgnaden der Legitimation der Kirche. Wie durch den Namen Heiliges Römisches Reich schon zum Ausdruck kommt, wurde die Kirche von Otte dem Großen gebraucht um sich als würdiger und berechtigter Nachfahre des Römischen Reiches zu behaupten. So war es Papst Leo III der mit der Verleihung der Kaiserwürde einen Nachfolger für das römische Reich zu schaffen vermochte. Dies brachte beiden Seiten Vorteile, Otto der Große war in die Fußstapfen des Römischen Reiches getreten. Er hatte damit den Machtanspruch über die Herrschaft der drei Königreiche regna, regna teutonicum und regna italicum (also Burgund, Italien und Deutschland) erlangt.¹²⁴ Auf der anderen Seite hatte der Papst jetzt eine Schutzmacht für den Heiligen Stuhl und jemand der ihm dabei half sein finanzielles Einkommen zu sichern.

¹²² Kalb und Floßmann 2004, 35ff

¹²³ Kalb und Floßmann 2004, 39

¹²⁴ Kalb und Floßmann 2004, 50

Mit Voranschreiten der Zeit verändern sich diese Bedingungen aber. Der Papst strebt selbst nach weltlicher Macht und greift daher nach jener des Monarchen. Diese Machambitionen des Papstes werden gestützt von den in Italien ansässigen Fürsten. Der Investiturstreit wurde in Kapitel 2.1 bereits hinreichend behandelt. An seinem Ende stand das Wormser Konkordat. Durch dieses verlor der Kaiser die Personalhoheit über die Reichskirche. Der Verlust dieser Vormachtstellung hat weitreichende Konsequenzen. Zum einen hat der Investiturstreit zu einem Verlust der Machtstellung des Herrschers geführt, er kann seine Untertanen für ihre Dienste nicht mehr wie gewohnt entlohnen und ist auf das Lehnswesen angewiesen. Worin übrigens wie Kalb schreibt das Fundament für die „lückenlose“ Feudalisierung des Reiches liegt.¹²⁵ Auf der anderen Seite ist mit dem Konkordat die Machtstellung des Papstes vorübergehend gestiegen, wodurch auch die dualistischen Spannungen Kaiser – Papst, Papst – Kaiser stiegen.¹²⁶ Im weiteren Verlauf herrschte im Mittelalter also eine starke Konkurrenz der Kirche mit dem Kaiser um die Weltmacht.¹²⁷ Dies begünstigte natürlich eine Entwicklung in der sich beide Seiten immer stärker einen eigenen Machtbereich sicherten, auch wenn sie nachwievor aufeinander angewiesen waren.

Während die Kirche im Mittelalter noch ihren Anspruch auf den Staat postuliert hat, sieht die heutige Position anders aus. Im Mittelalter war mit der Zweischwertertheorie von Bonifaz VIII eine starke Forderung nach der Staatsgewalt vorherrschend. Heute legt die Kirche des 21. Jahrhunderts Wert darauf „von jeder weltlichen Macht unabhängig und in ihrem Bestand durchaus eigenständig“ zu „sein“¹²⁸.

¹²⁵ Kalb und Floßmann 2004, 54

¹²⁶ Kalb und Floßmann 2004, 58

¹²⁷ Kalb und Floßmann 2004, 62

¹²⁸ Gnägi 1970, 58

2.3.1 Die Stellung der Kirche zur Demokratie

Dass Demokratie, Parlamentarismus und eine demokratische Verfassung gegen den Willen der Kirche erreicht wurden steht außer Frage.¹²⁹ Ohne den Liberalisierungsprozess den die Katholische Kirche nach dem zweiten Weltkrieg durchlaufen hat schmälern zu wollen, ist es in traditionell katholischen Ländern auch heute noch so, dass autoritäre Herrschaftsformen einen fruchtbaren Nährboden finden.¹³⁰ Natürlich ist es zu einfach die „faktische Stellungnahme der Katholiken für die Monarchie oder aus der Verteidigung des Legitimationsprinzips eine grundsätzliche Haltung zu machen“¹³¹ zumal die katholische Kirche in der zweiten Republik bewiesen hat, dass auch sie sich mit einer Demokratie vereinbaren lässt. Dennoch liegen die Ressentiments zwischen Demokratie und Kirche tief. Wie Schmid-Ammann es ausdrückt ist es vermutlich mit darin begründet, dass „die Papstkirche selbst eine autoritäre Organisation ist und schon aus rein grundsätzlichen Gründen als Gegner der freiheitlichen Ideen und der Volkssouveränität auftritt.“¹³² Beschäftigt man sich mit der Frage warum das so ist, könnte man zu folgender Antwort gelangen.

Für die Kirche ist, aus einem philosophisch betrachteten Blickwinkel, Freiheit die Bejahung des Wahren und des Guten. Wird Freiheit richtig gebraucht, führt sie zu sozial betrachteter Ordnung und Frieden. Wird sie jedoch falsch gebraucht passiert das genaue Gegenteil. Um dies zu verhindern, muss aus kirchlicher Sicht der Missbrauch der Freiheit verhindert werden. Um also diesen störenden Faktor zu beseitigen, kann zwar die Freiheit nicht zur Gänze abgeschafft werden, es ist aber möglich sie einzuschränken. Dies geschieht durch eine dogmatische Fixierung eines „unfehlbaren“ Lehramts. Der Papst legt als Stellvertreter Gottes auf Erden seine Lehren letztinstanzlich aus. Durch seine detaillierte und verbindliche Auslegung soll er vor Verwirrungen, also vor dem Missbrauch der Freiheit schützen. Hier wird also die Autorität auf Kosten der Freiheit gestärkt. Das Individuelle muss hinter die Kirchliche Auslegung der göttlichen Sendung zurücktreten.¹³³

Ähnlich drückt das Donoso Cortes aus, wenn er in „der Staat Gottes“ schreibt: „Der Katholizismus hat die Autorität zur Höhe Gottes erhoben und dadurch den Gehorsam

¹²⁹ Kreiterling 1960, 11

¹³⁰ Kreiterling 1960, 9

¹³¹ Gnägi 1970, 14

¹³² Schmid-Ammann 1945, 90

¹³³ Gnägi 1970, 17

geheiligt.“¹³⁴ Albert Gnägi hat in seiner Arbeit die „Katholische Kirche und Demokratie“, diese Aussage treffend einem Kelsen Zitat gegenübergestellt. Kelsen aus dessen Feder die Österreichische Verfassung stammt, meinte im Bezug auf Autorität und Demokratie „Im ganzen ist die Demokratie dem Führerideal .. “ als auch „ dem Autoritätsprinzip überhaupt nicht günstiger Boden“.¹³⁵ Hier wird ersichtlich, warum die beiden Systeme große Probleme miteinander haben. Der Wunsch der Katholischen Kirche nach einer starken Autorität begünstigt Monarchische wie Faschistische Systeme.

Demokratie, wird sie denn richtig gelebt ist ein von Grund auf pluralistisches System. Damit Demokratie funktioniert muss es in ihr möglich sein, dass unterschiedliche Meinungen in ihr nebeneinander gleichberechtigt existieren dürfen. Von einer Staatsreligion auf einen Mitspieler in diesem pluralistischen System zurückzufallen, muss das Selbstverständnis der katholischen Kirche beim Übergang von der Monarchie zur Ersten Republik schwer erschüttert haben. Zumal das Wesen einer Demokratie ist, dass niemand eine Position auf Dauer einnehmen kann, für die ein absoluter, also nicht hinterfragbarer, Geltungsanspruch besteht. Ähnlich drückt das auch Kreiterling aus wenn er auf den Widerspruch hinweist, dass eine Kirche die „für ihre höchsten Autoritäten – die Konzilien und den Papst – das Recht in Anspruch nehme, die Wahrheit des Glaubens ohne Möglichkeit des Irrtums unfehlbar zu definieren“¹³⁶ nicht vereinbar ist mit einer Demokratie „in der die Wahrheit eine Funktion des Wettbewerbs der Meinungen wird.“¹³⁷ Dieser Logik folgend ist für einen Katholiken Toleranz ausgeschlossen, „jedenfalls jede Toleranz, die nicht bloß taktischer Natur ist, sondern das unterschiedliche Denken des anderen [...] bejaht“.¹³⁸ Dieser Unfehlbarkeitsanspruch wurde schon 1870 als Vorwand genommen das Konkordat aufzukündigen, und war wohl auch noch in der ersten Republik in den Köpfen so mancher Katholiken gegenwärtig. Die moderne Auslegung des Unfehlbarkeitsanspruches schafft es aber das Problem zu lösen. Der Umstand, dass es einen Bereich gibt in dem die obersten kirchlichen Organe unfehlbar sind, bedeutet im Gegenschluss dass es einen umso größeren Bereich gibt in dem die Kirche sich auch irren kann. „ Diese Tatsache ermöglicht dem Katholiken die Toleranz“ - „erst recht im politischen Bereich, der mehr als jeder andere dem Irrtum ausgesetzt ist.“¹³⁹

¹³⁴ Donoso Cortés 1966, 26 nach Gnägi 1970, 17

¹³⁵ Kelsen, Staatsform und Weltanschauung 1933, 26 nach Gnägi 1970, 17

¹³⁶ Kreiterling 1960, 24

¹³⁷ ebd.

¹³⁸ ebd.

¹³⁹ Kreiterling 1960, 27

2.3.2 Die Stellung der Kirche zum Faschismus

Wie im vorangegangenen Kapitel schon beschrieben, ergibt sich aus dem Selbstverständnis der katholischen Kirche ein gewisses Naheverhältnis zu Autorität, und eine ablehnende Haltung zum Individualismus und der mit ihm einhergehenden Pluralität. Dies ist ein wesentliches weltanschauliches Bindeglied zwischen Katholischer Kirche und dem Faschismus. Genau wie der Katholizismus lehnt der Faschismus Individualität ab. Auch wurde der Faschismus durch die Enzyklika „Quadragesimo anno“ des Papstes 1931 ausdrücklich gebilligt.¹⁴⁰ Auf die Faschismustheorie wurde im Kapitel 1.3 schon hinreichend eingegangen, weswegen ich sie hier nicht wiederhole.

Aber nur weil beide Systeme Parallelen im Bereich der Hierarchien oder der Meinungsbildung aufweisen, muss es noch keine Übereinstimmung beim inhaltlichen Selbstverständnis geben. So wurde von Kardinal Segura das faschistische System von Franco als zu liberal verdammt.¹⁴¹ Wohingegen für den sonst eher zurückhaltenden Papst Pius XI die Machtergreifung von Hitler in Deutschland ein Anlass war, ihn für seine „antikommunistische Haltung“ offiziell zu loben.¹⁴² Das Beispiel Italiens unter Mussolini zeigt deutlich wie flexibel die Kirche war, wenn es darum ging sich mit dem Faschismus zu arrangieren. War für Mussolini 1920 Religion noch Unsinn, und hatte er mit Schriften wie „Es gibt keinen Gott“ und der Anfeindung religiöse Menschen wären krank, noch eine ganz klar abweisende Haltung zur Katholischen Kirche zur Schau gestellt, konnte auch er sich bald für die gemeinsamen Ziele von Katholizismus und Faschismus erwärmen. Dabei dürfte das gemeinsame Feindbild der Sozialisten, Kommunisten und Liberalen eine große Rolle gespielt haben. Die Kirche ist, bzw. war zu jener Zeit eine der bereits beschriebenen alten Herrschaftsinstitutionen deren Machtbereich noch aus der Zeit der Monarchie stammte. Neben dem weltlichen Besitz der die Kirche zu Angehörigen des Großkapitals machte, verfügte sie noch über erheblichen Großgrundbesitz. Bedenkt man jetzt noch die bereits beschriebenen Probleme der Kirche mit dem pluralistischen Weltbild der Demokratie, so darf das Partei ergreifen für den Faschismus nicht wundern. Am Beispiel Italiens zeigte sich das am 22. Oktober 1922. Damals war die Kirche vor die Wahl gestellt, sich für die Demokratie stark zu machen oder Mussolini zu unterstützen. Hätte sie sich für die Demokratie ausgesprochen, hätte sie die Partito

¹⁴⁰ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 169

¹⁴¹ Kreiterling 1960, 8

¹⁴² Bohn 1992, 3

Popolare, eine antifaschistische Katholische Partei unterstützen müssen. Sie entschied sich dazu den Klerus aufzufordern neutral zu bleiben, was de facto einer Unterstützungserklärung der Faschisten gleichkam.¹⁴³

„Die katholische Gesellschaftslehre diene der Legitimation des Anspruches auf katholische Gestaltung der gesamten Gesellschaft, wodurch Differenzen und Konflikte in politischen und gesellschaftlichen Fragen auch eine theologische und religiöse Dimension erhielten.“¹⁴⁴

¹⁴³ Deschner 1968, 9ff und Kühnl 1990, 46

¹⁴⁴ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 169

3 Die Erste Republik

Die Erste Republik ist eine Geschichte von Erfolg und Niederlage zugleich. Rückwirkend betrachtet ist es leicht sich auf die Aspekte zu versteifen die letztendlich zu ihrem Niedergang geführt haben, dabei darf man aber auch nicht die Erfolge vergessen die in ihr erreicht wurden. So stützt sich die in Österreich auch heute noch gültige Verfassungsordnung auf Kompromisse, die in der Ersten Republik gefunden werden konnten.

Aber wie ist es überhaupt dazu gekommen, dass eine Republik die eigentlich keine sein wollte, entstanden ist? Aufgabe dieses Kapitels ist es die Ausgangslage zu untersuchen, in der sich der Austrofaschismus gebildet hat. Wer waren die politischen Mitstreiter in der ersten Republik? Was waren die Kompromisse auf die man sich verständigen konnte, und was die Probleme mit denen diese junge Republik zu kämpfen hatte? Gab es einen Gründungsfehler, oder ist jedes politische System so wie Hanisch schreibt, nur darauf ausgelegt eine bestimmte Anzahl an Kreisen zu verarbeiten bevor es zusammenbricht?¹⁴⁵

Dieses Kapitel bietet einen kurzen Überblick über Entstehung, Herausforderungen und letztlich auch Untergang der Ersten Republik.

¹⁴⁵ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994 nach Hanisch, Einleitung 1995, 3

3.1 Die Ausgangslage

Das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutete auch das Ende der Habsburgermonarchie in Österreich. Die Habsburger hatten über mehr als 400 Jahre über das Deutsche Reich geherrscht und waren in Österreich seit über 640 Jahren an der Macht gewesen.¹⁴⁶ Ihr Ende bedeutete auch ein Ende des Vielvölkerstaats Österreich. So wurde aus dem einstigen Weltreich, der Vielvölkernation, im Jahr 1918 „Deutschösterreich“ geboren.¹⁴⁷ Frei nach dem Französischen Premier Georges Benjamin Clemenceau der gesagt haben soll „Der Rest ist Österreich“¹⁴⁸ war Österreich nach dem Krieg auf ein Siebentel seiner Fläche geschrumpft.¹⁴⁹ Die Verzichtserklärung, welche unter anderem von Ignatz Seipel entworfen worden war, stellte eine geschickte Gratwanderung dar. Kaiser Karl verzichtete mit ihr am 11.12.1918 zwar auf die Beteiligung an den Regierungsgeschäften, musste aber weder abdanken noch auf den Thron verzichten.¹⁵⁰ Auch wenn der Verzichtserklärung keine rechtliche Bedeutung zukommt, da die Ausrufung der Republik einen Bruch der Rechtskontinuität darstellt, vereinfachte sie doch den Wechsel. Dies tat sie vor allem auch wegen ihrer geschickten Formulierung die, zumindest theoretisch, dem Kaiser noch einen gewissen Spielraum offen hielt.¹⁵¹ Mit dem Gesetz über die Staats- und Regierungsform, wurde die erste Republik unter dem Namen Deutschösterreich am 12.12.1918 konstituiert.¹⁵²

Und so entstand eine Republik die eigentlich keiner haben wollte. So war etwa das Selbstverständnis der Konservativen nicht auf die österreichische Nation sondern auf einen supranationalen Reichspatriotismus einer Habsburger-Dynastie mit dem multiethnischen Reichsgebilde einer Donaumonarchie, gerichtet.¹⁵³ Mit den Monarchisten und Großgrundbesitzern waren sie jene Kräfte, die sich zu Anfang noch gegen einen Anschluss an Deutschland aussprachen, auch wenn die Konservativen bald ihre Meinung änderten.¹⁵⁴ Dies ist wohl auch auf die Suche nach einer neuen Identität der Konservativen zurückzuführen, welche bei ihnen noch stärker ausgeprägt war als bei

¹⁴⁶ Kindermann 1999, 213

¹⁴⁷ Kalb und Floßmann 2004, 335ff

¹⁴⁸ Meysels 1992, 17

¹⁴⁹ Philippoff 2002, 28 siehe auch Meysels 1992, 13ff

¹⁵⁰ Kalb und Floßmann 2004, 338 und Kindermann 1999, 213ff

¹⁵¹ Kelsen, Österreichisches Staatsrecht 1923, 78ff nach Kalb und Floßmann 2004, 339

¹⁵² StGbl 1918/5 nach Kalb und Floßmann 2004, 338

¹⁵³ Kindermann 1999, 213 zum Staat den niemand wollte siehe auch Meysels 1992, 13ff

¹⁵⁴ Kalb und Floßmann 2004, 336

den anderen Parteien.¹⁵⁵ Die Deutschnationalen wollten von Anfang an wieder heim in das Deutsche Reich. Die Sozialisten sahen die Lebensfähigkeit von Österreich, durch das Diktat der Siegermächte und die Größe auf die Österreich geschrumpft war, als äußerst fragwürdig an. So wurde in der Gründung der Republik auch schon ihre Selbstaufgabe beschlossen. Das bringt nicht nur der Name Deutschösterreich zum Ausdruck, sondern auch der zweite Artikel über die Staats und Regierungsform, in dem steht: „Deutschösterreich ist Bestandteil der Deutschen Republik“¹⁵⁶

Im Friedensvertrag von St. Germain wurde Österreich das Dasein als eigenständige Nation aufgezwungen. Mit dem Gesetz vom 21.10.1919 über die Staatsform musste der Name daher von Deutschösterreich in Republik Österreich geändert werden. Dem Anschlussverbot folgend musste der Artikel 2 „Deutschösterreich ist Bestandteil der Deutschen Republik“ außer Kraft gesetzt werden.¹⁵⁷ Somit stellt der Name Österreich ein Diktat der Alliierten dar.¹⁵⁸ So soll etwa das erste Staatsoberhaupt, der Sozialdemokrat Karl Seitz zu dem Vertrag von St. Germain gesagt haben: „Was uns geboten wird ist kein Friede der Versöhnung, es ist ein Vernichtungsfriede.“¹⁵⁹

¹⁵⁵ Kindermann 1999, 214

¹⁵⁶ Kalb und Floßmann 2004, 336

¹⁵⁷ Kalb und Floßmann 2004, 355

¹⁵⁸ Gulick 1976, 9

¹⁵⁹ Meysels 1992, 17

3.1.1 Die Parteien der Ersten Republik

Neben der Regierung waren die Parteien jene Kräfte die bis zum Erstarren der Heimwehrbewegung und der Verfassungsreform 1929 die Politik am maßgeblichsten mitgestalteten. Umso erstaunlicher ist, dass diese besondere Bedeutung in der Verfassung der Ersten Republik keinen Niederschlag fand.¹⁶⁰ Um einen kurzen Einblick in das politische System der ersten Republik zu ermöglichen seien hier die Heimwehrverbände und die wichtigsten Parteien der ersten Republik, sowie die Wählerschichten welche sie anzusprechen vermochten und der weltanschauliche Hintergrund dieser Organisationen, kurz vorgestellt.

3.1.1.1 Die Christlich-Soziale Partei

Als geistiger Vater der Christlich-Sozialen Partei gilt Karl von Vogelsang, auf dessen Christlich-Soziale Ideen die Partei zurückgeht, nachdem das christlich-konservative politische Spektrum bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem von Adel und hohen Geistlichen getragen wurde. Am 7.3.1887 wurde schließlich von Karl Lueger der „Christlichsoziale Verein“ gegründet, welcher auf der Idee von Vogelsang fußte und als „Parteischule“¹⁶¹ der Christlich-Sozialen diente.¹⁶² Ziel der Christlich-Sozialen war die Verbesserung der sozialen Lage des Kleinbürgertums durch ethisch-religiös begründete Sozialreformen.¹⁶³ Nachdem es 1894 zu einem Konflikt mit der Amtskirche gekommen war, billigte Papst Leo XIII schließlich die Christsozialen.¹⁶⁴ Durch die feste Einbindung der Christlich-Sozialen Partei in den „Politischen Katholizismus“ orientierte sie sich ideologisch sehr stark an den päpstlichen Enzykliken und den Hirtenbriefen des österreichischen Episkopats.¹⁶⁵ Ihre ideologische Hauptkomponente stellt die Vorstellung einer „romantisierten, rückwärtsgerichteten Utopie einer ständischen Ordnung“ dar, welche sich gegen die „Auswirkungen der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft“ stellt.¹⁶⁶ Auf das

¹⁶⁰ Dachs 1995, 143

¹⁶¹ Berchtold 1998 nach Kalb und Floßmann 2004, 312

¹⁶² Kalb und Floßmann 2004, 312

¹⁶³ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 160

¹⁶⁴ Kalb und Floßmann 2004, 312

¹⁶⁵ Diamant 1960, Silberbauer 1966, Hanisch, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg 1913-1925 1977 nach Staudinger, Müller und Barbara 1995, 169

¹⁶⁶ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 169

Konzept der ständischen Ordnung wird bei der Erörterung der Ideologie des Austrofaschismus noch näher eingegangen, weswegen ich an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen werde. Wenig verwunderlich stellt die Ideologie der Christlich-Sozialen Partei die Grundlage für den später folgenden Austrofaschismus dar.

Betrachtet man die Wählerschichten welche die Christlich-Sozialen anzusprechen vermochten, fällt zu allererst ihre Inhomogenität auf. Im zentralen Konfliktfeld „Arbeit gegen Besitz“ (zu Besitz zählen auch Bauern und Selbständige), tendierte sie klar zu den Besitzenden. Und das, obwohl auch ein beträchtlicher Teil der katholischen Arbeiter zu ihren Wählern zählte. Aber auch die Industrie und das Finanzkapital hatten sich ab 1918 in ihr Lager geschlagen. Desweiteren rekrutierte sich ein Großteil ihrer Wählerschaft aus den ländlichen Bereichen, während sie in großen Ballungsräumen eher schwach blieb. Dies erklärt auch die starke Befürwortung des Föderalismus. Auch wenn sich der aus praktischen Gründen (Schwächung des „roten Wiens“) nicht immer als praktikabel erwies. Als große Einigungskraft dieser inhomogenen Gruppe vermochte im Innenverhältnis die Katholische Kirche zu fungieren, die von außen durch den Antiklerikalismus der Sozialdemokratie ungewollt gestützt wurde.¹⁶⁷ Betrachtet man den Wählerzuspruch, so erhielten die Christlich-Sozialen 1919 bei der Nationalratswahl 35,9 % der gültig abgegebenen Stimmen, schafften es aber bis 1923 auf ein Hoch von 45 % der Stimmen. Womit zweifelsohne die Erfolge bei der wirtschaftlichen Sanierung Österreichs honoriert wurden. Bei der Wahl 1930 fielen sie wieder auf 35,7 % der Stimmen zurück.¹⁶⁸ Gegen Ende der Ersten Republik war der Handlungsspielraum der Christlich Sozialen dann nur noch sehr eingeschränkt gegeben. Die Koalition mit Heimwehr und Landbund verfügte nur noch über eine Stimme Mehrheit im Nationalrat und die Erhaltung der Macht schien bei der bevorstehenden Wahl keinesfalls als gesichert.¹⁶⁹

3.1.1.2 Die Sozialdemokratische Partei

Die Ursprünge der Sozialdemokratischen Partei gehen auf den 1867 gegründeten Arbeiterbildungsverein zurück. Obwohl dieser auf Grundlage des Vereinsgesetzes errichtet war, hatte er von Anfang an mit staatlichen Repressionen zu kämpfen. Aber

¹⁶⁷ Hanisch, Demokratieverständnis, Parlamentarische Haltung und Nationale Frage bei den österreichischen Christlichsozialen 1990 nach Dachs 1995, 155 und Dachs 1995, 155

¹⁶⁸ Dachs 1995, 153

¹⁶⁹ Kalb und Floßmann 2004, 408

auch interne Spannungen und richtungskämpfe waren ein Problem. Das 1868 auf einem Arbeitertag festgelegte „Hartung-Program“ legte die Grundsätze des sozialdemokratischen Parteiprogramms fest. Auf dem Partiekongress in Neudörfel wurde dann schließlich im Jahr 1874 die Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“ beschlossen, auch wenn noch nicht alle Konflikte innerhalb der Arbeiterbewegung gelöst waren. So stellte etwa die „Nationalitätenfrage“ einen immer noch schwelenden Konflikt dar. Auf nachfolgenden Tagungen wurde versucht eine Einigung der Bewegung herbeizuführen. Dies gestaltete sich insofern als Herausforderung, als darauf zu achten war, dass die Bewegung von den Behörden nicht als staatsgefährdend angesehen wurde. Diese Versuche scheiterten. Mit der Anfang der 1880er einsetzenden Radikalisierung nahmen auch die staatlichen Repressionen weiter zu. Dieser Umstand half Viktor Adler dabei eine Einigung herbeizuführen. Die Einsicht, dass nur durch „Einigung und Mäßigung eine politische Mitgestaltung möglich sei“ führte zu Jahreswechsel 1888/89 zum Einigungsparteitag der Sozialdemokraten in Hainfeld.¹⁷⁰ Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war eine „demokratische Massenintegrationspartei auf Klassenbasis“ und verfügte über „hohen und dichten Organisationsgrad“. Sie gehörte zu den „Weltanschauungsparteien“.¹⁷¹ „In der Ersten Republik hatte die Sozialdemokratie [...] eine absolut dominierende Position in der Arbeiterschaft inne, bei der Kernschicht der Industriearbeiterschaft fast ein Monopol.“ Dabei ist der eben erwähnte hohe Organisationsgrad eine Ausnahmeerscheinung welche die Österreichische Arbeiterschaft zu einer Art Musterpartei innerhalb der sozialistischen Internationalen machte. Dies erklärte sich vor allem daraus, dass es in Österreich gelungen war, den Zerfall der Arbeiterpartei in einen „revolutionären“ Kader und eine „reformistische“ Massenpartei zu verhindern. Außerdem war es gelungen die KPÖ „niemals über den Stellenwert einer unbedeutenden Sekte“ hinauswachsen zu lassen.¹⁷²

Als ideologische Grundlage diente der „Austrosozialismus“ den man zum „Austromarxismus“ weiterentwickelt hatte. Dieser entfernte sich zusehends von revolutionären Taten. Die austromarxistische Theorie wollte sich als „Dritter Weg“ zwischen Kautskyanismus und Leninismus entwickeln. Sie war von der Überzeugung getragen, dass „der Staatsapparat nach den Bedürfnissen der Arbeiterschaft umgestaltet werden könnte“.¹⁷³ Dabei wurden Diktatur und Gewaltanwendung zur Erreichung dieser Ziele abgelehnt. Ziel war es die Staatsmacht mit Mitteln der

¹⁷⁰ Kalb und Floßmann 2004, 311

¹⁷¹ Maderthaler 1995, 180

¹⁷² Maderthaler 1995, 182

¹⁷³ Maderthaler 1995, 184ff

Demokratie zu erobern und auf „friedlichem Weg die Kooperation mit der industriellen Bürokratie und der Bauernschaft“ zu suchen.¹⁷⁴ Was den Zuspruch der Wähler zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei betrifft, so war dieser ob der homogenen Wählerschaft durchgängig konstant. Der Wähleranteil, sieht man von 1920 ab (36 %), lag konstant zwischen 39,6 % und 40 % der Stimmen.

3.1.1.3 Die Großdeutsche Partei

Ursprünglich entstammten die Deutschnationalen aus einer national-liberalen Gruppierung. Nach dem Erstarken des Parlamentarismus trat der Liberalismus jedoch in den Hintergrund und der Nationalismus gewann an Boden. In der Zeit der Monarchie vermochte es das deutsche Lager jedoch nicht sich auf eine Partei zu vereinigen, es gab viele Splittergruppen. Als ein erstes Parteiprogramm kann das Krickl-Programm von 1868 gesehen werden. Bis zur Gründung eines „Deutschnationalen Vereins“ sollte es jedoch bis 1882 dauern. Es war den Deutschnationalen aber trotz anhaltender Wahlerfolge immer noch nicht möglich eine einheitliche Deutschnationale Partei in den Reichsrat zu entsenden. Erst die Badenischen Sprachverordnungen von 1897 vermochten es einen Prozess in Gang zu setzen, der 1910 in der Gründung des „Deutschen Nationalverbandes“ endete.¹⁷⁵ Nach dem Zerfall des Habsburgerreiches kam es schließlich zu weiteren Einigungsbestrebungen, welche am 8. August 1920 in der Gründung der Großdeutschen Volkspartei endeten.¹⁷⁶ Diese „war antiklerikal, antiliberal, antisemitisch, antimodernistisch und antisozialistisch eingestellt.“ Ihr Programm war vom Leitgedanken der „Volksgemeinschaft“ getragen, in welcher der Mensch als „Mitglied der Gemeinschaft des Volkes“ gesehen wurde, und folglich das Individuum keinen Stellenwert mehr inne hatte. Die Großdeutschen verstanden sich als Repräsentanten aller Bevölkerungsschichten.¹⁷⁷ Die Wählerschicht welche sich von den Großdeutschen angesprochen fühlte, war vor allem die der bürgerlichen Besitzenden sowie Beamte, Lehrer und Angestellte. Auch vermochten sie Wähler eher anzusprechen die eine Dominanz des Staates gegenüber der Kirche bevorzugten. Sie waren im Zentrum stärker als in der Peripherie, weshalb sie eine

¹⁷⁴ Bauer, Der Kampf um die Macht 1924 nach Maderthaner 1995, 186

¹⁷⁵ Kalb und Floßmann 2004, 313

¹⁷⁶ Dostal 1995, 196

¹⁷⁷ Kalb und Floßmann 2004, 337

zentralistische Politik einer föderalistischen gegenüber bevorzugten.¹⁷⁸ Die Stimmen welche die Großdeutschen bei der Wahl auf sich vereinen konnten sind ob „des phasenweise selbständig kandidierenden Landbundes“ besonders unübersichtlich. Vermutlich werden sie im Schnitt irgendwo zwischen 10 % und 12 % gelegen haben.¹⁷⁹

3.1.1.4 Die Wehrverbände

Es ist ein Phänomen der Ersten Republik, das alle politischen Gruppierungen über ihre eigenen militärischen Organisationen, die sogenannten Wehrverbände, verfügten. Auf der linken Seite ist hier vor allem der Republikanische Schutzbund zu nennen, das rechte Lager bestand aus diversen Heimwehren und Kleinverbänden.¹⁸⁰ Diese Wehrverbände waren nicht nur für die Gründung der Republik mitverantwortlich, in dem sie verhinderten dass das Land nach dem verlorenen Krieg und der Ausrufung der Republik in Anarchie verfiel, sondern trugen auch maßgeblich am späteren Scheitern selbiger bei.¹⁸¹

Die ersten Bürgerwehren waren unmittelbar nach dem Krieg entstanden. Zuerst dienten sie nur als „legitime Verteidigungskräfte gegen marodierende Banden von Ex-Soldaten aus allen Teilen der Monarchie“ und als Einsatztruppe gegen „kriminelle Elemente“.¹⁸² Später wurden die Wehrverbände zum Ausdruck des gegenseitig herrschenden Misstrauens. Man war dem Staat, bzw. dem Umstand ob dieser zu halten vermochte, gegenüber misstrauisch. So hatten die russischen Bolschewiken und die vereinzelte Ausrufung von Räte-Republiken, so wie der Zerfall der Habsburgermonarchie die besitzende Klasse stark verunsichert. Das gesamte bestehende Sozialgefüge war aufgebrochen worden.¹⁸³ War es anfangs nur zu einer lokal beschränkten Bildung von Wehrverbänden gekommen, gewannen diese auf rechter Seite jedoch rasch an Fahrt als in Bayern und Ungarn Räterepubliken Proklamation wurden.¹⁸⁴ Die Sozialdemokraten waren zuerst für die Abrüstung aller politischen Wehrverbände eingetreten, als die Gegenseite jedoch massiv aufrüstete

¹⁷⁸ Ackerl 1990 nach Staudinger, Müller und Barbara 1995, 154ff

¹⁷⁹ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 153

¹⁸⁰ Edmonson 1995, 261

¹⁸¹ Meysels 1992, 15 und Edmonson 1995, 261

¹⁸² Meysels 1992, 18

¹⁸³ Edmonson 1995, 261ff

¹⁸⁴ Kalb und Floßmann 2004, 366

sah man die Basis für die geplanten Sozialreformen gefährdet.¹⁸⁵ Der Friedensvertrag von St. Germain hatte das Bundesheer auf 30.000 Mann begrenzt. Nachdem die Heimwehren dieses kleine Bundesheer in den Schatten zu stellen vermochten, war auch das Gewaltmonopol des Staates gefährdet.¹⁸⁶ Als die Sozialdemokratie dann durch das Ausscheiden aus der Regierung über keinen Zugriff mehr auf die Armee verfügte, war der Wunsch nach einer eigenen bewaffneten Formation stärker als der Wunsch nach Abrüstung. So wurde 1922 der Republikanische Schutzbund gegründet. Die wichtigste Aufgabe dieser straff organisierten Arbeiterarmee war ihre Bereitschaft einem Angriff auf das parlamentarische System entgegenzutreten.¹⁸⁷

Dem standen ab 1924 die immer stärker werdenden antiparlamentarischen Tendenzen der Heimwehren gegenüber. Die Heimwehren waren ursprünglich aus Bauern und Bürgerwehren entstanden und hatten keine gemeinsame politische Grundlage. In ihnen waren monarchistische, christlich-soziale, deutschnationale und nationalsozialistische Kräfte, welche mit- aber auch gegeneinander arbeiteten, verstrickt. Als einigendes Element fungierte bis zur Entwicklung der antiparlamentarischen Tendenzen auch ihre antisozialistische Grundhaltung.¹⁸⁸

Auf die besondere Bedeutung der Heimwehren bei der Entstehung des Austrofaschismus und dem Sturz der Ersten Republik wird später näher eingegangen. An dieser Stelle sei nur noch auf die Bekenntnis der Heimwehren zum Faschismus in Form des Korneuburger Eids vom 18.05.1930 hingewiesen:

„Wir wollen Österreich von Grund auf erneuern! Wir wollen den Volksstaat der Heimatwehren. Wir fordern von jedem Kameraden: den unverzagten Glauben ans Vaterland, den rastlosen Eifer der Mitarbeit und die leidenschaftliche Liebe zur Heimat. Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen. Wir müssen eigenen Vorteil vergessen, müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien unserem Kampfziel unbedingt unterordnen, da wir der Gemeinschaft des deutschen Volkes dienen wollen! Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und den bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.

¹⁸⁵ Edmonson 1995, 264 und Kalb und Floßmann 2004, 367

¹⁸⁶ Meysels 1992, 18

¹⁸⁷ Edmonson 1995, 264 und Kalb und Floßmann 2004, 367

¹⁸⁸ Kalb und Floßmann 2004, 367

Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und die liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung.

Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen.

Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen.

Wir wollen durch eine bodenstarke und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben. Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen, seine Macht und Führung wacht darüber, dass die Stände in die Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er erkenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer!¹⁸⁹

Im Korneuburger Eid lässt sich schon das Bekenntnis erkennen welches nicht nur das Ende der Demokratie, sondern auch die Entstehung des Austrofaschismus in sich trug.

¹⁸⁹ Jochum 1983, 92 nach Kalb und Floßmann 2004, 368

3.1.2 Die wirtschaftlichen Herausforderungen der Ersten Republik

Die Liste der Herausforderungen welchen sich die erste Republik stellen musste ist lang. Zum einen waren die Gründungsumstände nicht die besten. Österreich hatte einen Weltkrieg verloren. Die Bedingungen des Friedens waren durch den Friedensvertrag von St. Germain, welcher auch als Diktat empfunden wurde, weit von dem entfernt was sich Österreich gewünscht hatte. Die Reparationszahlungen zu denen das Land verurteilt wurde, belasteten es erheblich. Dies wäre ein vermeidbarer Mühlstein gewesen. Folgt man etwa der Rechtslehre, wie sie zum Beispiel von Merkel vertreten wurde, besteht durch die Ausrufung der Republik keine Rechtskontinuität mehr zur Monarchie. Als Folge hätte man auch entscheiden können Österreich keine Wiedergutmachungszahlungen für den verlorenen Krieg aufzubürden.¹⁹⁰ Aber auch das Staatsgebiet und damit die Zahl der Staatsbürger wich beträchtlich von dem ab was sich Österreich erhofft hatte. So wurden aus erwarteten 10 Millionen Einwohnern nur 6,5. Das Anschlussverbot zwang Österreich schließlich in eine Selbständigkeit in der es sich mit dramatischen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sah.¹⁹¹ Das wirtschaftliche Konstrukt von Österreich das auf ein 50 Millionen Reich ausgelegt war, wurde zerstört. Übrig geblieben war nur ein außenhandelsabhängiger Kleinstaat, in dem auch noch ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle vorherrschte. Während in Wien, Niederösterreich und der Steiermark die Industrie war, war der Rest Österreichs agrarisch und rückständig.¹⁹² Die Anfangslage war durch die Unterbindung der Lebensmittellieferungen durch die Alliierten und den Ausbruch der Spanischen Grippe trostlos.¹⁹³ Als Folge hatte man mit einer Stagnation der Wirtschaft, hoher Arbeitslosigkeit und von 1918 bis 1922 mit einer Nachkriegsinflation zu kämpfen. All dies mündete schließlich in eine Hyperinflation.¹⁹⁴ Das Strukturproblem welches sich durch die neugeschaffenen Rahmenbedingungen für Österreich aufgetan hatte, schien unüberwältigbar. Der Anschluss an die westeuropäische Entwicklung blieb Österreich verwehrt, wodurch es in der Struktur eines Agrar-Industriestaates hängen

¹⁹⁰ Merkl 1919 nach Kalb und Floßmann 2004, 352

¹⁹¹ Kalb und Floßmann 2004, 355ff

¹⁹² Weber 1995 und Kalb und Floßmann 2004, 371

¹⁹³ Meysels 1992, 15

¹⁹⁴ Weber 1995 nach Kalb und Floßmann 2004, 340

blieb. Die Finanzpolitik der bürgerlichen Regierung schaffte es nicht nur nicht, die Nachkriegsinflation nicht zu überwinden, sie verschlimmerte die Lage noch weiter.¹⁹⁵

Als Österreich auf Grund der anhaltenden Inflation vor dem Zusammenbruch stand, musste gehandelt werden. Der Sozialdemokrat Bauer trat dafür ein, Österreich durch eine Währungsunion mit Deutschland aus der Krise zu führen. Realpolitisch hätte dies jedoch zu einer Konfrontation mit Frankreich geführt, welches den Anschluss von Österreich an Deutschland zu verhindern trachtete.¹⁹⁶ Die bürgerliche Koalition aus Christlich-Sozialen und Großdeutschen entschloss sich unter der Führung Seipls für einen Auslandskredit beim Völkerbund. Mit einer Brandrede schaffte es der konservative Vordenker Seipl 650 Millionen Goldkronen für Österreich bewilligt zu bekommen, indem er auf die Gefahr eines Untergangs von Österreich hinwies: „wenn das durch sie geschaffene neue Österreich sich als lebensunfähig nicht nur für den Augenblick, sondern für alle Zukunft erweisen würde, es hieße ein Loch mitten in die Karte Europas reißen; es hieße, einen luftleeren Raum mitten in Europa schaffen, der mit ungeheurer Saugkraft die Nachbarn erfassen und dadurch das [...] nur mit großer Kunst zwischen ihnen aufrechterhaltene Gleichgewicht stören müsste.“¹⁹⁷

Als Folge dieses Notkredites musste Österreich in den Genfer Protokollen erneut einem Anschlussverbot an Deutschland und einem vom Völkerbund kontrollierten Reform- und Sanierungsprogramm zustimmen. An das Sanierungsprogramm war eine Generalvollmacht der Regierung gekoppelt sämtliche Änderungen ohne Befassung durch das Parlament durchzuführen.¹⁹⁸ Vor allem die Sozialdemokratie stand den Genfer Protokollen ablehnend gegenüber. War die Konsequenz doch, dass die Regierung bei den anstehenden Wirtschaftsreformen einen Alleingang beschreiten konnte. Mangels Alternativen musste die Sozialdemokratie jedoch letzten Endes in Verhandlungen einwilligen.¹⁹⁹ Dem Wiederaufbaugesetz, welches vor allem die einkommensschwächsten Schichten hart traf und die Reformmaßnahmen der Genfer Protokolle umsetze, stimmte die Sozialdemokratie jedoch nicht mehr zu.²⁰⁰ Die Folge des Genfer Sanierungsprogramms war, dass Investitionsausgaben des Bundes kaum noch getätigt beziehungsweise von vorneherein sehr niedrig angesetzt wurden. Das

¹⁹⁵ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994 nach Kalb und Floßmann 2004, 369

¹⁹⁶ Bauer, Die österreichische Revolution 1923 nach Kindermann 1999, 215 und Berchtold 1998 nach Kalb und Floßmann 2004, 369

¹⁹⁷ Seipl 1926 nach Kindermann 1999, 214 und Berchtold 1998 nach Kalb und Floßmann 2004, 370

¹⁹⁸ Kalb und Floßmann 2004, 371

¹⁹⁹ Berchtold 1998 nach Kalb und Floßmann 2004, 371

²⁰⁰ Bundesgesetz vom 27 November 1922, BGBl 1922/843 nach Kalb und Floßmann 2004, 371

Sanierungsprogramm führte zu einer rücksichtslosen Kürzung aller Ausgaben.²⁰¹ Die Internationale wirtschaftliche Hochkonjunktur sorgte ab 1925 für eine gewisse Stabilisierung der Situation. 1929 brach jedoch die den Christlichsozialen und Heimwehren nahestehende Boden-Credit-Anstalt zusammen. Der christlichsoziale Kanzler Schober zwang darauf hin die Cedit-Anstalt die marode Boden-Credit-Anstalt zu übernehmen. Worauf hin die Cedit-Anstalt zwei Jahre später selbst in einer tiefen Krise steckte.²⁰²

Die ab 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise traf Österreich daher umso härter. Die staatliche Wirtschaftspolitik hatte sich auf ein ausgeglichenes Staatsbudget konzentriert und kaum Investitionen getätigt. Die Folge war, dass neben einer Agrarkrise, Österreich jetzt auch noch mit einer Kredit- und Industriekrise zu kämpfen hatte. Durch die dazukommende Bankenrettung stieg die Staatsverschuldung schließlich um ein Drittel.²⁰³

Die nachfolgenden Notkredite in Form der Lausanner Protokolle brachten Österreich erneut einen Großkredit (in Höhe von 300 Millionen Schilling) und eine Bekräftigung des Anschlussverbotes an Deutschland. Letzteres wurde von einem breiten Teil der Bevölkerung mit Entrüstung zur Kenntnis genommen.²⁰⁴

²⁰¹ Weber 1995, 538 nach Kalb und Floßmann 2004, 373

²⁰² Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 283 nach Kalb und Floßmann 2004, 373

²⁰³ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 296 nach Kalb und Floßmann 2004, 373

²⁰⁴ Berchtold 1998, 669 nach Kalb und Floßmann 2004, 373

3.1.3 Die politischen Herausforderungen der Ersten Republik

Trotz aller hier geschilderten Herausforderungen darf nicht vergessen werden, dass wie Hanisch bereits angemerkt hat, das Scheitern der Ersten Republik nicht alleine durch die Ereignisse der Jahre 1933/34 betrachtet werden kann. Immerhin bestand die Erste Republik vom ersten Verfassungskonsens 1918/1920 bis in die Mitte der 1930er Jahre. Dies war nur dem enormen Willen und dem Wunsch nach Demokratie zu verdanken. Erst im Laufe der Zeit vermochte dies an realexistierenden Problemen zu scheitern. So wollte man lange Zeit schlichtweg nicht sehen, dass das politische Projekt sich zerrieb. Von Präsident Miklas ist zum Beispiel eine Rede zur 10. Jahresfeier der Ersten Republik überliefert in der er meint: „Dass damals und in der Folgezeit die vorhandenen politischen Kräfte oftmals in scharfer Form in Erscheinung traten, soll nicht geleugnet werden. Dass aber daraus dem Bunde kein dauerhafter Schaden erwuchs, vielmehr trotz des heftigen Aufeinanderprallens der Parteimeinungen reiche positive Arbeit im Dienste des Wiederaufbaus geleistet wurde, mag als Beweis für die unleugbare Festigung unseres Staatswesens angesehen werden.“²⁰⁵ So darf es nicht verwundern, dass es trotz der sich zuspitzenden Lage und der politischen Anfeindungen noch 1929 möglich war, bei der Verfassungsreform einen Kompromiss zu finden, der es allen Seiten ermöglichte das Gesicht zu wahren. Natürlich waren all diese Bemühungen letztendlich nicht genug das Scheitern des Systems zu verhindern.

Zu den Herausforderung welchen sich der junge Staat stellen musste zählten nicht nur die bereits beschriebenen wirtschaftlichen Probleme. Die Politischen Akteure standen sich misstrauisch, ja geradezu feindselig gegenüber. Die Demokratie war jung, und das Vertrauen in sie nicht das größte. Erschwerend kam hinzu, dass das Gewaltmonopol nicht ausschließlich beim Staat lag. Österreich war durch den Friedensvertrag von St. Germain bei der militärischen Aufrüstung stark eingeschränkt worden. Und so rüsteten die politischen Parteien militärisch auf. Jeder der großen Politischen Akteure hatte dabei seinen eigenen Militärischen Verband. In den ersten Jahren der Republik ging die Macht daher immer mehr vom Parlament auf die Straße über.²⁰⁶ Bereits vor dem Bürgerkrieg des Jahres 1934 wurden von November 1918 bis Februar 1934 aus politisch motivierten Gründen 217 Menschen ermordet und 642

²⁰⁵ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 285

²⁰⁶ Meysels 1992, 18

schwer verletzt. Die meisten Opfer hatten die Sozialisten zu beklagen.²⁰⁷ Im Kapitel 3.1.1.4 wurde auf die Wehrverbände schon näher eingegangen. Sie spielten eine besondere Rolle bei der Verschärfung des politischen Klimas. So hatte sich etwa eine gewisse Mechanik von Aufmärschen und Gegenaufmärschen linker und rechter Wehrverbände herausgebildet, die nicht selten in blutigen Zusammenstößen endete. Auch wurde die politische Führung des jeweils anderen Lagers für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht.²⁰⁸ Hinzu kam ein Problem das von Oberst Theodor Körner in einem seiner Briefe treffend beschrieben wurde: „Wir haben eine demokratische Verfassung, doch kein vollreifes Volk zur Demokratie. Das Volk zur Selbstregierung zu erziehen, erscheint mir als die wichtigste Aufgabe aller leitenden Personen irgendwelcher Stellen.“ „Erziehung zur Demokratie kann nur heißen: Erziehung zur Toleranz und Kompromissfähigkeit.“ An letzteren fehlte es jedoch unten genauso wie oben.²⁰⁹

Das Kommunikationsproblem und die unterschiedlichen Weltanschauungen lassen sich zum Beispiel anhand des Grundrechtskataloges illustrieren. Es war den Parteien nämlich nicht möglich sich auf einen neuen Grundrechtskatalog zu verständigen, weswegen das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger aus der K & K Zeit übernommen werden musste. Doch nicht nur unterschiedliche Weltanschauungen und Kommunikationsschwierigkeiten waren Probleme aus denen eine instabile politische Situation entstanden war. Auch das ungleiche Wachstum der einzelnen Wirtschaftssektoren hatte zu sozialen Spannungen geführt.²¹⁰ Es gab sowohl vor als auch während der Wirtschaftskrise eine hohe Anzahl an Arbeitslosen, beziehungsweise Menschen die den Arbeitsmarkt nie betreten hatten, oder als ausgesteuert galten.²¹¹ Ein weiteres Problem war die enorme Gewaltbereitschaft unter der Bevölkerung, welche durch den ersten Weltkrieg zurückgeblieben war.²¹² Dies drückte sich auch in einer „immer stärker werdenden Uniformierung des politischen Lebens“ aus. Laut Bruckmüller ist darin aber nicht nur eine verstärkte Militarisierung des Alltags zu erkennen sondern auch die Identitätssuche auf der sich die Gesellschaft befand.²¹³ In dieser Schwäche der Ersten Republik ein politisches System zu bieten mit dem sich die Bevölkerung identifizieren konnte, liegt ein anderes

²⁰⁷ Botz 1987, 16 nach Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 287

²⁰⁸ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 287

²⁰⁹ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 286

²¹⁰ Botz, Die "Juli-Demonstranten", ihre Motive und die Ursachen des "15. Juli 1927" 1976 nach Kalb und Floßmann 2004, 367

²¹¹ Kalb und Floßmann 2004, 374

²¹² Botz, Die "Juli-Demonstranten", ihre Motive und die Ursachen des "15. Juli 1927" 1976 nach Kalb und Floßmann 2004, 367

²¹³ Bruckmüller 1985 nach Kalb und Floßmann 2004, 375

ihrer Probleme begründet. So kam es, dass in der Ersten Republik Massenaufmärsche und die Demonstration von Uniformen an der Tagesordnung waren. Sie waren ein Zeichen der Suche nach Stabilität und Ordnung, welche die Republik der Bevölkerung letztendlich nicht zu bieten vermochte.

Betrachtet man die gesellschaftliche Spaltung jener Zeit so war diese besonders ausgeprägt. Die politischen Trennlinien zwischen den Parteien waren klar gezogen. Als wesentliche Cleavages lassen sich dabei „Arbeit vs. Besitz“, „primärer versus sekundärer versus tertiärer Sektor“, „Staat versus Kirche“ und „Zentrum versus Peripherie“ herausstreichen.²¹⁴ Auf die Frage welches Cleavage von welcher Partei befriedigt wurde, wurde schon in der Vorstellung der politischen Parteien näher eingegangen. Wesentlich ist jedoch dass sich hier sehr eindrucksvoll die Polarisierung der „spiegelbildlich gegensätzlichen Muster zwischen den beiden großen Lagern“ erkennen lässt.²¹⁵ Nach Hänisch ist dies „in dieser extremen Schärfe im europäischen Maßstab einmalig“.²¹⁶ Eine weitere seiner Beobachtungen ist, dass der Konflikt sich ab 1922/23 ideologisch aufgeladen hat bis sich „die jeweiligen Totalitätsmuster der organisierten Großgruppen“ durchgesetzt hatten und versuchten ihre Positionen „jeweils auch außerhalb des Parlaments, gewaltsam zu erzwingen“. Folgt man Hänisch ist dies die logische Konsequenz welche durch die „Schärfe“ des Konflikts zu erwarten war.²¹⁷

Wenn das so ist, kristallisiert sich hier die eigentliche politische Herausforderung der ersten Republik heraus. Eine Kommunikationsbasis zu finden welche es den politischen Lagern ermöglicht, ihre Konflikte, welche aus ihren unterschiedlichen Interessenslagen entstanden waren, friedlichen zu überwinden. Es spricht daher viel für die These, die erste Republik wäre an ihrer Kommunikationsunfähigkeit zwischen den politischen Lagern gescheitert. Meysels bringt das zum Ausdruck wenn er im Bezug auf Otto Bauer und Ignatz Seipel schreibt „Die Tragik der Österreichischen Geschichte ist, dass die beiden bedeutendsten Politiker der Ersten Republik, die gemeinsam hätten so viel erreichen können, einfach miteinander nicht konnten.“²¹⁸ Verfolgt man diesen Gedanken weiter so setzt das Ende der Ersten Republik dann ein, als diejenigen die noch eine Chance hatten sie zusammenzuhalten ihren Glauben an sie verloren hatten. So schreibt etwa Klemens von Klemper über die politische Entwicklung von Seipel, dass sich dieser nachdem er bei einem Attentat im Juli 1924

²¹⁴ Dachs 1995, 154

²¹⁵ Dachs 1995, 155

²¹⁶ Hänisch 1995, 497 nach Dachs 1995, 155

²¹⁷ Hänisch 1990, 74 nach Dachs 1995, 156

²¹⁸ Meysels 1992, 19

schwer verletzt wurde „vom Architekten der parlamentarischen Demokratie zum desillusionierten Sympathisanten des Austrofaschismus gewandelt“ hatte.²¹⁹

²¹⁹ Klemperer 1983 nach Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 287

3.1.4 Die Stellung der Kirche in der Ersten Republik

In welchem Verhältnis Kirche und Demokratie zu sehen sind, wurde schon im Kapitel 2.3.1 behandelt. Wichtig ist sich in diesem Zusammenhang ins Bewusstsein zu rufen, dass der Wandel der zweifellos in Gesellschaft und Kirche heute stattgefunden hat, damals noch in den Kinderschuhen steckte. Die Kirche jener Zeit war eine antimodernistische, autoritäre und gegenaufklärerische Organisation. Für sie stellte das Reich des Bösen die moderne Industriegesellschaft dar. Mit einem Index verbotener Bücher versuchte sie ihre Anhänger von der Moderne fernzuhalten. Tugend und Gehorsamkeit sollten sich als Bollwerk gegen die Moderne stellen. In dieses Bild waren Demokratie und Selbstbestimmung von Anfang an nur sehr schwer einzubinden.²²⁰ Der Verlust des Kaisers und der Monarchie als Bündnispartner hatte beim Episkopat und vielen Priestern einen tiefen Schrecken hinterlassen. So klagte einer der Bischöfe „Über Nacht ist Österreich Kaiserlos geworden. Die gute Mutter Austria hat ihr Angesicht verhüllt ...“²²¹ und Kardinal Piffl predigt noch im Oktober 1918 „Gut und Blut für unseren Kaiser, Gut und Blut für unser Vaterland.“²²² Hanisch beschreibt das Zerbrechen dieser engen Koalition zwischen Kirche und K&K Dynastie sogar als eine die ganze erste Republik lang nachblutende Lebenswunde. Doch als der Druck der Bevölkerung zu groß wurde, mussten die Christlichsozialen nachgeben und sich zur Republik bekennen.²²³ Und so führte Ignatz Seipel die Katholische Kirche ideologisch sehr vorsichtig von der Monarchie in die Republik.²²⁴ Doch Seipel war keinesfalls alleine, die Kirche hatte ein massives Lobbying in der Christlichsozialen Partei betrieben und stellte unzählige Priester als Parteimandatare.²²⁵

Die Stellung der Kirche wurde in der Ersten Republik von zwei Kräften bestimmt. Diese vertraten im Hinblick auf die Beimesung der gesellschaftlichen Bedeutung der Kirche jedoch Positionen, die sich nicht mehr unterscheiden hätten können. Die Sozialdemokraten sahen in der Religion eine Privatsache die in der Politik nichts zu suchen hatte. Die logische Forderung war daher Kirche und Staat strikt zu trennen. Eheschließungen, die bis zum Nationalsozialismus in Österreich in den alleinigen

²²⁰ Mayeur 1992 und Altermatt 1989 nach Hanisch, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus 1995, 444

²²¹ Weinzierl 1983 nach Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 293

²²² Liebmann 1990 nach Hanisch, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus 1995, 444

²²³ Hanisch, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus 1995, 447

²²⁴ Hanisch, Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938 1977 in Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 293

²²⁵ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 293

Aufgabenbereich der Kirche fielen, sollten nach Wunsch der Sozialdemokratie genauso wie die Schulpolitik strikt von der Religion getrennt werden. Den genau entgegengesetzten Ansatz vertraten die Christlich-Sozialen. Der Laizismus der Sozialisten war ihnen ein Gräuel, für sie war ein Gedeihen des gesellschaftlichen wie staatlichen Lebens nur auf den Grundsätzen des Christentums denkbar.²²⁶

Die Kirche führte immer wieder ins treffen dass 90 % der Österreicher Katholiken waren, und Österreich als katholisches Land sich daher den Forderungen der Kirche zu beugen hätte. Doch nur die Hälfte aller Katholiken ging regelmäßig in die Kirche, in Wien sogar nur 10 % bis 15 %. Und die Propaganda der Sozialdemokratie begann der Kirche massiv zuzusetzen. Der Leitspruch lautete „Man kann nicht Sozialist und zugleich Kirchgänger sein! Darum: Heraus aus der Kirche!“²²⁷ Die Kluft die so zwischen Sozialdemokratie und Kirche entstanden war, sollte erst wieder unter Bruno Kreisky in der zweiten Republik zu heilen sein. In der Ersten Republik führte sie dazu, dass zwischen 1916 und 1933 176.000 Katholiken in Wien aus der Kirche austraten.²²⁸

Die staatlichen Religionsgesetze, welche die Kirche noch Jahre zuvor bekämpft hatte, gelangten ihr jetzt zum Vorteil. Die staatsrechtliche Stellung der Kirche wurde in der Ersten Republik nicht berührt. Durch den Wegfall des Kaisers fiel das Nominationsrecht Bischöfe zu ernennen der Republik zu. Nachdem diese jedoch darauf verzichtete, hatte die Kirche diesbezüglich an Rechten dazugewonnen. Aber auch das Gehalt der Priester wurde Größtenteils vom Staat getragen.²²⁹ Dafür standen auf der anderen Seite bisherige Errungenschaften der Katholischen Kirche im Schussfeld der Sozialdemokraten. So hatte etwa der 1918 vom Sozialdemokraten Otto Glöckel stammende und nach ihm benannte Erlass dafür gesorgt, dass es von nun an allen Schülern freigestellt war an religiösen Übungen teilzunehmen oder nicht. Auch das zuvor erwähnte Eherecht war hat umstritten. Die Reform des Eherechts sah vor, dass geschiedene Katholiken nochmals eine staatliche Ehe eingehen durften. Die Kirche stand dem mit einem harten Nein gegenüber. Der Theologie Professor Aemilian Schöpfer meinte dazu im österreichischen Parlament „Die Frage steht nicht so, [...] ob diese Zehn oder Zwanzig oder Tausend auf Grund dieses Gesetzes persönlich ins Unglück kommen, sondern ob die Gesellschaft ins Unglück kommt oder

²²⁶ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 292ff

²²⁷ Hanisch, Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938 1977 nach Hanisch, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus 1995, 446

²²⁸ Hanisch, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus 1995, 446

²²⁹ Hudal 1931 nach Hanisch, Das System und die Lebenswelt des Katholizismus 1995, 448

nicht.²³⁰ So sehr jedoch von Seiten der Christlich-Sozialen diese Haltung eingefordert wurde, so wenig galt sie für die politische Elite.

So wurden etwa in der gelebten Praxis des Scheidungsrechts, genau jene Politiker mit tatkräftiger Unterstützung des Vatikans bevorzugt, die am lautesten nach strengen Regeln riefen.²³¹

²³⁰ Hanisch, Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938 1977 nach Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 293

²³¹ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 293

3.2 Die Entwicklungen

3.2.1 Verfassungsentwicklung

Die Verfassung eines Staates ist die Grundordnung nach welcher der Staat organisiert ist. Sie legt fest, in welcher Form sich die Demokratie entfalten kann und bestimmt wie sich die gesellschaftlichen Regeln entwickeln und erneuern können. Zu Beginn der Ersten Republik standen sich zwei Lager entgegen, deren Weltanschauungen sich in gewissen Bereichen diametral voneinander unterschieden. Daher stellt es in meinen Augen eine der großen Leistungen dieser Republik dar, trotz dieser Unterschiede einen Verfassungskompromiss erarbeitet zu haben, mit dem zumindest alle leben konnten, und der (zum Großteil) heute noch Gültigkeit hat. Der Weg zu einer dauerhaften Verfassung, sollte jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die erste Verfassung der Republik wurde 1918 geschaffen und sollte nicht lange Bestand haben. Im November 1918 wurde die Entscheidung getroffen eine Republik zu gründen (Gesetz über die Staats und Regierungsform von Deutschösterreich) und diese ironischerweise auch gleich wieder aufgegeben, in dem man versuchte sie an Deutschland anzuschließen. Mit der Dezembernovelle wurden dann einige kleine Änderungen erlassen, während man die wesentlichen Novellen auf die Märzverfassung im Jahre 1919 verschoben hatte.²³² Hier wurde unter anderem die „Willensbildung ins Parlament verlagert“.²³³ Durch den in St. Germain geschlossenen Friedensvertrag, der in Österreich als Diktat empfunden wurde, war der Anschluss an Deutschland versperrt worden. Mit dem Gesetz vom 21. Oktober 1919 über die Staatsform wurde daher aus der Republik Deutschösterreich die Republik Österreich.²³⁴

Während Deutschösterreich vom Konzept her noch als zentralistischer Einheitsstaat gegründet worden war,²³⁵ sollte sich dies mit den nachfolgenden Reformen ändern. Im Koalitionsabkommen von 1919 wurde beschlossen die provisorische Verfassung zu reformieren und als Bundesstaat einzurichten. Mit der am 1. Oktober 1920 beschlossenen Verfassung versuchte Hans Kelsen, ihr Entwickler, die Interessen der zentralen Regierung aus Wien mit den föderalen Interessen der Länder zu vereinigen. Dazu bediente er sich eines Zweikammern-Systems mit Bundesrat und Bundestag.

²³² Kalb und Floßmann 2004, 347ff

²³³ Kalb und Floßmann 2004, 349

²³⁴ Kalb und Floßmann 2004, 345

²³⁵ Kelsen, Staatsform und Weltanschauung 1933, 97ff nach Kalb und Floßmann 2004, 355

Die Kompetenzen waren zwischen Bundestag und Bundesrat geteilt, wobei die Kompetenz-Kompetenz beim Bund lag. Die Gerichtsbarkeit wurde ausschließlich vom Bund ausgeübt. Dies wich von den ursprünglichen Vorstellungen aller Parteien ab. Die Sozialdemokratie erhoffte sich ein Einkammersystem. Die Christlichsozialen wollten zwar ein Zwei-Kammern-System, das von ihnen präferierte Volks- bzw. Ständehaus war aber nicht umgesetzt worden.²³⁶ Im Jahre 1925 wurde mit einer Novelle dann nochmal nachgebessert, in der unter anderem die Doppelgleisigkeit in der Verwaltung abgebaut werden sollte.²³⁷

Im Laufe der ersten Republik zeigten sich jedoch schnell die ersten Interessenkonflikte die Kelsen nicht ausreichend gelöst hatte. Der aufstrebende Führerkult in Deutschland und Frankreich führte auch schnell in Österreich dazu, dass die Menschen sich nach einem starken Führer sehnten. Vor allem die Volkspartei wollte daher das Amt des Bundespräsidenten aufwerten. In der ursprünglichen Fassung wurde der Bundespräsident von der Bundesversammlung (Bundesrat und Bundestag) gewählt und hatte obwohl er Formal das Staatsoberhaupt darstellte nur sehr wenige Kompetenzen. Die meisten davon bedurften Vorschlag oder Gegenzeichnung der Bundesregierung oder eines dazu ermächtigten Bundesministers.²³⁸

Konflikte welche in der Ersten Republik immer wieder entbrannten, hatten ihre Fähigkeit zu Reformen stark eingeschränkt. Auch gingen die Ideen in welche Richtung sich die Republik entwickeln sollte weit auseinander. Den letzten demokratischen Kompromiss bei der Reformierung der Verfassung konnten die Parteien 1929 erringen. Es war ein minimaler Kompromiss, der weit von den Idealvorstellungen der Parteien abwich. So stellten sich die Neugestaltung des Parlaments und der Ausbau der Staatsautorität als nicht durchführbar heraus. Der verbleibende Kompromiss beschränkte sich im Wesentlichen auf eine Aufwertung des Bundespräsidenten. Er wurde direkt vom Volk gewählt und hatte jetzt die Möglichkeit die Bundesregierung zu ernennen und den Nationalrat zu entlassen. Außerdem wurde ein eingeschränktes Notverordnungsrecht für den Bundespräsidenten in der Verfassung niedergeschrieben, welches er nach Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates ausüben konnte.²³⁹

²³⁶ Kalb und Floßmann 2004, 178ff

²³⁷ Walter und Thienel 1993, 35 nach Kalb und Floßmann 2004, 388

²³⁸ Kalb und Floßmann 2004, 386

²³⁹ Kalb und Floßmann 2004, 390ff

3.2.2 Die Radikalisierung am Beispiel von Schattendorf und des Brandes im Justizpalast

„Die Schwächung der demokratischen Kräfte des österreichischen Staates und das beschleunigte Anwachsen der faschistischen Bewegungen sowie die Diktatur Dollfuß' und Schuschniggs scheinen ursächlich mit dem ‚15. Juli 1927‘ verknüpft zu sein.“²⁴⁰ Dem Brand des Justizpalastes waren die Ereignisse in Schattendorf vorausgegangen. Auf die besondere Bedeutung der Wehrverbände wurde schon in Kapitel 3.1.1.4 eingegangen und das Problem der Kommunikationsunfähigkeit und der Wechsel der Macht vom Parlament auf die Straße wurde bereits im Zuge der „Politischen Herausforderungen“ (Kapitel 3.1.3) erwähnt. So waren gewalttätige Übergriffe zwischen den Wehrverbänden zu jener Zeit keineswegs unüblich, und ein gewisses Maß der Auseinandersetzung bereits allgegenwärtig. Die Ereignisse im Burgenländischen Schattendorf, welche sich am 30. Jänner 1927 zutrugen, sollten das Fass jedoch zum Überlaufen bringen.

Das Burgenland war erst sehr spät in die Republik Österreich eingegliedert worden und der Ungarische Anspruch auf dieses Gebiet war noch sehr präsent. Die Koalition aus Christlich-Sozialen und Sozialisten, von welcher das Burgenland regiert wurde hatte sich daher darauf geeinigt im „Hinblick auf die prekäre Situation des Grenzlandes (..), dort von dem Aufbau jeglicher privater Militärverbände abzusehen, um Zwischenfälle zu verhindern, die Ungarn hätten als Ausrede dienen können.“²⁴¹ Diese Vereinbarung wurde durch die Errichtung des Heimwehrverbandes der rechten „Frontkämpfer“ gebrochen. Dieser Wehrverband hatte mit den anderen rechten Gruppierungen eine antidemokratische, antiparlamentarische, antirepublikanische und antimarxistische Grundhaltung gemein.²⁴² Als Reaktion auf den Bruch der Vereinbarung reagierte der Republikanische Schutzbund mit der Errichtung seines eigenen Ortsverbandes.²⁴³ Bei einem Anschlag der rechten „Frontkämpfer“ auf die Schutzbündler wurden mehrere Gewehrschüsse abgegeben. Dabei starben ein unbeteiligter Kriegsinvalide und ein achtjähriger Junge. Mehrere Personen wurden verletzt, fünf davon schwer. Der achtjährigen Josef Grössing starb durch einen Herzschuss, der Kriegsinvalide aus Klingebach durch Schüsse im Bereich des

²⁴⁰ Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 1983, 142 nach Mittelmeier 2009, 71

²⁴¹ Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler 1950, 478 nach Kogler 2008, 81

²⁴² Kalb und Floßmann 2004, 367, Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler 1976, 269 und Mittelmeier 2009, 73

²⁴³ Kogler 2008, 81

Genicks und durch den Hinterkopf.²⁴⁴ Die Reaktion auf die Tötung von unbeteiligten Passanten durch die Heimwehr fiel vor allem in den Industriegebieten und Wien besonders heftig aus. Neben spontanen Protestkundgebungen kam es auch zur Arbeitsniederlegung. So wurde von der sozialistischen Arbeiterpartei am Tag des Begräbnisses ein Massenspektakel inszeniert, welches von einem 15-Minütigen Generalstreik begleitet wurde.²⁴⁵ Aber auch von bürgerlicher Seite war Bedauern über die Ereignisse von Schattendorf zu vernehmen. So schrieb etwa die „Neue Freie Presse“ über den Vorfall: „Aber diese Fehler des Republikanischen Schutzbundes bedeuten doch wenig im Vergleich zu der beispiellosen Rohheit, mit der zweimal gegen die Schutzbündler mit Gewehrkugeln geschossen wurde, ohne äußerste Bedrängnis, ohne Provokation, ohne übermäßige Sorge für Leib und Leben. Solche unerhörten Vorgänge müssen natürlich kochende Erregung erzeugen, Bedürfnis nach Rache.“²⁴⁶

Im Nachfolgenden Geschworenen Prozess wurde Anklage gegen drei der Todesschützen erhoben. „Man erwartete bei der klaren Sachlage des Falles allgemein, daß die Angeklagten, wenn schon nicht wegen Totschlages, so doch wegen fahrlässiger Tötung oder mindestens wegen Notwehrübertretung verurteilt würden.“²⁴⁷ Als das Gegenteil eintrat und die Schützen in allen Anklagepunkten freigesprochen wurden, zog sich eine Welle der Entrüstung und Wut vor allem durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Am Tag nach dem das Gerichtsurteil verkündet wurde, kam es erneut zu Arbeitsniederlegungen. Von den Vorstädten aus vollzog sich ein Marsch auf Wien, der in der Inneren Stadt endete. Als die Polizei dann gegen die unbewaffneten Demonstranten mit Waffengewalt vorging, eskalierte die Situation.²⁴⁸ Bei den Auseinandersetzungen starben 95 Demonstranten und fünf Polizisten. Im Zuge der Ausschreitungen wurde der Justizpalast in Brand gesteckt.²⁴⁹ Botz sieht in diesen Ereignissen einen Wendepunkt in der politischen Entwicklung

²⁴⁴ Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 1983, 111 und Mittelmeier 2009, 73

²⁴⁵ Kogler 2008, 83 und Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 1983, 111 nach Mittelmeier 2009, 73

²⁴⁶ „Neue Freie Presse“, 1. Februar 1927 nach (Bolz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 1983, 111 und Mittelmeier 2009, 73

²⁴⁷ Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 1983, 141 nach Mittelmeier 2009, 73

²⁴⁸ Jochum 1983, 71 nach Kalb und Floßmann 2004, 367

²⁴⁹ Kalb und Floßmann 2004, 367

welcher die nachfolgenden Ereignisse in „verhängnisvoller Weise beschleunigt“²⁵⁰ hat.

Waren die Massenproteste zunächst noch gegen die Rechtsprechung gerichtet, wandelte sich ihre Ausrichtung schnell. Das nächste Ziel der Demonstranten war die herbeigerufene Polizei und mündete schließlich in der grundsätzlichen Infragestellung der Regierungslegitimation.²⁵¹

3.2.3 Der Verfassungsbruch, die Februarkämpfe und das Ende der Ersten Republik

Walter Manuschek und Emmerich Talos teilen die Konstruierungsphase des Austrofaschismus in zwei Teile. Den Beginn verorten sie in einer Latenzphase die sich von 1932 bis in den März 1933 erstreckt. Die Übergangsphase zum neuen Regime verorten sie von März 1933 bis Mai 1934.²⁵² Für die Verschärfung der Lage in der Latenzphase habe ich mit den Ereignissen in Schattendorf schon ein Beispiel gegeben. Das Vertrauen der Bürger und der Parteien in die Republik hatte gelitten. Die Situation kann rückwirkend nicht als stabil beschrieben werden. Die Steirische Heimwehr hatte einen Putsch versucht, der jedoch misslang. Die NSDAP hatte einen Aufschwung erlebt, und die Sozialdemokraten die sich nach wie vor in Opposition befanden, machten in den Umfragen und bei den Wahlen ebenfalls nach und nach Boden gut. Im Jahr 1933 verfügte die Koalition aus Christlichsozialen, Landbund und Heimwehr dann schließlich nur noch über eine hauchdünne parlamentarische Mehrheit. Außerdem war die ökonomische Situation nachwievor hochgradig angespannt. All das hatte sich nicht über Nacht entwickelt, aber es sollte dazu führen, dass im März 1933 die Demokratie in Österreich de facto ausgeschaltet werden sollte. Die Christlichsozialen brauchten einen Vorwand um die Macht an sich zu reißen, und den fanden sie in einem Geschäftsordnungsproblem des Nationalrates. Als die Regierung beschlossen hatte die Löhne der Eisenbahnbediensteten nur noch in Raten auszahlen, drohte dem Land ein Großstreik. Um ein hartes Vorgehen der Regierung gegen die Streikenden zu verhindern und für eine Auszahlung der

²⁵⁰ Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 1983, 144

²⁵¹ Botz, Die "Juli-Demonstranten", ihre Motive und die Ursachen des "15. Juli 1927" 1976 nach Kalb und Floßmann 2004, 367

²⁵² Talos und Manuschek 1984, 31ff

zurückbehaltenen Löhne zu sorgen, riefen die Sozialdemokraten am 4. März 1933 eine außerordentliche Sitzung des Nationalrates ein. Weder Opposition noch Regierung konnten ob der hauchdünnen Mehrheiten sicher sein, ob ein entsprechender Entschließungsantrag angenommen werden würde. Und so kam es bei der Abstimmung zum Streit über die Gültigkeit eines Stimmzettels. Ein christlichsozialer Abgeordneter hatte zwei Stimmzettel abgegeben. Die Wahl musste wiederholt werden. Renner legte daraufhin sein Amt als Nationalratspräsident nieder, was den Sozialdemokraten eine Stimme mehr brachte, den Christlichsozialen jedoch eine Stimme nahm, nachdem Ramek als zweiter Nationalratspräsident jetzt in sein Amt nachrückte. Um dies zu verhindern legte auch Ramek sein Amt nieder, woraufhin auch der Großdeutsche Schaffner folgte. Damit hatte der Nationalrat keinen Präsidenten mehr und die Sitzung konnte nicht geschlossen werden.²⁵³

Aus juristischer Sicht betrachtet hätte es unzählige Möglichkeiten gegeben, diese Geschäftsordnungskrise zu lösen. Der zuletzt zurückgetreten Präsident hätte für die Wahl seines Nachfolgers sorgen können. Natürlich wäre es dem Bundespräsidenten auch möglich gewesen den Nationalrat aufzulösen, oder durch das bei der letzten Novelle erlangte Notverordnungsrecht die Geschäftsordnung des Nationalrats zu ergänzen.²⁵⁴

Die Christlichsozialen entschlossen sich, nichts von all dem zu tun. Sie erkannten die Gelegenheit zu putschen und verhinderten mittels bewaffneter Truppen, dass der Nationalrat am nächsten Tag nochmals zusammentreten konnte. Darüber hinaus proklamierten sie dass der Nationalrat sich selbst ausgeschaltet hatte. Zwar hat sich der Begriff der „Selbstausschaltung“ in den Geschichtsbüchern eingebürgert, in Wirklichkeit handelte es sich aber nur um eine Krise des Plenums. Diese Krise wurde von der Regierung Dolfuß genutzt um einen „Staatsstreich auf Raten“ durchzuführen. Sie regierte mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917, während sie die Blockade des Nationalrates nutzte um eine Zustimmung zu einer Verfassungsänderung zu erzwingen. Dabei wurde das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz nur als Feigenblatt benutzt, um den Anschein der Legalität aufrecht zu erhalten. Da so zustandekommene Gesetze nie der Kontrolle des Verfassungsgerichtshofs standgehalten hätten, wurde der Verfassungsgerichtshof daher kurzerhand handlungsunfähig gemacht. Dazu bediente man sich einer Verordnung die es dem Verfassungsgerichtshof unmöglich machte zusammenzutreten, nachdem die Richter die den Christlichsozialen nahestanden,

²⁵³ Kalb und Floßmann 2004, 408 ff und Berchtold 1998 nach Kalb und Floßmann 2004, 409

²⁵⁴ Kostelka 1984 nach Kalb und Floßmann 2004, 409

zurückgetreten waren. Damit war die verfassungsrechtliche Ordnung abgeschafft worden. Der autoritäre Kurs der Regierung Dollfuß sollte hier jedoch nicht Halt machen. Die Rechte der anderen Parteien wurden immer mehr und mehr eingeschränkt. Die Sozialdemokratie bemühte sich um Verhandlungen mit deren Hilfe sie zur Demokratie zurückkehren wollte. Dies wurde ihr jedoch als Zeichen der Schwäche ausgelegt. So setzten sich jene Kräfte durch die für eine Zerschlagung der Arbeiterbewegung eintraten, und am 12. Februar 1934 brach in Österreich ein insgesamt vier Tage dauernder Bürgerkrieg aus. Die Sozialdemokratie und der Republikanische Schutzbund stellten sich bei der Auseinandersetzung jedoch nicht besonders geschickt an.²⁵⁵ Die Folgen dieser verlorenen Auseinandersetzung waren das Verbot des Republikanischen Schutzbundes und der Sozialdemokratie und die Internierung führender Sozialdemokraten in Anhaltelagern.

²⁵⁵ Kalb und Floßmann 2004, 410ff

4 Der Austrofaschismus

Die Epoche des Austrofaschismus ist schwer zu kategorisieren. Schon die Findung eines geeigneten Namens bereitet erhebliche Probleme. Zwar wurde im Austrofaschismus die Idee eines Ständestaates quasi als Idealbild verfolgt, doch wurde er nie vollinhaltlich umgesetzt. Aber auch die Tatsache, dass es sich beim Austrofaschismus um ein faschistisches Regime gehandelt hat, ist nicht unumstritten. Darauf werde ich später jedoch genauer eingehen. Um zur Kernfragestellung dieser Arbeit vordringen zu können erscheint es relevanter, die Initiatoren welche an seiner Errichtung beteiligt waren näher zu untersuchen. Nachfolgend soll daher auf die politischen und Ideologischen Akteure näher eingegangen werden die als seine geistigen Väter betrachtet werden können. Wie ist ihre Biographie verlaufen, und welche persönlichen Überzeugungen hatten sie? Sind diese Fragen beantwortet wird auf die Ideologie des Ständestaates eingegangen. Welche Gesellschaftsform wurde hier versucht zu verwirklichen und welches Weltbild stand hinter diesem Versuch? Nachdem sich der Zeitabschnitt des Austrofaschismus grob in zwei Phasen, jene vor und nach der Maiverfassung, einteilen lässt, wird auch die Verfassung die sich der „Bundesstaat Österreich“ gab auf ihre Wesensmerkmale betrachtet werden. Dabei wird unter anderem auch auf die Frage nach konservativen, klerikalen und faschistischen Elementen eingegangen. Vor allem im Hinblick auf die Kirche wird das im Austrofaschismus errichtete (und heute immer noch gültige) Konkordat thematisiert werden. Aber auch auf die Frage ob der Austrofaschismus das Kriterium des Faschismus eigentlich erfüllt, soll im Zuge dieses Kapitels eingegangen werden. Sind diese Fragen beantwortet, ist damit die Grundlage geschaffen um im Nachfolgenden auf die Wechselbeziehung zwischen Konservatismus und Austrofaschismus näher einzugehen, und sich mit der Frage auseinanderzusetzen in wie weit das System umsetzbar war und wie weit sich Konservatismus und Austrofaschismus gehemmt beziehungsweise befruchtet haben. Ist dies geklärt, wird in der Arbeit thematisiert ob das Regime von Schuschnigg und Dolfuß vom Willen und Wesen her geeignet war den Nationalsozialismus abzuwehren, oder ob dieses Argument nur all zu leicht verwendet wird um die Machtergreifung der Christlich-Sozialen zu rechtfertigen.

4.1 Die geistigen Väter

4.1.1 Ignaz Seipel

Ignaz Seipel wurde am 19 Juli 1876 in Wien als Teil des Kleinbürgertums geboren. Das Kleinbürgertum jener Zeit war noch tief in der Lebensweise der vorindustriellen Ordnung verhaftet. Im Laufe seines Lebens sollte Seipel zu einem Mann der vielen Facetten heranwachsen. Selbst seine erbittertsten Gegenspieler wie Otto Bauer mussten ihm zugestehen, dass es sich bei Seipel um einen „Staatsmann europäischen Formats“ handelte.²⁵⁶ Dies änderte aber nichts daran, dass vor allem die Arbeiterschaft Seipel feindselig gegenüberstand. Für sie war er als „Prälat ohne Gnad“ verhasst und so richteten sich gegen ihn nicht nur Seipel-feindliche Lieder und Gedichte sondern auch Morddrohungen, die schließlich in Attentatsversuchen endeten.²⁵⁷ So hat es Seipel nie verstanden das Herz der Massen, so wie etwa sein politisches Vorbild der Wiener Bürgermeister Karl Lueger, zu erreichen. Er blieb jedoch zeitlebens bodenständig und verstand es eine gewisse Distanz zu wahren. Seipel studierte Theologie, dabei vermochte es sein Fachbereich „Moraltheologie“ ihn auf seinen Weg in die Politik maßgeblich zu beeinflussen. Mit seiner Habilitationsschrift „Die wirtschaftsethischen Lehren der Kirchenväter“ von 1907 bezog er im Richtungsstreit zwischen den Lehren von Carl von Vogelsang und denen des Papstes Position. Der Priester Ignaz Seipel wurde 1909 zum Professor für Moraltheologie der Universität Salzburg berufen, in seiner Zeit als Professor verfasste er das Buch „Nation und Staat“ in dem er die katholische Sozialtheorie auf bestehende Staatsprobleme in Mitteleuropa anwandte. Das Werk wird zum einen als ein Bindeglied zwischen der Philosophie der „vita contemplativa“ und der „vita activa“ gesehen, zum anderen adressiert es auch die sozialen Probleme jener Zeit. Dies stellte einen Grundstein für die Zusammenarbeit von Katholiken und Marxisten dar, welcher eine wichtige Voraussetzung für die Gründung der Ersten Republik war. Als Seipel seinen ersten Ministerposten 1918 inne hatte wirkte er maßgeblich am Thronverzicht des Kaisers mit. Auch vermochte er es, eine Einigung in der Christlichsozialen Partei in der Frage der Staatsform herbeizuführen. Auch wenn die anfänglichen Verdienste um Demokratie und Zusammenarbeit außer Zweifel stehen,

²⁵⁶ Klemperer 1983, 92ff

²⁵⁷ Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 1983, 120ff

änderte sich dieses Bild mit der Zeit. Für Seipel gab es ein höheres Ziel als das der Politik, welches er zu verwirklichen suchte. Je stärker der Kulturkampf wurde, desto stärker wurden auch die Vorbehalte welche er dem Parlamentarismus gegenüber hatte. So hob Seipel immer wieder die Vorteile der direkten Demokratie hervor. Auch beharrte Seipel immer versessener auf seinem Konzept der „Sanierung der Seele“. Dies reichte bald über eine bloß finanzielle und politische Sanierung hinaus um schlussendlich immer weiter in den Mittelpunkt seiner politischen Philosophie zu rücken. Letztendlich führte dieser Weg jedoch dazu, dass die Politik der Zusammenarbeit immer weiter eingeschränkt wurde, bis sich schließlich alle Beteiligten feindselig gegenüber standen. Der anfangs erzielte Konsens wich also schnell einem Kampf, der zwischen den verschiedenen sozialen Klassen, den Klerikalen und Antiklerikalen, sowie den politischen Parteien ausgetragen wurde.²⁵⁸ Als dann auch noch Otto Bauer von Karl Renner beerbt wurde, standen sich Personen gegenüber die nicht nur politisch, sondern auch persönlich „nicht miteinander konnten“.²⁵⁹ So zerbrach die große Koalition schließlich 1920, Seipel wurde 1921 Parteivorsitzender der Christlichsozialen und 1922 Österreichischer Bundeskanzler. Von dem am 1.6.1924 auf ihn verübten Attentat erholte sich Seipel zwar physisch, legte jedoch nur wenige Monate darauf sein Amt als Bundeskanzler nieder. Von da an widmete er sein Leben wieder der „Suche nach Ordnung und Autorität, nach der ‚wahren‘ Republik, nach dem ‚wahren‘ Frieden“. Lange vermochte es Seipel jedoch nicht von der politischen Bühne fern zu bleiben, und so kehrte er Ende 1926 wieder als Bundeskanzler zurück. Bei den Wahlen 1927 stellte sich Seipel mit einer „Einheitsliste“, die in einer Art Militärjargon auch als „Einheitsfront“ bezeichnet wurde, in Form eines Bürgerblocks gegen die Sozialisten. Teil dieser Einheitsfront waren übrigens auch die zum damaligen Zeitpunkt noch unbedeutenden Nationalsozialisten. Das Land war mehr denn je in ein marxistisches und ein bürgerliches Lager gespalten. Bei den nachfolgenden Auseinandersetzungen wie etwa dem Brand des Justizpalastes, griff Seipel mit eiserner Hand durch und setzte auch nachdem er militärische Härte gezeigt hatte nicht auf Versöhnung. In jener Zeit erhielt er den beinamen „Prälat ohne Milde“²⁶⁰. Womit Seipel „zum Symbol der Entzweiung im Land geworden war.“²⁶¹ Er hatte die Rolle des heilenden Priesters abgelegt und eine Rolle als Kämpfer angenommen. Womit er ab Herbst 1927 dann auch intensiv nach Alternativen zur bestehenden parlamentarischen Demokratie zu

²⁵⁸ Klemperer 1983, 92ff

²⁵⁹ Meysels 1992, 19

²⁶⁰ Klemperer 1983, 108

²⁶¹ Klemperer 1983, 108

suchen begann. Begriffe wie „wahre Demokratie“²⁶² wurden häufiger und Seipel machte sich für eine Stärkung des Bundespräsidenten und die Errichtung von ständestaatlichen Einrichtungen stark. Diese Suche nach der wahren Demokratie verdeutlicht, wie sehr Seipel den Weg des Konsenses eigentlich schon verlassen hatte. Sie impliziert, dass er nicht mehr bereit war „in den Begrenzungen des säkularistischen Staates zu arbeiten“ und zeigt seine Fixierung auf eine „Welt der Ideale“²⁶³. Als er sein Amt als Bundeskanzler 1929 niederlegte machte ihm seine Gesundheit zunehmend zu schaffen. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er damit durch gezielte Einflussnahme „die Grundlage parlamentarischer Herrschaft, die er selbst in seinen frühen Jahren mühselig aufgebaut hatte“²⁶⁴ zu zerstören. Er setzte alles daran, denn Kurs den sein Nachfolger Schober verfolgte zu torpedieren. Somit war der Verfassungskonsens der 1929 noch mit den Sozialisten geschlossen werden konnte kein Neubeginn von Konsensorientiertheit, sondern vielmehr ein letztes aufflackern. Ein starker Unterstützer in der Suche nach der wahren Demokratie auf Seiten Seipels war der Universitätsprofessor Othmar Spann. Auf diesen wird später noch genauer eingegangen. Nachdem Schober aus dem Amt geschieden war, unterstützte Seipel die Minderheitsregierung von Vaugoin als Außenminister. Die letzte Phase seiner politischen Laufbahn stellte er ins Zeichen der päpstlichen Sozialzyklika „Quadragesimo Anno“ vom Mai 1931 welche eine Ständestaatsidee vertrat und auf den Lehren von Karl Vogelsang fußte.²⁶⁵

²⁶² Klemperer 1983, 109

²⁶³ Klemperer 1983, 109

²⁶⁴ Klemperer 1983, 113

²⁶⁵ Klemperer 1983, 102ff

4.1.2 Othmar Spann

Othmar Spann wurde 1878 in Altmannsdorf geboren. Er stammte aus eher ärmlichen Verhältnissen, hatte nur eine Handelsschulbildung und seine Mutter recht früh verloren. Dennoch zählt er zu den bedeutendsten akademischen Repräsentanten, die Österreich Anfang des letzten Jahrhunderts zu bieten hatte. Nachdem ihm der ordentliche Zugang zu Österreichischen Universitäten zuerst verweigert blieb, begann er 1899 in Zürich Nationalökonomie zu studieren.²⁶⁶ Spann dürfte der Niedergang des Handwerksstandes in dem sein Vater beschäftigt war, geprägt haben. Zu seinem Studium der Nationalökonomie gesellten sich bald auch noch Philosophie und Soziologie.²⁶⁷ 1907 habilitierte er mit der Schrift „Wirtschaft und Gesellschaft – Eine dogmenkritische Untersuchung“ an der Technischen Hochschule in Brünn. Er musste nach dem verlorenen ersten Weltkrieg jedoch aus der Tschechoslowakei flüchten. So wurde er zum Ordinarius für Gesellschaftslehre und Nationalökonomie der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Hier begann er 1920 mit seiner Vorlesung über den „wahren Staat“ für Aufsehen zu sorgen, und sich alsbald zu einer Hauptfigur der „konservativen Revolution“ zu entwickeln.²⁶⁸ Kurz auf seine Vorlesung folgte 1921 dann auch ein Buch mit dem Titel „Der wahre Staat. Vorlesung über den Abbruch und Neubau der Gesellschaft“ welches neben seiner „Gesellschaftslehre“ und der päpstlichen Sozialzyklika „Quadragesimo Anno“ welche erst 1931 erscheinen sollte, eine der theoretischen Grundlagen für den Austrofaschismus darstellte. „Der wahre Staat“ ist eine „Kriegserklärung an Demokratie, Liberalismus und vor allem den marxistischen Sozialismus“. Dabei gleichen die Lehren von Spann in vielerlei Hinsicht denen des Faschismus.²⁶⁹ Was sie von anderen faschistischen Lehren jedoch unterscheidet ist, dass sie der „horizontalen Gliederung“ der marxistischen Theorie der Klassen, eine „vertikale Gliederung“ der Gesellschaft nach Berufsständen entgegenstellt, und eine Neuordnung der Gesellschaft nach diesen berufsständischen und föderalistischen Grundsätzen fordert.²⁷⁰ Sein Staatsbild ist dabei seinen universalistischen Vorstellungen nach ein ganzheitliches. „Der Staat, das Ganze, die Gemeinschaft ist nicht nur Träger, sie ist selbst durch und durch Sittliches, das heißt: Substanz des

²⁶⁶ Resele 2001, 3ff

²⁶⁷ Siegfried 1974 nach Resele 2001, 4

²⁶⁸ Resele 2001, 3ff und Hausmann 1962 nach Resele 2001, 8

²⁶⁹ Resele 2001, 15 und Weissensteiner 1990 nach Resele 2001, 15

²⁷⁰ Resele 2001, 15

Guten.“²⁷¹ Ein Staatsbild das den Idealvorstellungen des Moraltheologen Ignaz Seipel wohl sehr nahe gekommen sein dürfte. Und so verwundert es auch nicht, dass er in ihm einen der stärksten Mitstreiter bei der Verwirklichung seiner Vorstellungen fand. Aber auch Engelbert Dollfuß gehörte zu seinen glühenden Verehrern. Nicht zuletzt weil letzterer nach dem Krieg an diversen Vorlesungen Spanns teilgenommen hatte.²⁷² Auf die Ideen von Otmar Spann wird im Zuge der Verfassung des Austrofaschismus noch näher eingegangen.

²⁷¹ Spann 1938, 55 nach Resele 2001, 19

²⁷² Jagschitz 1983, 208

4.1.3 Engelbert Dollfuß

Das Bild von Engelbert Dollfuß ist auch fast 80 Jahre nach seinem Tod immer noch ein sehr differenziertes. Für die einen ist er ein Märtyrer, der für seine Überzeugungen starb und für den Österreich immer im Mittelpunkt seiner Taten stand. So hängt etwa auch heute noch ein Bild von ihm im ÖVP Parlamentsklub und auch der mittlerweile verstorbene Otto von Habsburg ließ es sich nicht nehmen, in der Biographie von Kurt Schuschnigg, diesem und Engelbert Dollfuß im Vorwort seine Verehrung auszusprechen. So wies Habsburg darauf hin, dass Österreich dank Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg das einzige Land Europas war, das vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet hat.²⁷³ Dieser positiven Wahrnehmung, welche streckenweise schon an Heiligenverehrung heranreicht (man sehe nur die unzähligen Dollfuß Gedächtniskirchen welche in Österreich errichtet wurden) steht natürlich auch die Wahrnehmung von Dollfuß als Tyrann entgegen. Dieser Auffassung nach kann Dollfuß als eine schlechte Kopie des Nationalsozialismus gesehen werden. Aussagen wie „der Führer bin ich“ und die Selbstbeschreibung des „Dollfuß-Schuschnigg“ Regimes, in der dieses meint Hitler nur schlagen zu können, indem man diesen selbst „überhitlern“ würde, können als Nacheiferungsversuche gesehen werden. Zum Tyrannen macht ihn in den Augen der Gegner auch sein Umgang mit der Österreichischen Bevölkerung. So wurden unter Dollfuß sich auflehrende Arbeiter kaltblütig ermordet und Menschen die gegen die Zielvorstellungen einer katholisch, mittelalterlichen Ständegesellschaft aufbegehrten in Anhaltelager gebracht. Um zu verstehen warum Dollfuß sich so verhielt, ist ein Blick in seine Biographie hilfreich.

1892 wurde er als unehelicher Sohn einer Bauerntochter in Niederösterreich geboren. Er wuchs in bäuerlichen Verhältnissen auf und versuchte sich nach seinem Matura-Abschluss in der Ausbildung zum Priester. Diese brach er jedoch ab, um etwas später als Freiwilliger in den ersten Weltkrieg zu ziehen. Nach dem Krieg bestritt er ein Rechtswissenschaftliches Studium und wurde in der Studentenpolitik aktiv. 1921 wurde er Sekretär des Bauernbundes, 1922 Sekretär der Landwirtschaftskammer. Dollfuß stärkster Befürworter in der Christlich-Sozialen Partei war die Agrarlobby, welche versuchte ihn als Landwirtschaftsminister zu etablieren. Dollfuß galt spätestens seit 1930, nachdem er in seiner Funktion als Präsident der Verwaltungskommission der Bundesbahn den gesamten Vorstand entlassen hatte,

²⁷³Otto Habsburg im Vorwort von Hopfgartner 1989

als Hardliner. Schließlich bekam er auch das Amt als Landwirtschaftsminister, seine Wahl an die Spitze der Christlich-Sozialen im Jahr 1932 war aber nur ein Kompromiss und als bloße Übergangslösung gedacht. Nach dem Abtritt Seipels hatten sich bereits fünf Bundeskanzler vergeblich versucht. Als man den Landwirtschaftsminister Dollfuß mit der Regierungsbildung beauftragte, rechnete niemand mit mehr als einer kurzen Übergangsregierung.²⁷⁴

Dollfuß stand Demokratie schon immer kritisch gegenüber, bereits die klubinternen Sitzungen bei denen es galt eine Parteilinie zu finden, zermürbten ihn. Er bevorzugte klare hierarchische Strukturen. Sein Begriff von Freiheit war antiliberal und anti-individualistisch ausgeprägt. So war er der festen Überzeugung, dass der Zweck alle Mittel heiligte, wenn sie im Interesse der Allgemeinheit lagen.²⁷⁵ Unter dieser Prämisse darf es dann auch nicht überraschen, mit welcher Rücksichtslosigkeit er an die Ausschaltung des Parlaments heranging. Oder wie gezielt er danach gegen die zuvor immer stärker gewordenen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten kämpfte. Die sogenannte Selbstausschaltung des Nationalrats und der nachfolgende kurze bewaffnete bürgerkriegsartige Konflikt waren nur der Anfang. Zielstrebig betrieb er die Ergreifung und Bindung der Macht an seine Person durch den juristisch nicht haltbaren Gebrauch des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes.²⁷⁶ Dabei wurden gezielt auch die Kontrollgremien der Demokratie wie der Verfassungsgerichtshof, die freie Presse oder andere Politische Parteien ausgeschaltet. In politischen Ämtern wurden Verwandte, Schulkollegen und politische Weggefährten installiert die loyal zu Dollfuß standen.²⁷⁷ Der nächste Schritt war die alsbaldige Etablierung einer neuen Verfassungsordnung zu verkünden. Während man in Deutschland die neue Verfassung als großen revolutionären Triumph von Adolf Hitler feierte, war man in Österreich jedoch bemüht zumindest den Anschein zu erwecken das Vorgehen wäre demokratisch legitimiert. Dies war natürlich schon lange nicht mehr der Fall. Die Kanzlerschaft Dollfuß' endete, als er am 25. Juli 1934 von Nationalsozialistischen Putschisten ermordet wurde. Nach seinem Tod wurden unzählige Dollfuß-Gedächtniskirchen errichtet, und der Ermordete zum Symbol des Austrofaschismus stilisiert.

²⁷⁴ Jagschitz 1983, 190ff

²⁷⁵ Jagschitz 1983, 199ff

²⁷⁶ Kalb und Floßmann 2004, 410

²⁷⁷ Jagschitz 1983, 203ff

4.2 Die Ideologie des Ständestaates

Die Idee die österreichische Gesellschaft berufsständisch umzustrukturieren ist so alt wie die parlamentarische Demokratie, wenn nicht sogar älter. Die Unterstützer dieses korporativen Systems konnten sich gegenüber den Vertretern des parlamentarischen Systems in den Nachkriegsjahren nicht durchsetzen und verblieben in der Minderheit. Die Idee der ständischen Gesellschaftsgliederung bekam jedoch mit der Verfassungsrevision 1929 und dem Einfluss der Wirtschaftskrise neuen Zulauf. Die Ideen fußen dabei auf einer harmonischen Gesellschaftsstruktur wie sie dem christlich-sozialen „Linzer Programm“ von 1923²⁷⁸, der Sozialzyklika „Quadragesimo anno“ von 1931 oder dem korporativen Modell einer Gesellschaft wie sie Othmar Spann 1921/1931²⁷⁹ vertrat, entsprechen.²⁸⁰ Die ideologische Hauptkomponente dieser Theorie war eine „romantisierte, rückwärtsgerichtete Utopie einer ständischen Ordnung der Gesellschaft“.²⁸¹ Der Gedanke der Stände ist alt. Schon im 11. Jahrhundert war von der Trias der gesellschaftlichen Ordnung die Rede. Die einen kämpften, die anderen arbeiteten und die dritten beteten. Auch wenn die Stände mit der Zeit ausgefeilter wurden, brachten erst die Entwicklungen des 18. Jahrhunderts einen Wandel von der Ständegesellschaft hin zu einer der Klassen. Dieser Wandel erfasste aber nicht alle Gesellschaftsschichten gleich stark. Beim Klerus, den Beamten, Kleingewerbe, Bauern und freien Berufen waren die Auswirkung am schwächsten zu spüren. Sie stellten gleichsam auch die Basis des politischen Katholizismus. Die Idee des ständischen Gesellschaftsmodells ist es, den Zahn der Zeit zurückzudrehen. Das Unbehagen welches der kapitalistischen und modernistischen Gesellschaft entsprungen war, sollte bekämpft werden. So wurde dem Kapitalismus mit seiner Klassengesellschaft ein katholisches Ständemodell entgegengestellt, welches ein einfaches, verklärtes Bild einer Agrargesellschaft als Gegenpol beschwor.²⁸² Den Mittelpunkt dieses Konzepts bildeten „Bauern“ und „Handwerkerstand“. In diese Stände sollte der kleinbürgerliche Arbeiter mit eingebunden werden. Alle Widersprüche die durch die industriekapitalistische Klassengesellschaft ausgelöst worden waren, sollten durch eine Klassenversöhnung aufgehoben werden. Die Organisation sollte von einer auf Klasseninteressen basierenden Struktur auf eine korporative Organisation umgestellt werden. Damit

²⁷⁸ Streitenberger 1975 nach Kluge 1984, 47

²⁷⁹ Siegfried 1974 nach Kluge 1984, 47

²⁸⁰ Kluge 1984, 46ff

²⁸¹ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 169

²⁸² Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 315ff

wäre nach dem Weltbild welches mit der Kirche geteilt wurde, wieder jeder Mensch auf seinem natürlichen Platz in der Gesellschaft.²⁸³ Dollfuß versuchte das bei seiner Trabrennplatzrede Rede am 11. September 1933 zu illustrieren. Etwa als er darauf hinwies, dass der Arbeiter sich gegen seinen Herren in der berufsständischen Ordnung des Mittelalters nicht erhob. Oder als er das Bild des Bauernhauses nutze um zu darzustellen, dass Knecht und Bauer am Ende des Tages gemeinsam am Tisch sitzen und die gleiche Suppe essen. Hierin wird nicht nur der katholische Wunsch nach Harmonie und Konfliktfreiheit, sichtbar sondern auch die Verblendung, mit der versucht wurde real existierende Klassenkämpfe auszublenden. Dieses Problem berührt auch gleich ein Kernstück des Konzepts der berufsständischen Ordnung. In der Theorie wird hier nämlich von einer gleichberechtigten Stellung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ausgegangen.²⁸⁴ Hanisch merkt treffend an, dass dieser alte katholische Traum, einer Entproletarisierung des Proletariats nur scheitern konnte. Die Praxis zeigte, dass sich die Arbeitnehmer in dem System nicht gegen die Arbeitgeber behaupten konnten. So stiegen die Löhne in den Jahren 1933 bis 1937 in den Werksgemeinschaften der Betriebe nur um 2%. Die Gewinne der Kapitalgesellschafter jedoch um 121%.²⁸⁵ Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu genießen, wurde der Ständestaat doch nie voll verwirklicht. Tatsächlich gelang es nur zwei Berufsstände, nämlich Land- und Forstwirtschaft sowie den öffentlichen Dienst, zu verwirklichen. Es wurden also nur Stände umgesetzt bei denen Probleme des Klassenkampfes keine Rolle spielten. In den anderen Bereichen vermochte man es jedoch nicht sich über ein System von Bünden hinaus zu entwickeln.²⁸⁶ Auch der Dollfuß Biograph Gerhard Jagschitz beschreibt treffend einen der fundamentalen Fehler der Ständestaatsideologie, nämlich „ein System aus historischen Gesellschaften ableiten zu wollen, ohne Mittel, Bedürfnisse und Wertveränderlichkeit der korrekten aktuellen Gesellschaft zu berücksichtigen“.²⁸⁷

Wie der geplante Ständestaat konzeptioniert war (real umgesetzt wurde er ja nie vollständig), wird im Nachfolgenden beschrieben. Dabei wird auch auf das theoretische Gerüst von Othmar Spann näher eingegangen.

²⁸³ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 169

²⁸⁴ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 315ff

²⁸⁵ Pelinka 1972 nach Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 316

²⁸⁶ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 316ff

²⁸⁷ Jagschitz 1983, 208

4.3 Die Verfassung des Ständestaates

Der Ausschaltung des Parlaments, und die Übernahme der Aufgaben des selbigen durch die Regierung, folgte am 14. Mai 1933 eine Erklärung von Bundeskanzler Dollfuß, dass er eine Rückkehr zum Parlamentarismus in seiner bekannten Form nicht beabsichtigen würde.²⁸⁸ Am 9. September 1933 erklärte er bei einer Rede zum Deutschen Katholikentag in Wien schließlich: „Ja, wir wollen einen christlich-deutschen Staat in unserer Heimat errichten! Wir brauchen uns nur an die letzten Enzykliken des Heiligen Vaters zu halten; sie sind uns Wegweiser für die Gestaltung des Staatswesens in unserer Heimat. Die jetzige Regierung ist einmütig entschlossen, im christlich-deutschen Geist die Erneuerung von Staat und Wirtschaft in die Wege zu leiten.“²⁸⁹ In der Trabrennplatzrede am 11. September 1933 wurde dann jedweder Rückkehr zur Parlamentarischen Demokratie endgültig abgeschworen.²⁹⁰ „Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei! Wir lehnen Gleichschalterei und Terror ab, wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker, autoritärer Führung.“²⁹¹ Die Verfassungsordnung mit der Österreich als „christlicher, deutscher Bundesstaat auf ständischer Grundlage“²⁹² eingerichtet wurde, wurde am 1. Mai 1934 verkündet. Um den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, wurde die Verfassung zwei Mal erlassen. Beim ersten Mal wurde sie auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes in Form eine Notverordnung beschlossen. Hier war der Verstoß gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze jedoch zu offensichtlich, weswegen beim zweiten Mal mit Hilfe einer Notverordnung die Geschäftsordnung des Nationalrates repariert wurde. Hier konnte der Artikel 44 Abs. 2 B-VG, welcher bei einer Verfassungsänderung eine Volksabstimmung vorsieht, aufgehoben werden. Danach konnte die neue Verfassung zum wiederholten Male beschlossen werden. Dies war natürlich genauso ein Verstoß gegen die Verfassung der ersten Republik, machte es jedoch leichter den Anschein der Rechtskontinuität zu wahren. Dieser war vor allem im Hinblick auf das westliche Ausland von großer Bedeutung. Wesentlich ist auch der Umstand, dass die Verfassung des Ständestaates bis zu dessen Untergang nie vollständig umgesetzt wurde. Sie wurde zwar erlassen, jedoch durch das Verfassungs-Übergangsgesetz bezüglich zentraler Elemente stark eingeschränkt.

²⁸⁸ Huemer 1975 nach Kalb und Floßmann 2004, 424

²⁸⁹ Allgemeiner Deutscher Katholikentag Wien 1933 1934, 55

²⁹⁰ Huemer 1975 nach Kalb und Floßmann 2004, 424

²⁹¹ Dollfuß 1935 nach Resele 2001, 53

²⁹² Kalb und Floßmann 2004, 426

Diese sollten erst später in Kraft gesetzt werden, wozu es aufgrund des Einmarsches der Nationalsozialisten jedoch nie gekommen ist.²⁹³

Im Nachfolgenden soll der Inhalt der Verfassung und ihre Bedeutung für Österreich näher erörtert werden. Zum einen wird daher kurz das ideologische Gerüst umrissen, mit dem es Othmar Spann konzipiert hat. Im Zweiten Schritt werden dann einzelne Elemente der oktroyierten Mai-Verfassung von 1934 vorgestellt, und diese im Hinblick auf konservative und katholische Elemente erörtert.

4.3.1 Das theoretische Gerüst des Othmar Spann

Othmar Spann wurde im Vorfeld schon als einer der geistigen Väter und Ideologielieferant des austrofaschistischen Staatsaufbaus genannt. Die Daseinsberechtigung des Staates entsteht nach Spann aus dem Dasein der Sünde. „Die Sünde hat bei der Entstehung des Staates Pate gestanden und gegen eben diese Sünde hat der Staat Gottes auftragsgemäß zu kämpfen.“²⁹⁴ Im universalistischen Weltbild von Othmar Spann sind die Grundpfeiler des Staates auch andere als die einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Als Folge ist der Staat nicht wie in einer Demokratie auf dem Fundament der Volkssouveränität begründet. Der universalistische Staat „kommt von sich selber her“ und ist somit autoritär und obrigkeitstaatlich.²⁹⁵ Im Aufbau folgt der Staat dem Grundbegriff der Gerechtigkeit. In der Vorstellung Spanns heißt das, dass jeder dem Staat seinen Kräften nach angemessen dient, was dann wiederum seine Stellung innerhalb des Staates bestimmt.²⁹⁶ Dabei besteht der Staat grundsätzlich aus sich selbst regierenden dezentralisierten Ständen, „die eine wehrhaft geschichtete Hierarchie bilden.“²⁹⁷ Die Stände sind weitestgehend nach innen souverän und selbstverwaltend. Der Interessensausgleich ist nur auf das Zusammenspiel mit anderen Ständen ausgerichtet und findet in einer Art Wirtschaftsparlament statt. Die Regierung bildet einen eigenen Stand, einen so genannten Höchststand. Das Prinzip der Selbstverwaltung der Stände findet ihr Ende wenn es dem Prinzip der Autorität der Regierung gegenübersteht. Diese toleriert die Selbstverwaltung nämlich nur so weit,

²⁹³ Kalb und Floßmann 2004, 425ff

²⁹⁴ König 1983, 46

²⁹⁵ Resele 2001, 20

²⁹⁶ Leibbrandt 1933 nach Resele 2001, 21

²⁹⁷ Spann 1938, 55 nach Resele 2001, 21

als sie auf Grund ihrer Autorität nicht durchgreifen möchte. Dann nämlich wird der Höchststand zum „Leiter und Richter aller anderen Stände“.²⁹⁸ Daraus lässt sich auch ein Führerprinzip ableiten „unbedingte Autorität nach unten, unbedingte Verantwortlichkeit nach oben.“²⁹⁹

Als Bundeskanzler Dollfuß das Ziel einer berufsständischen Verfassung auf dem deutschen Katholikentag in Wien verkündete, verwies er noch auf die Enzyklika des Papstes als Referenz. Papst Pius XI sah seine Enzyklika als einen „faschistischen Korporationsstaat mit sympathischen Zügen“³⁰⁰ Dennoch folgte die Verfassung in wesentlichen Punkten nicht der Enzyklika des Papstes, sondern den Vorstellungen von Spann. So hatte die Enzyklika „Quadragesima anno“ sich klar „gegen eine vom Staat vorgenommene Eingliederung der Menschen in Stände“ ausgesprochen. Der Papst hatte immer wieder betont, dass die Stände auf freiwilliger Basis errichtet werden sollten. Aber auch die volle Autonomie welche er für die Stände eingefordert hatte wurde von der Verfassung nicht zugelassen.³⁰¹

Die Berufung auf die Enzyklika war jedenfalls sehr hilfreich dabei den Klerus als Unterstützung für das autoritäre Regime mit an Bord zu holen. Auch wenn sich später Othmar Spann von der Maiverfassung des Austrofaschismus distanziert hatte, lässt sich doch deutlich die Handschrift des von ihm entwickelten Universalismus in ihr entdecken.³⁰²

An dieser Stelle sei noch darauf verwiesen, dass es neben Othmar Spann noch andere Ideologielieferanten des Austrofaschismus gab. So haben unter anderem der im Zuge der Konservatismus-Erörterung zitierte Johannes Messner,³⁰³ der deutsche Jesuit Heinrich Pesch³⁰⁴ oder Papst Pius XI ebenfalls zur Verfassung des Ständestaates einen Beitrag geleistet.

²⁹⁸ Spann, Hauptpunkt der Universalistischen Staatsauffassung 1929, Resele 2001, 22ff

²⁹⁹ Röder 1935 nach Resele 2001, 28

³⁰⁰ Deschner, Ein Jahrhundert Heilsgeschichte - Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege : von Leo XIII. 1878 bis zu Pius XI. 1939 1982, 408

³⁰¹ Juffinger 1993 nach Resele 2001, 54 und Resele 2001, 54

³⁰² Wiltschegg 1985 nach Resele 2001, 55 und Resele 2001, 55

³⁰³ Siegfried 1974 nach Resele 2001, 56

³⁰⁴ Riha 1985 nach Resele 2001, 56

4.3.2 Wesensmerkmale der ständestaatlichen Verfassung im Hinblick auf konservative und katholische Elemente

Die Maiverfassung war „christlich, deutsch, bundesstaatlich, ständisch und autoritär“.³⁰⁵ Die Daseinsberechtigung des Staates entspringt hier nicht dem Gedanken der Volkssouveränität. Dem theoretischen Gerüst von Spann folgend geht sie vielmehr auf die Sünde zurück. Damit entspringt sie einem zutiefst konservativen und katholischen Grundgedanken.³⁰⁶ Betrachtet man Konservatismus als Ideologie, wie er etwa in Kapitel 1.2.2 vorgestellt wurde, so ist eines der Bindeglieder zwischen Konservatismus und Religion die Moral. Ohne Furcht vor der Göttlichen Konsequenz bei unmoralischem Handeln, würde laut konservativem Denken jeder in Sünde leben, weil er keine Konsequenzen zu fürchten hätte. Die Vermeidung der Sünde ist also zugleich konservativ wie religiös motivierter Wesenskern des Staates. Im Austrofaschismus wurde um dieser konservativen Überzeugung österreichischer Prägung genüge zu werden, die Kirche in den Staatsapparat mit einbezogen.³⁰⁷ Die Präambel der ständischen Verfassung von 1934 lautet „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlich-deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“³⁰⁸ Diese Präambel drückt aus, dass Gott der höchste Souverän ist, nicht das Volk. Noch dazu „gibt“ Gott dem Volk auch eine Verfassung. Anders als in einer Demokratie, in der sich das Volk selbst eine Verfassung gibt, wird hier von oben diktiert, was die klare religiös-autoritäre Geisteshaltung bereits in der Präambel der Verfassung zum Ausdruck bringt. Betrachtet man den Bundestag, welchem im Austrofaschismus die Aufgabe der Gesetzgebung zukommt, näher, so fallen die ihm zur Seite gestellten Organe besonders auf. Staatsrat, Bundeskulturrat, Bundeswirtschaftsrat und Länderrat waren wesentliche Bestandteile des Gesetzwerdungsprozesses. Zumindest zwei dieser Organe, dem nach Artikel 46 eingerichteten Staatsrat und dem nach Artikel 47 eingerichteten Bundeskulturrat, sind im Hinblick auf die Definition von Konservatismus nach Burkes interessant. So gehören dem Staatsrat 40 bis 50 „verdiente, charaktvolle Bundesbürger“ an, die sich mit ihrem bisherigen Leisten

³⁰⁵ Kalb und Floßmann 2004, 433

³⁰⁶ König 1983, 46, vgl. auch Kalb und Floßmann 2004, 433

³⁰⁷ Kalb und Floßmann 2004, 433

³⁰⁸ Ender 1934 nach Lackner 1995, 55

und Verhalten um den Staat verdient gemacht haben.³⁰⁹ Somit wird das Prinzip „Erfahrung und Klugheit“³¹⁰ zum System erhoben. Auch wird das bestehende System gegen zu radikale Änderungen abgesichert, indem man verdiente Vertreter des bestehenden Systems heranzieht, um so „radikale Änderungen“³¹¹(Experimente) zu verhindern oder abzuschwächen. Im Bundeskulturrat sind „vaterlandtreue“ Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften vertreten.³¹² Diese stellen nicht nur ein katholisches sondern auch ein konservatives Element dar, denn sie wachen über die Moral des Systems.³¹³ Es gab jedoch nicht nur die Möglichkeit der ordentlichen Gesetzgebung durch den Bundestag. Die Möglichkeit der außerordentlichen Gesetzgebung durch die Bundesregierung zeigt exemplarisch die tiefe Verwurzelung des Autoritätsgedankens im System. Dieser ist nach den von Burkes definierten Wesensmerkmalen des Konservatismus, ebenfalls exemplarisch für diesen. „Außer im Moralischen sind Menschen ungleich. Das Wesen einer bürgerlichen Gesellschaft ist, dass Rangordnungen und Gruppen unausweichliche Merkmale sind.“³¹⁴ Der Bundeskanzler in der Verfassung der Ersten Republik war noch „primus inter pares“. Was ihn zum ersten unter Gleichen machte. Er hatte also nicht mehr Rechte als alle anderen Minister. Im Austrofaschismus wurde er vom Vorsitzenden zum „Führer“ der Bundesregierung.³¹⁵ Er gab die Richtung vor, und trug zugleich die Verantwortung für den eingeschlagenen Weg. Damit hatte er nach konservativem Weltbild die schwerste Last auf seinen Schultern zu tragen. Hier kommt ein weiterer konservativer Leitsatz nach Burkes zu tragen „Die Gemeinschaft steht über dem Individuum. Die Rechte des Einzelnen liegen in seinen Pflichten mitbegründet.“³¹⁶

Ein weiteres deutlich katholisches Zeichen war das Konkordat, welches als Staatsvertrag den Rang einer Verfassungsbestimmung einnimmt. Es wurde am gleichen Tag wie die Verfassung publiziert und besteht aus 32 Artikeln. Unter anderem wurde der Kirche mit dem Konkordat das Recht für Eheschließungen überantwortet. Nachdem es keine staatliche Ehe gab, oblag es dem Kirchenrecht über die Gültigkeit beziehungsweise Ungültigkeit eine Ehe zu urteilen. Aber auch das katholische Privatschulwesen wurde gefördert und der staatliche Religionsunterricht fest verankert. Das Konkordat wurde, nachdem es die Nationalsozialisten aufgehoben hatten, von den Alliierten zusammen mit der Verfassung der Ersten Republik wieder

³⁰⁹ Kalb und Floßmann 2004, 436ff

³¹⁰ vgl. Kapitel 1.2.2

³¹¹ vgl. Kapitel 1.2.2

³¹² Kalb und Floßmann 2004, 436ff

³¹³ Kalb und Floßmann 2004, 434ff

³¹⁴ vgl. Kapitel 1.2.2

³¹⁵ Kalb und Floßmann 2004, 437ff

³¹⁶ vgl. Kapitel 1.2.2

eingeführt. Er ist daher auch heute noch in Kraft.³¹⁷ Auch wenn die Eheschließung seit dem Nationalsozialismus nicht mehr alleinige Sache der Kirche ist, sondern auch von staatlicher Seite vollzogen und annulliert werden kann.

³¹⁷ vgl. Kalb und Floßmann 2004, 440

4.4 War der Austrofaschismus Faschismus?

Die Frage ob der Austrofaschismus als Faschismus kategorisiert werden kann ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Zum einen ermöglicht sie die weitere Frage zu beantworten, ob und in wieweit Austrofaschismus als Konkurrenzfaschismus zu Hitler oder Mussolini verstanden werden darf. Zum anderen ist sie für die weitere Frage nach dem im Austrofaschismus innewohnenden Konservatismus relevant. Denn Faschismus kann nach einer der möglichen Definitionen als eine Art der Innovations- und Entwicklungsförderung gesehen werden. Dies wäre jedoch das exakte Gegenteil von Konservatismus, der darum bemüht ist, Änderungen nur sehr behutsam zu vollführen.

Ob Austrofaschismus überhaupt als Faschismus betrachtet werden kann, hat Ernst Hanisch beispielsweise in „Der Lange Schatten des Staates“ bereits diskutiert. Er argumentierte dabei unter anderem mit der Überlegung, dass die Trennschnur zwischen Faschismus und Autoritarismus nicht sehr scharf sei, und damit auch eine Typologisierung sehr schwer fallen würde.³¹⁸ Er tendiert jedoch dazu den Austrofaschismus nicht als Faschismus zu sehen. Als Argument führte er ebenfalls an, dass ein faschistisches System eigentlich eine „anti-konservative Stoßrichtung“ verfolgt, während ein autoritäres Regime sich meist auf konservatives stützt. Auch setzt laut Hanisch ein faschistisches System ein gewisses Maß an Mobilisierung voraus. Die Vaterländische Front, die Einheitspartei des Austrofaschismus hatte versucht eine Massenbasis zu schaffen, war hier jedoch gescheitert. Auch wenn man den Faschismus über das Vorhandensein eines charismatischen Führers definiert, kommen beim Austrofaschismus Zweifel auf. Zwar mangelte es nicht am Versuch Dollfuß und Schuschnigg zu Führern hochzustilisieren, doch verfehlte dies in den Augen von Hanisch seinen Zweck. So sagt er etwa über Engelbert Dollfuß: „Engelbert Dollfuß war ein sendungsbewusster Politiker, der erbittert um die österreichische Unabhängigkeit kämpfte, der Österreich wie einen überdimensionierten Bauernhof regieren wollte, der vom katholischen Österreich träumte; aber er blieb unsicher, überempfindlich, blieb autoritär, wie er es in einer patriarchalen Familie, im Hollabrunner Knabenseminar und beim Militär gelernt hatte. Er konnte durchaus brutal sein, aber ihm fehlte letztenendes die Bedenkenlosigkeit eines faschistischen Führers.“³¹⁹ Daher sieht Hanisch im Austrofaschismus einen „Imitationsfaschismus“

³¹⁸ Payne 1980, Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 310ff

³¹⁹ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 312ff

bei dem es sich „um ein faschistisch verkleidetes autoritäres Regime“ handelt das bestenfalls als „halbfaschistische autoritäre Diktatur“ bezeichnet werden kann.³²⁰ Charls A. Gulick ist hier anderer Meinung. Er schreibt, dass der Faschismus nicht erst von Hitler nach Österreich gebracht wurde. Vielmehr hatten heimische Politiker und Führer der Katholischen Kirche die Demokratie in Österreich bereits zuvor verraten. Einschränkend weißt Gulick jedoch darauf hin, dass es keine allgemein gültige Definition von Faschismus gibt und dass im Faschismus normalerweise keine freien Gewerkschaften existieren. Dies könnte jedoch im Hinblick auf große Selbstständigkeit und Selbstverwaltungen der Berufsstände im Austrofaschismus der Fall gewesen sein.³²¹ Dieser Eigenheit des Austrofaschismus muss man jedoch entgegenhalten, dass die Arbeitgebervertreter zu jeder Zeit die Möglichkeit hatten, die Arbeitnehmer in der Standesvertretung zu überstimmen. Dies hätte den Konflikt Arbeit gegen Kapital immer zu Gunsten des Kapitals ausfallen lassen, was de facto auch zu einer fehlenden Arbeitnehmer-Repräsentanz geführt hätte.

Natürlich lassen sich den Argumenten von Hanisch weitere Meinung entgegenstellen. So unterstellt Hanisch dem Austrofaschismus ja auf Grund der fehlenden Massenbasis nur eine Art „Imitationsfaschismus“³²² zu sein. Kühnl hat sich bei seiner Abhandlung von Faschismus auch mit der Frage beschäftigt ob dieser eine Massenbasis benötigt. Im Kapitel Grenzerscheinungen des Faschismus geht er etwa auf die Vorgänge in Österreich und Japan näher ein. Zieht man hier die Theorie von Opitz heran (Monokapitalismus), so müsste Österreich als faschistisches System zu werten sein.³²³ Aber auch wenn man den Begriff der Massenbasis nicht ausklammert, muss man sich damit abfinden dass dieser „noch ziemlich unklar ist“³²⁴. So müssten erst quantitative Kriterien bestimmt werden, hat doch jedes System seine Anhänger. Auch Kriterien bezüglich Organisationseinheit wären relevant. So war die Heimwehr zwar nicht sehr groß, aber gut bewaffnet und straff organisiert. Wodurch sie im Ernstfall einen erheblichen Schaden anrichten konnte. Was die Komponente des politischen Verhaltens betrifft, so stellt sich nach Kühnl auch die Frage ob wohlwollende Tolerierung bereits ausreicht, oder ob sogar schon die Abwesenheit von flächendeckendem Widerstand reicht?³²⁵

³²⁰ Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 310ff

³²¹ Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler 1976, 15

³²² Kühnl 1990, 265ff

³²³ Kühnl 1990, 265ff

³²⁴ Kühnl 1990, 265ff

³²⁵ Kühnl 1990, 265ff

Kühnl verweist auf die Arbeit des ungarischen Historikers Kerkes der sich auf weitere Indizien bezieht welche für die Annahme sprechen, der Austrofaschismus sei ein faschistisches System gewesen.³²⁶

- Die Heimwehr war ein militanter Stoßtrupp, mit faschistischer Gesinnung (wie der Korneuburger Eid illustriert)
- Gemäßigte und radikale Rechte haben gemeinsam an der Eliminierung der demokratischen Verfassung und der Bekämpfung der Sozialdemokratie gearbeitet.
- Die herrschende Klasse hat von Anfang an die faschistische Bewegung als „antisozialistisches und antigewerkschaftliches Kampfinstrument“ unterstützt.
- Die Ablehnung der Sozialdemokratie, gewaltsame Widerstandshandlungen zu setzen um die Demokratie mit Kompromissen zu retten, wurde schamlos ausgenutzt.
- Einsatz von großangelegten populistischen Mitteln zur Beeinflussung der Massen.

Diese Argumente lassen sich, wenn man die Faschismus-Theorien aus Kapitel 1.3 betrachtet, auch um andere legitime Ansatzpunkte ergänzen. So ist etwa auch Österreich bei der Industrialisierung zu spät gekommen, anders als Italien oder Deutschland hatte der Vielvölkerstaat jedoch so etwas wie Kolonien, auch wenn diese nicht in Afrika sondern auf dem Balkan lagen. Der erste Weltkrieg hat Österreich jedoch bekanntermaßen von einem Kolonialreich auf die Größe eines Zwergstaates schrumpfen lassen. Natürlich muss hier ergänzt werden, dass die Reaktion des Austrofaschismus jedoch nicht war, das Vielvölkerreich wieder aufbauen zu wollen.

Es gibt auch Theorien, die sich nicht nur teilweise, sondern zur Gänze mit dem Austrofaschismus nicht zur Deckung bringen lassen. Die Theorie des Faschismus als Mittelstandsbewegung wie sie Lipset versteht, ist mit dem Austrofaschismus nicht vereinbar. Es gab in Österreich keine starke Mittelschicht welche sich zwischen organisierten Arbeitern und Großkapital behaupten musste. Durch das Fehlen des „Extremismus der Mitte“ wie er von Lipset vorausgesetzt wird wäre allerdings etwa

³²⁶ Kühnl 1990, 268ff

auch die Franco Diktatur in Spanien nicht mehr als Faschismus zu charakterisieren gewesen.³²⁷

Es zeigt sich also sehr deutlich, dass es bei der Frage ob der Austrofaschismus wirklich „Faschismus“ war, auf die Definition des Begriffes ankommt. Am einfachsten wird man der Frage gerecht, in dem man den Austrofaschismus als eine eigene Art des Faschismus anerkennt. Diese Eigenheit als Faschismus Österreichischer Prägung kommt ja ohnedies sehr gut in seinem Namen „Austrofaschismus“ zum tragen.

³²⁷ Kühnl 1990, 104ff

4.5 War der Austrofaschismus geeignet den Nationalsozialismus abzuwehren?

War es überhaupt Ziel der Christlich-Sozialen Österreich vor Hitler zu schützen, oder ging es ihnen viel mehr darum einen Staat nach ihren Vorstellungen zu verwirklichen? Wie ist die Wahrnehmung der Ereignisse heute und war das Projekt Austrofaschismus überhaupt geeignet, den viel beschworenen Konkurrenzfaschismus zum Nationalsozialismus zu bieten?

Otto von Habsburg, letzter designierter Thronfolger, Europaparlamentarier und erzkonservativer Politiker, fand in einer Biographie des verstorbenen austrofaschistischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg folgende Worte: „Dabei hätte Österreich allen Grund, sich der Jahre zu entsinnen, in denen es alleine gegen die nationalsozialistische Übermacht heroischen Widerstand geleistet hat. Es war das einzige Land, das einen Bundeskanzler hatte, Engelbert Dollfuß, der sein Leben im Kampf gegen die Feinde seines Landes hingab. Auch sein Nachfolger, Kurt von Schuschnigg, hat sieben Jahre in Hitlers Konzentrationslagern gelitten, um Zeugnis für Österreich abzulegen. Welches andere Volk kann sich auf solche Haltung berufen?“³²⁸ Diese Ansicht ist auch heute in konservativen Kreisen sehr verbreitet und spiegelt wohl treffend die vorherrschende Meinung in der Österreichischen Volkspartei wieder. So ist etwa von Vizekanzler a.d. Erhard Busek (ÖVP) die folgende Aussage im Bezug auf den Austrofaschismus überliefert: „die einen waren bessere Demokraten, die anderen bessere Österreicher“³²⁹ Womit er zum Ausdruck bringen wollte, dass die Sozialdemokratie sich an die demokratischen Spielregeln hielt, während die Christlich-Sozialen bereits damit beschäftigt waren ihren Putsch zu planen und das nachfolgende Regime zu installieren um Österreich ‚zu schützen‘. Aber auch der Umstand, dass heute noch ein Bild von Engelbert Dollfuß im ÖVP Parlamentsklub hängt, zeigt wie gerne man diese Version der Geschichte glauben möchte. Sachlich betrachtet muss man jedoch festhalten, dass hier wohl viel mehr der Wunsch Vater des Gedankens sein dürfte. So hat etwa Charls Adam Gulick diese Frage näher betrachtet und ist zu der Erkenntnis gekommen, dass es zwar zwischen dem Faschismus in Österreich und Deutschland zwischen 1933 und 1938 beachtliche Unterschiede gab, diese aber bei weitem nicht so groß waren als man heute glauben

³²⁸ Otto Habsburg im Vorwort von Hopfgartner 1989

³²⁹ Meysels 1992, 305

machen möchte.³³⁰ Durch die Annahme einer autoritären bzw. faschistischen Haltung, hat es sich Österreich unmöglich gemacht der wahren Bedrohung, nämlich der Ideologie des Nationalsozialismus selbst, entgegen zu treten. Durch die Wiedereinführung der Todesstrafe, das Verhängen von Standgerichten, das Verlassen des rechtsstaatlichen Bodens durch die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes oder das Einrichten von Anhaltelagern für politisch anders Denkende, sind Schritte in Richtung Nationalsozialismus gemacht worden, statt sich von ihm abzuwenden. So urteilt etwa Charls Adam Gulick über die Effektivität des Austrofaschismus wie folgt: „Der Kampf der zwei letzten österreichischen Bundeskanzler vor Hitler gegen die Nationalsozialisten war eine Mischung aus Scheinkampf und verzweifelter Selbsterhaltungskampf.“³³¹ Gulick führt dabei in einer gezielte Analyse an, dass Dollfuß und Schuschnigg um erfolgreich gegen den Faschismus zu kämpfen, nicht den Geist dieser Ideologie aufnehmen hätten dürfen, sondern eine „Koalition aus Arbeitern und Bauern“ suchen hätten müssen.³³² Die Sozialdemokratie wäre, wie auch Busek mit seiner Aussage unterstrichen hat, dazu bereit gewesen. So hat die österreichische Sozialdemokratie wie in Kapitel 3.2.3 bereits beschrieben, bis zuletzt versucht zu verhandeln und die Demokratie aufrecht zu erhalten. Dollfuß hatte sich jedoch entschlossen einen anderen Weg einzuschlagen. Die Bedrohung welche von Deutschland ausging, hing natürlich auch weitgehend davon ab, wie das Europäische Ausland auf einen Anschluss Österreichs an Deutschland reagieren würde. Daher war die enge Bindung die Dollfuß mit dem faschistischen Mussolini einging, der erste Schritt mit dem die Unabhängigkeit Österreichs aufgegeben wurde. Das Juliabkommen welches Schuschnigg 1936 schließen musste, ist laut Gulicks Analyse daher nur eine logische Konsequenz des eingeschlagenen Weges. Auch leistete das Niederhalten der einzig verbleibenden demokratischen Kraft, der Arbeiterbewegung durch Polizeiterror und Konzentrationslager, dem Nationalsozialismus mehr Vorschub als dass es aktiven Widerstand förderte.³³³ Wenn überhaupt kann daher Austrofaschismus eher als Wegbereiter des Nationalsozialismus, denn als Hindernis gesehen werden.

³³⁰ Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler 1976, 561

³³¹ Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler 1976, 15

³³² Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler 1976, 587ff

³³³ Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler 1976, 16

4.6 Konservatismus & Austrofaschismus – Katalysator und Hemmschuh?

Im vorangegangenen Kapitel, ist auf die Frage eingegangen worden, ob die Klassifizierung des Austrofaschismus als faschistisches System überhaupt zutreffend ist. Dabei musste festgestellt werden, dass der Austrofaschismus Elemente enthält die eine eindeutige Klassifizierung erschweren. Aufgrund seiner Zielsetzung und seines inneren Aufbaus ist es aber auf jeden Fall gerechtfertigt von einem im Geiste des Konservatismus errichteten System zu sprechen. Beispiele hierfür wurden etwa im Kapitel 4.3.2 gegeben, wo auf konservative Elemente der ständischen Verfassung verwiesen wurde. Betrachtet man den Austrofaschismus als konservatives System, so fällt auf den ersten Blick jedoch ein Widerspruch auf. Die ständische Verfassung wurde in einem revolutionären Akt verkündet. Es wurde also nur versucht den Anschein der Rechtskontinuität zu wahren, um Probleme mit dem europäischen Ausland, insbesondere den Siegermächten des ersten Weltkrieges, zu vermeiden. Legt man das Wesen des Konservatismus diesem Umstand zu Grunde, so erkennt man einen augenscheinlichen Widerspruch. Konservatismus fordert allem voran Beständigkeit. Sein Wesen ist es Veränderungen nur möglichst behutsam herbeizuführen. Das Wesen eines revolutionären Aktes ist jedoch ein abrupter Systemwechsel. Bei näherer Betrachtung muss man jedoch erkennen, dass das Konzept einer ständisch organisierten Gesellschaft über einen langen Zeitraum erprobt wurde. Auch wenn es noch keine Erfahrungswerte für die Neuzeit gab, so wurde ein Ständewesen zumindest im Mittelalter hinreichend erprobt. Die Sehnsucht des Austrofaschismus war auf diese scheinbar heile Vergangenheit gerichtet, die man wiederaufleben und bewahren wollte. Der Widerspruch zwischen revolutionärem Akt und Konservatismus ist also kein zwingender, trägt aber sinnbildlich ein Grundproblem des austrofaschistischen Ständestaates in sich. Hier beginnt die eigentliche Fragestellung dieses Abschnittes: Wie viel Revolutionäres ist nötig um ein System aus dem Mittelalter zu holen, und nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis auf die Bedürfnisse einer realen Gesellschaft anzupassen? Wie viel Konservatives ist nötig um ein Gesellschaftssystem das die Strukturen des Mittelalters in die Neuzeit holt, vor zu schneller und zu großer Veränderung zu schützen? Sind diese Vorhaben überhaupt vereinbar?

Betrachtet man die Geschichte des Austrofaschismus, so kann man dazu folgende Antworten finden: Ein Rechtsstaat wird von einer Verfassung geordnet. Diese etabliert

die Spielregeln, innerhalb derer Veränderung in einem Staat möglich ist. Ändern sich die Gegebenheiten muss sich auch die Verfassung beziehungsweise die Gesetzgebung ändern können. Das ständestaatliche Konzept ist von seiner Verfassungswirklichkeit her mit konservativen Elementen beseelt. Diese sind darauf gerichtet, Änderungen nur sehr bedacht und somit sehr langsam herbeizuführen. Die Verfassung mit welcher der Ständestaat eingerichtet wurde, hatte daher gleich zu Anfang mit massiven Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Verfassungswirklichkeit war auf ein schwerfälliges System gerichtet, in dessen Kern die Widersprüche welche durch die industriekapitalistische Klassengesellschaft ausgelöst worden waren, gelöst werden sollten. Die angestrebte „Klassenversöhnung“ welche das Ständesystem jedoch erst praktikabel gemacht hätte, blieb aus. Der Versuch eine korporative Organisation zu verwirklichen, welche in konservativen Strukturen den Staat geführt hätte, verlief nicht erfolgreich.³³⁴ Die Folge war, dass in der Zeit des Austrofaschismus kaum auf Grundlage der austrofaschistischen Verfassung regiert wurde, sondern mit Hilfe des Verfassungs-Übergangsgesetzes. Der Name Übergangsgesetz ist in diesem Fall ein Etikettenschwindel. Übergangsgesetze sind auf eine gewisse Zeit befristet abgeschlossen, und sollen den Übergang erleichtern. Das VÜG war jedoch zeitlich unbefristet geschlossen worden, und war so umfassend, dass die wesentlichsten Punkte der Mai Verfassung ausgehöhlt wurden. Die Wirklichkeit des Austrofaschismus war also mehr vom VÜG als von der Maiverfassung geprägt. Dieses vereinigte alle Macht in der Regierung. Das ging so weit, dass es der Regierung auch Verfassungsänderungen ermöglichte.³³⁵ Ob und wann diese Kompetenzen abgegeben worden wären, kann nur spekuliert werden. Es ist jedoch verständlich, dass wenn versucht wird die Strukturen des Mittelalters in eine Industriegesellschaft zu übertragen, der Prozess der Systemkreation nicht in rein konservativen Strukturen funktionieren kann. Die etablierten autoritären Strukturen hatten es jedoch auch nicht geschafft ein funktionierendes System zu schaffen.

Das Problem des Konservatismus lag also nicht darin, dass er den Systemwandel abgewürgt hat, in dem er keine Reformen mehr zuließ; dies hat das VÜG zu verhindern gewusst. Das eigentliche Problem lag darin, dass die Idee welche der Konservatismus zu verwirklichen suchte nicht mehrheitsfähig war. Der Konservatismus war also ein Katalysator der Austrofaschistischen Idee. Wenn auch kein zündender. Er vermochte es nämlich nicht das Volk für die Idee einer ständischen Ordnung zu gewinnen, auch Österreich-Ideologie und Vaterländische

³³⁴ Staudinger, Müller und Barbara 1995, 169

³³⁵ Kalb und Floßmann 2004, 438ff

Front vermochten daran nichts zu ändern. Die Verführung welche die Nationalsozialisten mit ihrer Idee der „Herrenrasse“ und des „1000-jährigen Reich“ für den Faschismus zu erreichen vermochte, scheiterte auf Seiten von Dollfuß und Schuschnigg. Die tief konservative rückwärts gewandte Sehnsucht nach einer einfachen Gesellschaft wie im Mittelalter, blendete die unterschiedlichen Klasseninteressen welche die Industrialisierung gebracht hatte vollständig aus. Der Konflikt Arbeit vs. Kapital konnte wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits erörtert wurde, klar zu Gunsten des Kapitals entschieden werden. Löhne wuchsen im Austrofaschismus deutlich langsamer als Kapitalgewinne.³³⁶ Auf der anderen Seite steckte in der Rückwendung zum Mittelalter eine klar anti-modernistische Haltung. Diese hätte auf lange Sicht gesehen zu Problemen beim Vorantreiben der Industrialisierung geführt. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass ein großer Teil der Gesellschaft schlicht nicht bereit war das System mitzutragen. Der Konservatismus ist mit dem Austrofaschismus also soweit eine Synergie eingegangen, als er ihn überhaupt erst ermöglicht hat, im Endeffekt war er aber nicht stark genug um ein stabiles System herbeizuführen.

Hätte der Austrofaschismus genug Schub gehabt, ein konservatives und kein autoritär/faschistisches System auf Dauer zu etablieren, wäre hier die Rolle des Konservatismus als Hemmschuh zu tragen gekommen. Wäre ohne das VÜG regiert worden, hätte man auf die Maiverfassung zurückgegriffen. Das hier eingerichtete System war aber schwerfällig. Die Wege welche von der Idee zur Gesetzgebung beschritten hätten werden müssen, hätten so aufgebaut sein müssen, dass das System sich nur sehr langsam verändern hätte können. Wirtschaft wie Gesellschaft leben von Veränderung. Nicht nur hätte die Bevölkerung davon überzeugt werden müssen, in den gesellschaftlichen Strukturen des Mittelalters zu verweilen, sie hätte auch davon überzeugt werden müssen mit dem wirtschaftlichen Innovationsschub des Mittelalters zurecht zu kommen: Der Veränderungsdruck war im Mittelalter deutlich schwächer als in Zeiten der Industrialisierung. Auch liegt Österreich mitten in Europa, Waren- und Ideenverkehr über die Grenzen Österreichs hinaus wären wohl kaum zu verhindern gewesen. Hiergegen hätte sich das System fortwährend behaupten müssen. Nachdem die Maiverfassung nie wirklich praktiziert wurde, ist auch hier die Frage danach wie gut sie tatsächlich funktioniert hätte rein spekulativ. Der Austrofaschismus hat nie jenen Punkt erreicht, wo das Konservative Element ihn wirklich bestimmt hätte, sondern ist in der Intention, ein konservatives System mit autoritären Mitteln zu errichten, stecken geblieben. Ausgehend von den

³³⁶ Pelinka 1972 nach Hanisch, Der lange Schatten des Staates 1994, 316

Erfahrungswerten dieser Phase, darf man jedoch davon ausgehen dass die nachfolgenden konservativen Elemente das System so unflexibel gehalten hätten, dass es spätestens daran zerbrochen wäre.

5 Stand der Forschung und Ausblicke

Aktuelle Ereignisse brauchen immer erst genügend Abstand um wirklich objektiv betrachtet werden zu können. Die Ereignisse welche das Ende der Ersten Republik eingeleitet haben, und das österreichspezifische faschistische Experiment welches ihnen nachfolgte, werden bald mehr als 80 Jahre vorbei sein. Die Diskussion um die Ereignisse jener Zeit ist jedoch noch immer von Emotionen beseelt, auch wenn diese immer schwächer werden. Österreich ist es auf Grund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit gewohnt in die Defensive für seine eigene Vergangenheit zu gehen. Neben dem schweren Erbe des Nationalsozialismus, war der Austrofaschismus daher ein Kapitel der Vergangenheit das zu anfangs eher spärlich behandelt wurde. Auch sind die ersten Versuche einer Aufarbeitung weitgehend aus einem sehr einseitigen Blickwinkel vorgenommen worden. Davon zeugen etwa unzählige Schulbücher der zweiten Republik. In den Vergangenen Jahrzehnten hat sich aber auch hier ein Wandel ereignet. Der Blickwinkel ist breiter geworden, der Konflikt jedoch nicht kleiner. Viel wird auch heute noch auf die Ereignisse der Vergangenheit projiziert. Daher ist das Thema heute teilweise lebendiger als andere Ereignisse der jüngeren Vergangenheit. Mit dem Umstand, dass nach und nach alle Zeitzeugen gestorben sind, oder wohl in den nächsten Jahren sterben werden, wird eine wertvolle Komponente der zukünftigen Forschung abhandenkommen. Dennoch ist das Thema so tiefeschürfend, dass es wohl noch reichlich Platz für fortwährende Kontroversen lassen wird. Die aktuellen politischen Initiativen, die Opfer des austrofaschistischen Unrechtsstaates zu rehabilitieren, zeigen zumindest dass einstweilen die Bereitschaft sich mit dem Thema zu beschäftigen in der Politik angelangt ist.

6 Literaturverzeichnis

Ackerl, Isabella: „Thesen zum Demokratieverständnis, parlamentarischer Haltung und nationaler Frage bei der Großdeutschen Volkspartei.“ In: *Das Parteiwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit*, von Anna Drabek, Richard Plachka und Rumpler Helmut (Hrsg.), 147-156. Wien, 1990.

Allgemeiner Deutscher Katholikentag Wien 1933. Wien: Verlag des Katholikentagkomitees, 1934.

Allmayer-Beck, Johann Christoph: *Der Konservatismus in Österreich*. Bd. 4. München: Isar-Verl, 1959.

Altermatt, Urs: *Katholizismus und Moderne*. Zürich, 1989.

Bauer, Otto: *Der Kampf um die Macht*. Wien: Verlag der Organisation Wien der Sozialdemokratischen Partei, 1924.

—. *Die österreichische Revolution*. Wien, 1923.

—. *Sozialdemokratie, Religion und Kirche*. Wien, 1927.

Bennecke, Heinrich: *Wirtschaftliche Depression und politischer radikalismus*. München, 1970.

Berchtold, Klaus: *Verfassungsgeschichte der Republik Österreich*. Wien: Sprinter-Verlag, 1998.

Bohn, Jutta: *Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933)*. Frankfurt am Main: P. Lang, 1992.

Bossle, Lothar: *Sozialwissenschaftliche Kritik am Begriff und an der Erscheinungsweise des Faschismus*. Würzburg: Naumann, 1979.

Botz, Gerhard: *Die "Juli-Demonstranten", ihre Motive und die Ursachen des "15. Juli 1927"*. 1976.

Botz, Gerhard: „Formen politischer Gewaltanwendung und Gewaltstrategien in der Ersten Republik.“ In: *Krisenzonen einer Demokratie*, von Gerhard Botz (Hrsg.), 13-48. Frankfurt u.a: Campus-Verl., 1987.

- . *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938*. München, 1983.
- Braune, Frieda: *Edmund Burke in Deutschland*. Nendeln/Liechtenstein: Kraus Reprint, 1977.
- Bruckmüller, Ernst: *Sozialgeschichte Österreichs*. Wien: Herold, 1985.
- Brunner, Otto: „Das Zeitalter der Ideologien.“ In: *Neue Wege der Sozialgeschichte*, 194-219. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1956.
- Buchmann, Bertrand: „Das Dilemma des Konservatismus in der beginnenden Moderne.“ In: *Der Konservatismus in Österreich*, Herausgeber: Johann Christoph Allmayer-Beck, 89-108. München: Isar-Verlag, 1959.
- Dachs, Herbert: „Das Parteiensystem.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos, 143-159. Wien: Manz, 1995.
- Deschner, Karlheinz: *Ein Jahrhundert Heilsgeschichte - Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege : von Leo XIII. 1878 bis zu Pius XI. 1939*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1982.
- . *Kirche und Faschismus*. Wuppertal, 1968.
- Diamant, Alfred: *Die österreichischen Katholiken und die Erste Republik*. Wien, 1960.
- Dollfuß, Engelber: *An Österreich - Eines Mannes Wort und Ziel*. Wien: Reinhold, 1935.
- Donoso Cortés, Juan: *Der Staat Gottes*. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchges., 1966.
- Dostal, Thomas: „Die Großdeutsche Volkspartei.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos (Hrsg.), 177-194. Wien: Manz, 1995.
- Edmonson, C. Earl: „Heimwehren und andere Wehrverbände.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos (Hrsg.), 261-276. Wien: Manz, 1995.
- Ender, Otto: *Die neu österreichische Verfassung, mit dem Text des Konkordates, eingeleitet und erläutert von Bundesminister O. Ender*. Wien: Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, 1934.

- Fabry, Philipp Walter: *Mutmassungen über Hitler. Urteile von Zeitgenossen*. Königstein, Düsseldorf: Athenäum-V; Droste, 1979.
- Fest, Joachim C. : *Hitler*. Berlin (West): Propyläen, 1973.
- Friedrich, Carl J., und Zbigniew Brzezinski: *Totalitäre Diktatur*. Stuttgart: W. Kohlhammer, 1957.
- Frizsche, Klaus: „Faschismustheorie - Kritik und Perspektive.“ In: *Handbuch politischer Theorien und Ideologien*, Herausgeber: Franz Neumann, 467-528. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1977.
- Gablentz, Otto Heinrich: „Reaktion und Restauration.“ In: *Zur Geschichte und Problematik der Demokratie*, Herausgeber: Hans Herzfeld und Wilhelm Berges, 55–77. Berlin: Duncker & Humblot, 1955.
- Gauland, Alexander: *Was ist Konservativismus ?* Frankfurt am Main: Eichborn, 1991.
- Geiger, Theodor: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*. Stuttgart, 1932.
- Gnägi, Albert: *Katholische Kirche und Demokratie*. Zürich: Benziger Verlag, 1970.
- Goldie, Marc: „Ideology.“ In: *Political innovation and conceptual change*, Herausgeber: Terence Ball, 247-291. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 1989.
- Goldinger, Walter: „Kurt Schuschnigg.“ In: *Die österreichischen Bundeskanzler*, von Friedrich Weissensteiner und Erika Weinzierl (Hrsg.), 218-239. Wien: Österreichische Bundesverlag Gesellschaft, 1983.
- Graf, Friedrich Willhelm: „Die Spaltung des Protestantismus.“ In: *Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert*, Herausgeber: Wolfgang Schieder, 157-180. Stuttgart: Klett-Cotta, 1993.
- Gulick, Charles Adams: *Österreich von Habsburg zu Hitler*. Wien: Forum-Verlag, 1976.
- . *Österreich von Habsburg zu Hitler*. Wien, 1950.
- Hamilton, Malcolm B. : „The Elements of the Concept of Ideology.“ *Political Studies (Political Studies)*, 1987: 18–38.

- Hänisch, Dirk: „Wahlentwicklung und Wahlverhalten in der Ersten Republik.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos (Hrsg.), 488-503. Wien: Manz, 1995.
- Hanisch, Ernst: „Das System und die Lebenswelt des Katholizismus.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos (Hrsg.), 444-453. Wien: Manz, 1995.
- Hanisch, Ernst: „Demokratieverständnis, Parlamentarische Haltung und Nationale Frage bei den österreichischen Christlichsozialen.“ In: *Das Parteiwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit*, von Anna Drabek, Richard Plachka und Rumpler Helmut (Hrsg.), 73-86. Wien, 1990.
- . *Der lange Schatten des Staates*. Wien: Ueberreuter, 1994.
- . *Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938*. Wien, 1977.
- Hanisch, Ernst: „Einleitung.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos (Hrsg.), 1-7. Wien: Manz, 1995.
- Hanisch, Ernst: „Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg 1913-1925.“ In: *Mitteilung der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde. Band 117*, 371-410. 1977.
- Hausmann, Otto: *Othmar Spann und seine Schule*. Wien: Dissertation, Uni Wien, 1962.
- Holmes, Stephen: *Die Anatomie des Antiliberalismus*. Hamburg: Rotbuch-Verl, 1995.
- Hopfgartner, Anton: *Kurt Schuschnigg - Ein Mann gegen Hitler*. Graz u.a: Verl. Styria, 1989.
- Hudal, Alois: *Der Katholizismus in Österreich*. Innsbruck, 1931.
- Huemer, Peter: *Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich*. München: R. Oldenbourg Verlag, 1975.
- Huntington, Samuel: „Konservatismus als Ideologie.“ In: *Konservativismus*, Herausgeber: Hans-Gerd Schumann, 89-111. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1974.
- Jagschitz, Gerhard: „Engelbert Dollfuß.“ In: *Die österreichischen Bundeskanzler*, von Friedrich Weissensteiner und Erika Weinzierl (Hrsg.), 190-217. Wien: Österreichische Bundesverlag Gesellschaft, 1983.

- Jochum, Manfred: *Die Erste Republik in Dokumenten und Bildern*. Wien: W. Braumüller, 1983.
- Juffinger, Sabine: *Politischer Katholizismus im Austrofaschismus 1933/34 - 1938*. Innsbruck: Diplomarbeit, 1993.
- Kalb, Herbert, und Ursula Floßmann: „Geschichte des Öffentlichen Rechts.“ In: *Rechtsgeschichte. Multimedia-Diplomstudium der Rechtswissenschaften*, Herausgeber: Herbert Kalb und Ursula Floßmann. Linz: Manz Verlag, 2004.
- Kelsen, Hans: *Österreichisches Staatsrecht*. Tübingen: J.C.B.Mohr (P.Siebeck), 1923.
— . *Staatsform und Weltanschauung*. Tübingen: Mohr, 1933.
- Kindermann, Gottfried-Karl: „Konservatives Denken und die Frage der österreichischen Identität in der Ersten Republik.“ In: *Konservatismus in Österreich*, Herausgeber: Robert Rill und Ulrich Zellenberger, 213-230. Graz, Stuttgart, 1999.
- Klemperer, Klemens: „Ignaz Seipel.“ In: *Die österreichischen Bundeskanzler*, von Friedrich Weissensteiner und Erika Weinzierl (Hrsg.), 92-117. Wien: Österreichische Bundesverlag Gesellschaft, 1983.
- Kluge, Ulrich: *Der österreichische Ständestaat 1934-1938*. München: Oldenbourg, 1984.
- Koch, Klaus: „Frühliberalismus in Österreich bis zum Vorabend der Revolution 1848.“ In *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, Herausgeber: Dieter Langewiesche, 64-70. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1988.
- Kogler, Martin: *Gewalt in der Politik in Österreich während der Ersten Republik*. Wien: Diplomarbeit, Uni Wien, 2008.
- König, Albert: *Emil Brunners Staatsauffassung und der Universalismus des Othmar Spann*. Leipzig: Bleicherode am Harz, 1983.
- Kostelka, Peter: „Der Verfassungsbruch aus rechtsdogmatischer Sicht.“ In *Der 4. März 1933*, von Erich Fröschl und Helge Zoitl (Hrsg.), 123-135. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1984.
- Kreiterling, Willi: *Katholische Kirche und Demokratie*. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 1960.

- Kronenbitter, Günter: „Friedrich von Gentz und Metternich.“ In: *Konservatismus in Österreich*, Herausgeber: Robert Rill und Ulrich Zellenberger (Hrsg.), 71-88. Graz, Stuttgart, 1999.
- Kühnl, Reinhard. *Faschismustheorien*. Heilbronn: Distel-Verl, 1990.
- Lackner, Johann Georg: *Die Ideologie und die Bedeutung der Christlichsozialen Partei bei der Errichtung des „Dollfuß – Schuschnigg Regimes“*. Wien: Diplomarbeit, Uni Wien, 1995.
- Leibbrandt, Gottlieb: *Umbruch durch Othmar Spann. Ein Spiegelbild seines Gedankenbaus*. Leipzig, 1933.
- Liebmann, Maximilian: *Die Entscheidung der katholischen Kirche für die Republik*. Bd. 8, in *Christliche Demokraties*, 189-195. 1990.
- Lipset, Seymour Martin: *Soziologie der Demokratie*. Neuwied a. R.: Luchterhand, 1962.
- Maderthaner, Wolfgang: „Die Sozialdemokratie.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálós (Hrsg.), 177-194. Wien: Manz, 1995.
- Mannheim, Karl: *Konservatismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- Mayeur, Jean-Marie: *Die Geschichte des Christentums. Erster und Zweiter Weltkrieg. Demokratien und totalitäre Systeme 12.Bd*. Freiburg, 1992.
- Merkel, Adolf: *Die Verfassung der Republik Deutschösterreich*. 1919.
- Meysels, Lucian O.: *Der Austrofaschismus*. Wien: Amalthea, 1992.
- Mittelmeier, Andreas: *Austrofaschismus contra Ständestaat*. Wien: Diplomarbeit, Uni Wien, 2009.
- Moore, Barrington: *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969.
- Neumann, Franz: „Vorwort.“ In: *Handbuch politischer Theorien und Ideologien*, Herausgeber: Franz Neumann, 7-8. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1977.
- Neusüss, Arnhelm: *Utopie*. Frankfurt Main u.a: Campus-Verl, 1986.

Payne, G. Stanley: „The Concept of Fascism.“ In: *Who were the Fascists* von Larsen Stein (Hrsg.), 14-25. Bergen, 1980.

Pelinka, Anton: *Stand oder Klasse?* Wien, München, Zürich: Europaverl, 1972.

Petersen, Jens: „Wählerverhalten und soziale Basis des Faschismus in Italien zwischen 1919 und 1928.“ In: *Faschismus*, von Wolfgang Schieder (Hrsg.).

Philippoff, Eva: *Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn*. Villeneuve d'Ascq: Presses Univ. du Septentrion, 2002.

Rehmann, Jan: *Einführung in die Ideologietheorie*. Hamburg: Argument, 2008.

Resele, Gertraud: *Othmar Spanns Ständestaatskonzeption und politisches Wirken*. Wien: Diplomarbeit, Uni Wien, 2001.

Riha, J. F. Tomas: „Spann's Universalism - The Foundation of the Neoromantic Theory of Corporative State.“ In: *The Austrian Journal of Politics and History*, 255-268. 1985.

Rill, Robert, und Ulrich Zellenberger: „Einleitung.“ In: *Konservatismus in Österreich*, Herausgeber: Robert Rill und Ulrich Zellenberger, 7-10. Graz, Stuttgart, 1999.

Röder, Hermann: „Liberale, totale und ganzheitliche Staatsauffassung.“ In: *Ständisches Leben. Blätter für organische Gesellschafts- und Wirtschaftslehre*, von Othmar Spann, 57-76. 1935.

Romberg: „Ideologie.“ In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, 158-185. 1976.

Salvatorelli, L.: „Nationalfascismo.“ In: *Theorien über den Faschismus*, von Ernst Nolte (Hrsg.). 1984.

Schmid-Ammann, Paul: *Der politische Katholizismus*. Bern: Verlag der Nation, 1945.

Schmitz, Sven-Uwe: *Konservativismus*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, 2009.

Seipl: „Rede in Genf, 6. September 1922.“ In: *Seipls Reden in Österreich und anderwärts*, von J. Geßl (Hrsg.), 26. Wien, 1926.

Seton-Watson, Christopher: *Italy from liberalism to fascism*. London: Methuen, 1981.

Siegfried, Klaus-Jörg: *Universalismus und Faschismus*. Wien: Europa Verlag, 1974.

Silberbauer, Gerhard: *Oesterreichs Katholiken und die Arbeiterfrage*. Graz, 1966.

- Spann, Othmar: *Der wahre Staat*. Jena: Gustav Fischer in Jena, 1938.
- Spann, Othmar: „Hauptpunkt der Universalistischen Staatsauffassung.“ In: *Nationalwirtschaft. Blätter für organischen Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbau*, 1-10. 1929.
- Staudinger, Anton, Wolfgang Müller, und Steininger Barbara: „Die Christlichsoziale Partei.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos (Hrsg.), 160-176. Wien: Manz, 1995.
- Streitenberger, Wolfgang: *Das Leitbild Ständischer Ordnung*. Wien: Dissertation, Uni Wien, 1975.
- Talos, Emmerich, und Walter Manoschek: „Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus.“ In: *"Austrofaschismus" - Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur, 1934-1938*, von Emmerich Talos und Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), 31-52. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1984.
- Turner, Henry Ashby: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*. Göttingen, 1980.
- Valjavec, Fritz: *Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland, 1815*. München: Oldenbourg, 1951.
- Vierhauser, Rudolf: „Konservativismus.“ In: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Herausgeber: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.), 531-565. Stuttgart: Klett-Cotta, 1982.
- Walter, Robert, und Rudolf Thienel: *Parlament und Bundesverfassung*. Wien: Verl. d. Österr. Staatsdruckerei, 1993.
- Weber, Fritz: „Die wirtschaftliche Entwicklung.“ In: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, von Herbert Dachs und Emmerich Tálos (Hrsg.), 23-44. Wien: Manz, 1995.
- Weinzierl, Erika: „Kirche und Politik.“ In: *Geschichte der Ersten Republik*, von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hrsg.), 437-496. Graz, 1983.
- Weiß, Dieter: „Die Reaktion auf die Aufklärung und die Französische Revolution.“ In: *Konservatismus in Österreich*, Herausgeber: Robert Rill und Ulrich Zellenberger (Hrsg.), 11-34. Graz, Stuttgart, 1999.

Weissensteiner, Friedrich: *Der ungeliebte Staat. Österreich zwischen 1918 und 1938.*
Wien: Deuticke, 1990.

Wiltsegg, Walter: *Die Heimwehr - E. unwiderstehl. Volksbewegung?* München:
Oldenbourg, 1985.

Wimmer, Hannes: *Die Modernisierung politischer Systeme.* Wien: Böhlau, 2000.

7 Abstract

Diese Arbeit geht der Frage auf den Grund, welchen Stellenwert der Konservatismus für den Austrofaschismus hatte. Dazu wird ein Bogen gespannt: Erst wird der Ideologiebegriff erörtert um anschließend auf konservative wie faschistische Ideologien einzugehen. Nachdem die Wesensmerkmale dieser Ideologien bestimmt sind, wird aufgrund ihrer besonderen Stellung für den österreichischen Konservatismus die Katholische Kirche näher betrachtet. Um den Austrofaschismus greifbar zu machen, wird anschließend der historische Kontext aus dem er sich entwickelt hat betrachtet. Dazu gehören die politischen Akteure der Ersten Republik genauso wie die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jener Zeit. Nachdem auch kurz die Bruchstelle zwischen Republik und Austrofaschismus betrachtet wurde, wendet sich die Arbeit den ideologischen Hintergründen des Austrofaschismus zu. Hier werden die geistigen Väter und die Idee des Austrofaschismus näher betrachtet. Nachdem das ideologische Fundament des Austrofaschismus geklärt wurde, schließt sich der Bogen mit der Betrachtung des realen Austrofaschismus. Wie viel von der Ideologie wurde umgesetzt, welche Wesensmerkmale enthielt die Verfassung des Ständestaats und wie hat er sich entwickelt?

Nachdem das geklärt ist, können eingangs gestellte Vorfagen beantwortet werden. In wie weit trifft die konservative Schutzbehauptung zu, der Austrofaschismus wäre ein Versuch gewesen den Nationalsozialismus abzuwehren? In wieweit handelt es sich beim Austrofaschismus um ein faschistisches System? Im Anschluss wird die Hauptfrage dieser Arbeit geklärt – Welche Stellung hatte der Konservatismus im Austrofaschismus? Wie ist der Widerspruch, der revolutionären Errichtung und die Zielvorstellung der konservativen Haltung, Änderungen nur behutsam und bedacht zu vollführen, miteinander vereinbar?

Was diese Schlüsselfragestellung betrifft, so kommt diese Arbeit zu der Antwort, dass der Austrofaschismus mit an diesem Widerspruch gescheitert ist. Die Massen waren für die Idee, das Mittelalter neu aufleben zu lassen, nicht zu begeistern. Das Kernproblem der Industrialisierung, der Klassenkampf, konnte mit Hilfe der autoritären Strukturen des Verfassungsgübergangsgesetzes nicht gelöst werden. Aber selbst wenn dem System dieses Unterfangen geglückt wäre – es wäre höchst fraglich gewesen ob die konservativen und starren Strukturen der Mai Verfassung geeignet gewesen wären ein Land in der Zeit der Industrialisierung nicht den Anschluss an das Europäische Ausland verlieren zu lassen.

8 Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Christoph Müller
Geburtsdaten: 10.05.1983, Wien

Schulbildung

2003 – 2004 BRP, HBLW Reumannplatz
2000 – 2004 BS für Informationstechnik
1997 – 2000 HTL für Wirtschaftsingenieurwesen in St. Pölten

Studium

2005 – Studium der Rechtswissenschaften, JKU Linz
2007 – 2011 Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien

Berufliche Tätigkeiten

2000 – 2004 Consultant im High Security Bereich (für Banken & Wirtschaftstreuhänder) bei NBS - Navinet Business Software Entwicklungs- und VertriebsgmbH
Linzerstrasse 237 A-1140 Wien (Ausbildung)

2004 – 2006 Leiter der Software Entwicklung bei NDS Internetservices & Computervertriebs AG, Linzerstrasse 237 A-1140 Wien

2007 Technische Leitung bei kopiRight Managed Solutions GmbH (Verantwortlich für die IT von Kleiderbauer Österreich)
Wallnerstraße 2, 1010 Wien

2008 – PACS/RIS Consultant, Betriebsratsvorsitzender, Agfa HealthCare GmbH (Medizinische Informatik im Hochverfügbarkeitsbereich)
Diefenbachgasse 35-39/2, 1150 Wien

Abschlüsse und Auszeichnungen

01/2004 Auszeichnung durch den Stadtschulrat Wien
02/2004 Abschluss der Lehrabschlussprüfung mit Auszeichnung
03/2004 Auszeichnung durch die Wirtschaftskammer Wien
08/2004 Abschluss der Reifeprüfung